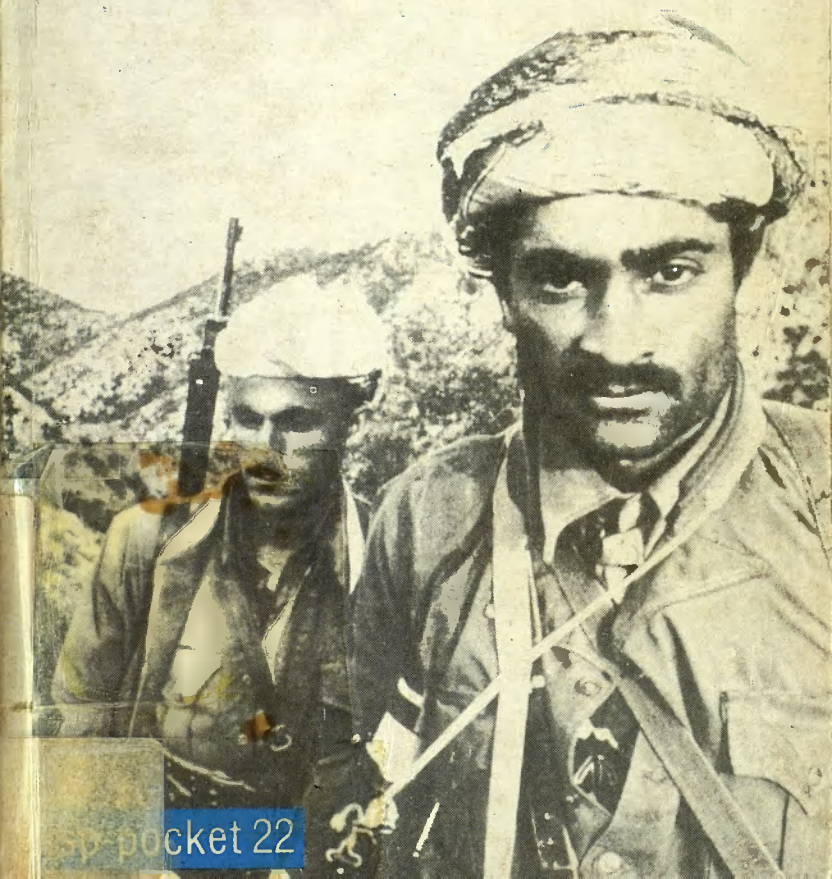


Ismail Besikçi

Wir wollen frei und Kurden sein

Brief an die UNESCO



Ismail Besikçi

Wir wollen frei
und Kurden sein

isp-pocket 22

Übersetzung des Besikçi-Textes aus dem Türkischen:
Gudrun Daiber

internationale sozialistische publikationen

isp-Verlag GmbH, Postfach 111017, 6000 Frankfurt/M. 1

2. erweiterte und überarbeitete Auflage: Februar 1987

© isp-Verlag, Frankfurt am Main

Umschlagentwurf: Brigada Grafica, Hamburg

Druck: Nexus Verlag, Frankfurt am Main

ISBN 3-88332-121-2

Inhalt

Einleitung	
Die kurdische Frage von Livio Maitan	5
Einleitung	31
I.	
Die Zerstückelung Kurdistans	34
II.	
Die grundlegenden Wesensmerkmale der kemalistischen Ideologie und der „Republik Türkei“	44
III.	
Die „türkische Demokratie“ und die Kurdenfrage .	53
IV.	
Die Vereinten Nationen, die Türkei und die Kurden	65
V.	
Die UNESCO, die Türkei und die Kurden — der Kulturimperialismus in Kurdistan	78
Schluß	97
Bibliographie	106
Anschriften kurdischer Organisationen	114
Ethnographische Karte von Kurdistan	118
Über Ismail Besikçi	120

Wir danken Alexander Sternberg-Spohr vom Kurdistan-Archiv in Berlin für seine redaktionelle Unterstützung und für die Zusammenstellung der Bibliographie und der Organisationsanschriften, die wir dem Buch *Kurdistan und die Kurden*, Bd. 2 (siehe Anzeige am Ende dieses Buches) entnommen haben.

Die kurdische Frage

Es ist unmöglich, hier eine wenn auch nur zusammenfassende Darstellung der Geschichte der Bevölkerung der Gegenden zu geben, die dem heutigen Kurdistan entsprechen.

Der Ursprung des kurdischen Volkes reicht sehr weit zurück, nämlich bis ins dritte Jahrtausend vor unserer Zeitrechnung. Zwischen dem dritten Jahrtausend und dem 12. Jahrhundert gab es alteingesessene Völker, die jedoch in der Periode zwischen dem 19. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung und dem 16. Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung mit eingewanderten Stämmen indo-europäischer Ursprungs verschmolzen. In jüngerer Zeit werden die Kurden bei Klassikern wie Strabon, Xenophon und Titus-Livius erwähnt. Insbesondere Xenophon spricht in seinen berühmten *Anabasen* von den *Kardukoi*, den Ahnen der heutigen Kurden. In der Feudalepoche, die sich durch eine starke Tendenz zur Sesshaftwerdung von vormals nomadisierenden Stämmen auszeichnet, bildeten sich — seit dem 11. und vor allem dem 14. und 15. Jahrhundert nach unserer Zeitrechnung, nach den Mongoleneinfällen — zahlreiche Fürstentümer. Diese hielten sich unter vielen Schicksalsschlägen und zahlreichen Veränderungen bis ins letzte Jahrhundert.

Sie wurden in den Kampf zwischen dem Osmanischen Reich und dem Schah von Persien hineingezogen. Einen Wendepunkt in dieser Geschichte bildet die Schlacht von Tschaldyran im Jahre 1514, als der osmanische Sultan Selim den Schah Ismail schlug. Die Kurden standen auf der Seite der Türken, also der Sieger. Religiöse Gründe hatten dabei eine Rolle gespielt: die Perser waren nämlich Schiiten, während die Kurden wie die osmanischen Sultane sunnitischen Glaubens waren. Im Jahre 1515 wurde zwischen dem osmanischen Reich und den kurdischen Fürstentümern ein Abkommen geschlossen. Letztere — es waren anfangs 15 an der Zahl — behielten formal ihre Autonomie unter der Herrschaft ihrer eigenen *Emire* und *Beys* (Stammesführer), die indes zu Lehnsherren des Reiches wurden, die gezwungen waren, in Notfällen militärische Kontingente zur Verfügung zu stellen. Tat-

sächlich wurden die Kurden jahrhundertlang in die Auseinandersetzungen zwischen den beiden Reichen hineingezogen; dabei suchten sie ohne große Skrupel zu lavieren und zu manövrieren. Einige Fürstentümer standen übrigens unter der Oberherrschaft des Schah von Persien, andere wiederum waren unabhängig. Jedenfalls gab es unaufhörlich Konflikte: die osmanischen Sultane hielten die Abkommen gewöhnlich nicht ein, sondern versuchten, die Fürstentümer einfach zu annektieren. Es gibt Autoren, die die Meinung vertreten, daß man aufgrund all dieses Hin-und-Hers und der relativen Unabhängigkeit gewisser Fürstentümer davon sprechen kann, daß der kurdische Nationalgedanke bis ins 16. Jahrhundert zurückreiche. Ideologisch gesehen kann der große Dichter Ehmed Khani, der zwischen 1650 und 1706 lebte und das Epos *Mem-O-Zin* verfaßte, als der Erste angesehen werden, der den Nationalgedanken ausdrückte.

Das 19. Jahrhundert ist von zahlreichen Kämpfen der wichtigsten Fürstentümer um ihre Unabhängigkeit gegen das Osmanische Reich gekennzeichnet. Manche Autoren — wie der Russe Boris Nikitin — setzen das erste Stadium der modernen kurdischen Nationalbewegung in dieser Zeit an, auch wenn es sich zu dieser Zeit in Wirklichkeit um Kämpfe unter der Führung von „Feudal“-Herren handelte, bei denen es gleichzeitig um deren relative Autonomie und um ihre althergebrachten Privilegien ging. Zu den wichtigsten Aufständen zählten:

- der Aufstand des Fürstentums von Bo(h)tan (1806) unter der Führung von Abdurrahman Pascha;
- der Aufstand der Bingas (1808);
- der Kampf von Mir Mohammed, dem Herrscher des Fürstentums von Soran, der den Ehrgeiz hatte, den ganzen iranischen Teil Kurdistans zu erobern bzw. zu befreien (1835);
- der Aufstand von Bedir Khan-bek, dem Emir von Botan seit 1821, den manche als einen der Unabhängigkeitshelden des 19. Jahrhunderts ansehen und dem es jedenfalls — wenn auch nur für eine kurze Zeit — gelang, seine Herrschaft über einen guten Teil von Kurdistan (1843-1846) zu errichten;
- der Aufstand von Yezdan Sher, der ziemlich weite Gebiete erfaßte (1853-1855);
- der Aufstand von Scheich Obeidullah, an dem zur gleichen Zeit osmanische und iranische Kurden teilnahmen (1879-1880).

Gegen Ende dieses ersten Stadiums wurde die erste kurdische Zeitschrift (zweisprachig: kurdisch und türkisch) gegründet. Sie

hieß *Kurdistan* und kam zuerst in der Schweiz, in Kairo, dann in London heraus als Sprachrohr der kurdischen Patrioten. Sie übersiedelte nach dem Aufstand der Jungtrken (1908) nach Istanbul, der den Beginn des zweiten Stadiums der kurdischen Nationalbewegung einläutete. Allmählich begannen die Kurden, sich für ihre elementarsten nationalen Rechte und Freiheiten zu organisieren. So entstanden insbesondere die *Vereinigung für die Entwicklung und den Fortschritt Kurdistans*, die eine Zeitschrift herausgab, und die *Vereinigung für die Verbreitung der Bildung unter den Kurden*, die eine kurdische Schule in Istanbul gründete. All das sollte indes nur ein kurzes Zwischenspiel sein. Hatte das neue Regime bei seinem Antritt noch proklamiert, daß alle Nationalitäten des Reiches gleichberechtigt seien, so sollte es alsbald seine Haltung ändern und einen heftigen Angriff gegen die nicht-türkischen Nationalitäten vom Zaum brechen, in erster Linie gegen die Kurden. Schon 1909 wurden die Vereinigungen und Zeitschriften wieder verboten.

Ein drittes Stadium begann gegen Ende des Ersten Weltkrieges. Zum ersten Mal kam die Frage der Bildung eines unabhängigen Kurdistan auch auf der diplomatischen Bühne auf die Tagesordnung (Großbritannien, damals die entscheidende Macht in dieser Weltgegend, ließ während einer kurzen Zeit durchblicken, daß es im Prinzip für eine solche Lösung sei, und Frankreich pflichtete bei). Wieder entstanden Clubs und Vereinigungen, vor allem in Istanbul, aber diesmal auch in anderen Städten der Türkei. Die wichtigste Vereinigung war die *Vereinigung für die Entwicklung Kurdistans*, die Abdel Kader zum Präsidenten und Emir Ali Bedir Khan zum Vize-Präsidenten hatte. Ziemlich bald schälten sich verschiedene Strömungen insbesondere an der Frage: „Autonomie oder Unabhängigkeit?“ heraus. Abdel Kader wurde zum Hauptsprecher der Autonomie, Emir Ali zu dem der Unabhängigkeits-Option. Der Konflikt führte schließlich zur Bildung von zwei rivalisierenden Organisationen der Kurden von Istanbul: des *Kurdischen Sozialen Bundes* von Emir Ali und des *Bundes der Kurden und Kurdistans* von Abdel Kader.

Der Vertrag von Sèvres 1920 war eine schwere Enttäuschung für die Kurden, die eine günstige Lösung auf der diplomatischen Bühne erhofft hatten. Zwar wurde in dem Vertrag die „lokale Autonomie für die Gegenden, wo das kurdische Element vorherrscht“, anerkannt und auch die Möglichkeit einer Unabhängigkeit von der Türkei nicht ausgeschlossen. Aber die Verwirkli-

chung dieser Unabhängigkeit hing von einer Reihe von Bedingungen ab; unter anderem mußte der Rat des Völkerbundes anerkennen, daß „*diese Bevölkerung dazu fähig*“ ist, unabhängig zu sein. Außerdem wurde das Gebiet des etwaigen Kurdistan ziemlich eingeschränkt. Und schließlich wurden Bedingungen für das Gebiet von Mossul, das später dem irakischen Staat einverleibt wurde, aufgestellt. Wie dem auch sei, jedenfalls blieb der Vertrag von Sèvres Papier und mit ihm auch die wenigen für die Kurden positiven Aspekte. Mit dem Vertrag von Lausanne (1923) wurde die Lage auch nicht besser — durch ihn wurde nur die koloniale Aufteilung des kurdischen Gebietes zwischen der Türkei und dem Iran sowie zwischen Syrien und dem Irak sanktioniert.

Mit dieser Aufteilung wurden die elementarsten Interessen und Bestrebungen des kurdischen Volkes flagrant verletzt; sie führte zu einer Reihe von Aufständen, die sich auf die beiden Jahrzehnte zwischen den Weltkriegen erstreckten.

Zuerst entwickelte sich eine Bewegung, die auf Ismail Agha zurückgeht, einen Mann, der unter dem Namen Simko bekannt wurde. Er begann 1918 auf iranischem Gebiet aktiv zu werden, und schlug 1920 mit einem offenen Aufstand los, dessen proklamiertes Ziel ein „*unabhängiges Kurdistan*“ war. Auf ihrem Höhepunkt hatte diese Rebellion ein ziemlich weites Gebiet unter Kontrolle.

Danach kam es zu einer Reihe von Revolten von Scheich Mahmud. Die erste wurde 1919 bis 1920 gegen die britische Besetzung des südlichen Kurdistan geführt. Die zweite fand 1922 statt: Mahmud stellte ein *Kabinett von Kurdistan* aus acht Ministern zusammen und rief sich selbst zum *Hukumdar* (Herrscher) *von Kurdistan* aus; mehrere Monate lang erschien das Gesetzblatt *Sonne Kurdistans*. Zwei Jahre später wurde Muhamud geschlagen; aber deshalb gab er noch lange nicht auf. Ende 1930 rief er zu seinem letzten Aufstand auf, wurde aber im darauffolgenden Jahr endgültig geschlagen.

1925 wurde der türkische Teil Kurdistans von einem neuen Aufstand erfaßt, den Scheich Said anführte und der ein Jahr später mit der Hinrichtung zahlreicher Aufständischer zu Ende ging.

Eine umfassendere Aufstandsbewegung wurde in den Jahren 1927-1928 und 1931-1932 von *Khoybun* initiiert. Der *Khoybun* (Selbst-Sein) war ein Komitee, das auf einem Kongreß im Jahre 1927 gegründet wurde, in seiner Führung saßen kurdische Notablen aus Istanbul¹. Im Jahre 1928 begann Ihsan Nuri Pasha, ein

Major der türkischen Armee, der am Kongreß von 1927 teilgenommen hatte, mit militärischen Aktionen in der Gegend des Berges Ararat. Er kommandierte mehrere Tausend Mann und gründete die Republik des Ararat-Berges. Im September 1930 wurde diese Republik eingenommen, aber der Kampf zog sich in diesem Gebiet noch etwa zwei Jahre lang hin. Wie gewohnt folgten grausame Repressionsmaßnahmen der Kampfeinstellung.

Schließlich folgte dann der Aufstand von Dersim (heute Tunceli) im türkischen Teil Kurdistans. Hauptanführer war der Seyid Reza; 1937 erreichte die Revolte ihren Höhepunkt. Seyid Reza schrieb ein Manifest, das zu den bemerkenswerten Texten dieser Epoche gehört².

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Kurdistan gespalten. Das kurdische Volk ist auf fünf Staaten aufgeteilt. Die Zahl der Kurden übersteigt 15 Millionen: mehr als 5 500 000 unter iranischer Herrschaft (Zahlen von 1975), mehr als 6 200 000 unter türkischer (1970), 2 800 000 unter irakischer (1975) und 825 000 unter syrischer Herrschaft (1976), während 278 000 Staatsangehörige der Sowjetunion sind (1970)³.

Die Kurden sind also ihres Nationalstaates und überhaupt der elementarsten Rechte, welche ethnischen Minderheiten zustehen, beraubt; sie werden systematisch diskriminiert, ja regelrecht entnationalisiert.

Eine nationale Frage

Unsere kurze historische Skizze zeigt schon, daß es zweifelsohne eine kurdische Nation gibt. Zu dieser Schlußfolgerung kamen im übrigen auch die ernsthaftesten Autoren, die sich mit dieser Frage beschäftigten, und das unabhängig von ihren besonderen Standpunkten und politischen Schlußfolgerungen. Im Vorwort zur Anthologie *Les Kurdes et le Kurdistan* schreibt Maxime Rodinson eindeutig: *„Die Rechte des kurdischen Volkes dürften für jedermann außer Zweifel stehen. Hier haben wir ein ganz spezifisches Volk, das eine fest umrissene Sprache spricht (auch wenn man im Iran anderes behauptet), auf einem zusammenhängenden Gebiet lebt, eine besondere Kultur besitzt und in seiner übergroßen Mehrheit die kulturelle Assimilierung, zu der man es zwingen will, ablehnt und das tausendfach seit mehr als hundert Jahren bewies, daß es sich bewußt ist, eine besondere ethnisch-nationale Gruppe zu bilden, die einen Anspruch auf eigene politische Institutionen hat und der das*

Recht zusteht, ihre Entscheidungen autonom zu treffen. Mit den strategischen und taktischen Entscheidungen der früheren und heutigen kurdischen Führer, die oft kritikwürdig waren, und vielleicht noch mit vielem anderen kann man einverstanden sein oder nicht. Aber die von mir aufgezählten Merkmale, die die Besonderheit des kurdischen Volkes ausmachen, sind objektive Tatsachen, die man nicht wegre-den, die kein ernsthafter Beobachter abstreiten kann.“ In seiner soziologischen Studie über die Kurden kommt Basile Nikitin, ein ehemaliger Diplomat des zaristischen Rußland, zu folgendem Ergebnis: *„Zusammengefaßt: wir sind der Meinung, daß es eine kurdische Nation gibt, obwohl man sich sowohl in der Türkei als auch in Persien weigert, dies zuzugeben, wodurch im übrigen all die Maßnahmen, welche diesem Volk gegenüber seit Ende der Feudal-epoche ergriffen wurden, nicht gegriffen haben.“* Und Chris Kutschera schreibt: *„Mit ihrer Sprache, ihrer Kultur, ihrer Religion und ihren Traditionen bilden die Kurden eine der ältesten Nationen des Nahen Ostens.“*

Immerhin mußte auch die irakische KP — die doch in der kurdischen Frage (wie in vielen anderen) spektakuläre Wendungen machte und bestimmt nicht als ein Beispiel für den konsequenten Kampf um das Recht der Kurden auf Selbstbestimmung angeführt werden kann — in einem ihrer Texte ausführen:

„Das kurdische Volk im Irak ist integraler Bestandteil der kurdischen Nation, die auf einem bestimmten Gebiet besteht, nämlich Kurdistan, das heute zwischen der Türkei, dem Iran und dem Irak aufgeteilt ist. Die Kurden bilden eine Nation mit all den Merkmalen, die zu einer Nation gehören, insbesondere: eine feste, historisch gebildete Gruppe von Menschen mit einem gemeinsamen Territorium, auch wenn dies durch die Imperialisten aufgeteilt wurde, einer gemeinsamen Sprache sowie der Möglichkeit, eine auf die nationale Befreiung und die nationale Einheit hin orientierte Wirtschaft zu entwickeln.“⁴

Selbst die irakische Baath-Partei, deren Verantwortung für die blutigsten Repressionsfeldzüge gegen die Kurden weltweit bekannt ist, sah sich 1968-1969 gezwungen, *„die Existenz der kurdischen Nation“* anzuerkennen.⁵

Das kurdische Volk war und ist Opfer einer klassischen nationalen Unterdrückung. Es konnte nicht nur seinen eigenen Staat nicht schaffen, sondern verfügte auch über keinerlei Autonomie im Rahmen der Staaten, die es unterdrücken. In manchen Fällen wurde ihm auch das elementarste Recht genommen, nämlich das,

in seiner eigenen Sprache zu sprechen. (In den von der Türkei beherrschten Gebieten ist die kurdische Sprache in den Schulen seit 1925 verboten, desgleichen dürfen Bücher und Zeitungen auf Kurdisch nicht erscheinen), noch viel weniger kann das kurdische Volk sich frei seine eigenen Organisationen schaffen. In den wenigen Fällen, in denen das unterdrückende Regime Konzessionen machen mußte (zum Beispiel im Irak und jetzt zuletzt im Iran), ging es um nur vorübergehende Errungenschaften, die ziemlich schnell wieder von neuen Repressionswellen zunichte gemacht wurden.

Was die Ebene der Wirtschaft angeht, so gleichen die Beziehungen zwischen den nicht-kurdischen und den kurdischen Regionen innerhalb der verschiedenen Staaten ziemlich genau den klassischen Beziehungen zwischen Mutterländern und Kolonien (Industrieprodukte werden gegen Rohstoffe ausgetauscht, wobei der Preis der ersteren gegenüber dem Preis der letzteren immer mehr steigt — die klassische Entwicklung der *terms of change*). Wenn man einen Begriff verwenden will, den Marx hinsichtlich Irlands benutzte und den die italienischen Marxisten hinsichtlich des Mezzogiorno gebrauchen, so bilden die kurdischen Gebiete eine Art „Nebenland“, das zu einer untergeordneten Stellung der Unterentwicklung verdammt ist, sogar in bezug zu anderen Gebieten der Staaten, die ja alle direkt oder indirekt durch den Imperialismus unterentwickelt und ausgebeutet werden. Im Falle des Irak, wo die kurdischen Gebiete über erhebliche Erdölreserven verfügen, werden die Erdöleinkommen von der Zentralgewalt vereinnahmt und in einer Art wieder verteilt, die die kurdischen Gebiete enorm benachteiligt.

Abgesehen von den „normalen“ Unterdrückungsmechanismen war das kurdische Volk darüber hinaus noch periodisches Opfer massiver Versuche, es zu zerstreuen und zu „entnationalisieren“, wobei die tragischsten Fälle schon hart an Völkermord grenzen. Um ganz summarisch unter den bedeutendsten Epochen nur einige zu nennen:

Während des Ersten Weltkrieges organisierte die türkische Regierung die Deportation von insgesamt 700 000 Personen, von denen ein guter Teil auf Zwangsumsiedlungs-Märschen ums Leben kam (ein Massaker, das nur dem Massenmord an den Armeniern 1915 nachsteht). Wieder war es die türkische Regierung, die zwischen 1925 und 1928 ein Programm zur „Umsiedlung“ von ungefähr einer Million Personen annahm; vom Winter 1932 an

wurden tatsächlich Hunderttausende von Kurden in die anatolischen Steppen deportiert. Wir erwähnten bereits die Repression, die die Aufstände der zwanziger und dreißiger Jahre begleitete oder diesen folgte; nach Schätzungen der türkischen Kommunistischen Partei wurden innerhalb von dreizehn Jahren etwa eineinhalb Millionen Kurden massakriert oder deportiert. Und um auf eine jüngere Epoche zu kommen: die Zahl der Opfer der Unterdrückungswellen der irakischen Regierungen in den sechziger und siebziger Jahren geht in die Hunderttausende (nach Berechnungen wurden allein in den Jahren 1975/1976 an die 350 000 Kurden in andere Regionen „transferiert“). Schließlich sollen nach Angaben der DPK mindestens 15 000 Menschen — überwiegend Zivilisten — im derzeitigen Kampf der Kurden im Iran getötet worden sein.

Schon allein die Tatsache, daß all das weder die nationale Bewegung zerstören noch die tiefgehenden Bestrebungen der Kurden nach nationalen Rechten und Unabhängigkeit ersticken konnte, bestätigt klar und deutlich die Realität der kurdischen Nation.

Diese Nation hat ihre feste Absicht bewiesen, ihre Identität zu verteidigen und ihre Unabhängigkeit im bewaffneten Kampf gegen die Staaten, die sie unterdrücken, durchzusetzen: für uns ist dies das letztlich entscheidende Kriterium. Wir erwähnten bereits die Bewegungen und Aufstände im Zeitabschnitt zwischen den beiden Weltkriegen. Noch während und gleich nach dem Zweiten Weltkrieg begann der Kampf der Kurden wieder mit gewaltiger Kraft und beispiellosem Opfermut von neuem. 1943 brach im irakischen Teil Kurdistans die Revolte der Barzanis los, die die irakische Armee zum Rückzug zwang; sie hielt bis 1945 an. Die britische *Royal Air Force* mußte in massiver Weise direkt eingreifen, und erst nach dieser Intervention zogen sich die Aufständischen auf iranisches Territorium zurück. Kurz darauf wurde gerade Iranisch-Kurdistan zum Schauplatz einer der hervorstechendsten Episoden im kurdischen Befreiungskampf der Gegenwart. Am 22. Januar 1946 wurde in Mahabad eine unabhängige kurdische Republik ausgerufen; ihr Präsident wurde Qadhi Mohammed. Eine unabhängige Armee wurde auf die Beine gestellt, und man schloß ein Abkommen mit der Regierung ab, die sich gerade zu der Zeit auch in Aserbeidschan gebildet hatte. Diese Mini-Republik blieb nicht einmal ein Jahr lang am Leben — genau bis zum 15. Dezember. Aber sie übte eine starke Anziehungskraft

aus. Kurden aus anderen Gebieten begaben sich dorthin und nahmen an ihrer Verteidigung teil (das war insbesondere mit den kurdo-irakischen Truppen von Barzani der Fall). Eben in dieser Periode wurde die DPK (Demokratische Partei Kurdistans) gegründet, die ursprünglich für alle Kurden angelegt war.

In noch jüngerer Zeit bewies die kurdische Nationalbewegung ihrer Lebenskraft noch einmal im Widerstand und den periodischen Aufständen der Kurden des Irak. Ismet Vanly zögerte nicht, von einem „*fünfzehnjährigen Befreiungskampf*“ zu sprechen, der 1961 begann und mit der Niederlage von 1975 endete. Zwischen 1958 und 1975 wechselten Konzessionen und demagogische Manöver der Regierungen von Bagdad mit Perioden brutaler Repression ab. Wiederholt beteiligten sich kurdische Vertreter an der Regierung in der Illusion, daß nun die Rechte ihres Volkes endlich anerkannt würden. Aber auf alle Vereinbarungen und alle Kompromisse folgten jedesmal Rückzieher und regelrechte Verrat: deshalb brachen immer wieder neue Konflikte aus, zumeist von umfassendem Ausmaß⁶. Der kurdischen Nationalbewegung unter Barzani gelang es auf ihrem Höhepunkt, ein starkes Bollwerk zu errichten, in dessen Schutz außer den Flüchtlingen etwa eineinhalb Millionen Kurden lebten und ein Kabinett mit neun Ministern fungierte, das die Rolle einer regelrechten Regierung einnahm.

Zu dem Zeitpunkt, wo diese Zeilen geschrieben werden, verlagert sich der Schwerpunkt des Kampfes der Kurden in den iranischen Teil von Kurdistan. Ganze Regionen werden bewaffnet gegen die Angriffe und die blutigen Repressionsakte des iranischen Staates verteidigt, der auch im Gewande der „Islamischen Republik“ keineswegs auf den unterdrückerischen Zentralismus des alten Schahregimes verzichtet hat.

Was für ein Kurdistan?

Aus all diesen Gründen ist es elementare Pflicht für revolutionäre Marxisten, nicht nur das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung zu bekräftigen, sondern auch für die Unabhängigkeit Kurdistans einzutreten. Es ist möglich, daß es aus politisch-taktischen Überlegungen zu bestimmten Zeiten besser erscheinen mag, dieses Ziel nicht als unmittelbares, kurzfristiges Ziel vorzuschlagen; aber vom prinzipiellen Gesichtspunkt her und auf der

Ebene der Gesamtstrategie ist keinerlei Zweideutigkeit erlaubt.

Hinzukommt, daß unter dem Gesichtspunkt einer revolutionären Strategie ein zusätzlicher Grund dafür spricht: wenn das kurdische Volk die Unabhängigkeit erringt, entstehen günstigere Bedingungen für den revolutionären Kampf in der gesamten Region, weil sich damit die Krise der bürgerlichen Staaten, die die kurdischen Minderheiten unterdrücken, verschärfen würde⁷.

Das Problem der Kurden in der Sowjetunion ist zweifelsohne ein spezifisches. Die Tatsache, daß die Sowjetunion ein Arbeiterstaat ist, spricht nicht notwendigerweise gegen die Forderung nach Selbstbestimmung der Kurden. Indes müssen zwei zusätzliche Elemente berücksichtigt werden:

Erstens ist die Zahl der Kurden in der Sowjetunion relativ gering, und außerdem verfügen sie nicht über ein zusammenhängendes Gebiet (sie sind nämlich auf verschiedene Republiken zerstreut); zweitens erfreuen sie sich im Unterschied zu den Kurden in den anderen Ländern relativ privilegierter Bedingungen, was die Rechte und Freiheiten hinsichtlich ihrer Sprache und ihrer Kultur angeht.

Außerdem gibt es in der Sowjetunion keine kurdische Nationalbewegung, die mit der in den anderen Staaten dieser Region vergleichbar wäre (zumindest nach den Informationen, die uns zur Verfügung stehen).⁸

Deshalb scheint es uns nicht möglich, für diesen spezifischen Fall die Lösung vorzuschlagen, die für das Gesamtproblem gilt. Eventuell könnte man für die Kurden, die sowjetische Staatsbürger sind, verlangen, daß sie das Recht haben müssen, in ein unabhängiges Kurdistan umzuziehen und/oder die doppelte Staatsangehörigkeit zu besitzen.

Wie wir sagten, ist es Ziel der Revolutionäre, ein unabhängiges Kurdistan zu schaffen. Dieses unabhängige Kurdistan muß gleichzeitig ein vereinigtes Kurdistan sein, also alle Gebiete umfassen, die von Kurden bewohnt werden und heute verschiedenen Staaten gehören. Dieses Ziel ist umso wichtiger, als die Projekte, die in der Vergangenheit von konservativen, ja reaktionären Führungen verfolgt wurden, die Unabhängigkeit (oder Autonomie) von diesem oder jenem kurdischen Gebiet unabhängig oder auf Kosten der anderen vorsahen, was eine der Hauptursachen dafür war, daß sie scheiterten (weiter unten werden wir auf dieses Problem zurückkommen). Natürlich bedeutet unsere Orientierung nicht, daß die nationale Befreiung notwendigerweise zur gleichen Zeit in

allen kurdischen Gebieten stattfinden muß⁹. Sie bedeutet, daß das vereinigte Kurdistan ein strategisches Ziel ist, das man nie aus den Augen verlieren oder konjunkturellen politischen Alternativen opfern darf.

Schließlich müssen die revolutionären Marxisten erklären, daß sie für die Errichtung eines kurdischen Arbeiterstaates kämpfen. Nur ein Arbeiterstaat, auf den die Dynamik der permanenten Revolution hinausläuft, kann garantieren, daß die nationalen demokratischen Ziel des kurdischen Volkes voll durchgesetzt, die Bedürfnisse der ausgebeuteten Massen befriedigt und eine wirkliche Entwicklung der Wirtschaft verwirklicht wird — und daß sich die Perspektive einer Föderation der sozialistischen Republiken der ganzen Region eröffnet.

Die strategische Perspektive der Revolutionäre kann also nur lauten: ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Kurdistan.

Soziale und politische Komponenten der Nationalbewegung

Im ersten Teil unseres Artikels erwähnten wir schon, wie sich die kurdische Nationalbewegung herausbildete, indem wir ein Schema von aufeinanderfolgenden Perioden skizzierten. Welches war und ist das Wesen dieser Bewegung, wie drückte sie sich früher und wie drückt sie sich heute politisch aus?

Abgesehen von den unbestreitbaren gemeinsamen Zügen gibt es regionale Besonderheiten, die letztlich aus der Integration der Kurden in verschiedene Staaten herrühren. Um den iranischen Teil Kurdistans als ersten zu nehmen: hier hatten lange Zeit die Großgrundbesitzer und überhaupt die *Notabeln* das größte Gewicht. Sogar innerhalb der Regierung der Republik von Mahabad waren die Großgrundbesitzer, die Kutschera „*Feudalherren*“ nennt, und die Kaufleute in der Mehrheit. Der Chef der Regierung, Quadhi Mohammed, kam aus einer Familie von Intellektuellen und religiösen Würdenträgern; sie waren Scheichs und Richter (Quadhi bedeutet ja Richter) und gleichzeitig reiche Dorfeigentümer aus der Gegend von Kokan.

In den darauffolgenden Jahrzehnten wurden die kleinen und mittleren Bauern zum Hauptbestandteil der Bewegung, nicht zuletzt aufgrund der Pseudo-Reform unter dem Schah, welche die Grundbesitzer — wenn auch nur zu einem gewissen Ausmaß

—traf. Auch das Gewicht des ländlichen Proletariats nahm zu. Die Industriebourgeoisie blieb nach wie vor sehr schwach; dagegen entwickelte sich eine „neue“ Kleinbourgeoisie im Verwaltungs- und Dienstleistungssektor. Derzeit wird der Widerstand praktisch von der gesamten Bevölkerung unterstützt: abgesehen von den *Peschmegas* soll es Zehntausende von bewaffneten Bauern geben¹⁰.

Auch in dem von der Türkei beherrschten Gebiet stand die Nationalbewegung lange Zeit unter der Fuchtel der traditionellen Chefs. Kendal spricht sogar von einer Bewegung der Lehnsherren, die erst nach und nach eigentlich bürgerliche Züge bekam. Immerhin spielten von Anfang an die Kurden von Istanbul (und später auch die anderer Städte) eine beträchtliche Rolle. Es war in Istanbul, wo 1908 die ersten Vereinigungen entstanden und wo sie am Ende des Ersten Weltkrieges wieder auftauchten. Und es war auch in den Städten, wo sich Anfang der sechziger Jahre die demokratische und sozialistische Bewegung der Türkei entwickelte, in der die späteren Kader der kurdischen Bewegung in die Lehre gingen. Die größten Gruppen kurdischer Proletarier sind in den Vororten der Großstädte zusammengeballt (insbesondere von Istanbul, Izmir und Ankara).

Die Bewegung erlebte vor allem in den beiden letzten Jahrzehnten Veränderungen, die in engem Zusammenhang mit dem sozioökonomischen Wandel stehen. Obwohl die vorkapitalistischen Beziehungen und Stammesstrukturen immer noch überwiegen, drang das Kapital auf dem Lande ein — unter anderem mit der Konsequenz, daß die Landflucht massenhafte Formen annimmt. Die Industrie behielt ihre bescheidene, ja handwerkliche Dimension. Das Proletariat konzentriert sich auf den Bergwerkssektor, der vom Staate kontrolliert wird. Was die kurdische Bourgeoisie im eigentlichen Sinne angeht, so ist sie weitgehend in das unterdrückerische Regime integriert, hat also in der Nationalbewegung kein entscheidendes Gewicht. Eine wichtige Rolle spielt in dieser Gegend vor allem die Kleinbourgeoisie, auch die auf dem Lande.

In den irakischen Gebieten wurde die Bewegung der sechziger und siebziger Jahre von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt, einer Bevölkerung, die vom bäuerlichen Element bestimmt wird, auch wenn sich insbesondere im Zuge der Erdölförderung die Industrie entwickelte. Indes nahmen neben den großen Kontingenten, die von den Bauern gestellt wurden,

vor allem in der letzten Phase des Kampfes auch viele Intellektuelle und Studenten (von denen ein Teil nach abgebrochenem Studium aus dem Ausland zurückkehrte) teil.

Diese Bewegung stand unbestreitbar unter der Hegemonie des Generals Mustafa Barzani, einer Persönlichkeit, die in vieler Hinsicht widersprüchlich ist. Barzani vollführte spektakuläre politische Wendungen, die unter anderem in der Entwicklung seiner Beziehungen zur PDK und seiner internationalen „Bündnisse“ zum Ausdruck kamen. Aber in sozialer Hinsicht kann man bei dieser Person zweifelsohne von Kontinuität sprechen: er drückt vor allem die Interessen und die Auffassungen der Großgrundbesitzer und der traditionellen Chefs aus, die über ihn im großen und ganzen die Vorherrschaft in der Bewegung behielten. Übrigens stammt Barzani selbst aus einer Familie von Scheichs von Barzan, der unter anderen auch Scheich Ahmed, der Führer der Kurdenaufstände in den dreißiger Jahren, angehörte.

Nach der Niederlage von 1975 trat die Bewegung der irakischen Gebiete in eine Phase der Neuzusammensetzung, auch vom sozialen Gesichtspunkt aus.

Schließlich gibt es eine kurdische Bewegung innerhalb der Emigration in Westeuropa, wo mehr kurdische Arbeiter leben als in Kurdistan selbst. Da diese Arbeiterklasse aber in eine ganz andere Wirklichkeit integriert ist als im Ursprungsland, kann sie keine direkte Rolle in der nationalen Bewegung spielen. Sie kann jedoch durch die Stärkung bestimmter Organisationen, durch die Ausbildung von Kadern und durch Solidaritätsaktivitäten einen Beitrag leisten.

Der erste Ansatz zu einer kurdischen Partei geht auf das Jahr 1920 zurück: Kurden, die in der Türkei lebten, wollten eine demokratische kurdische Partei gründen. Aber der Versuch verlief im Sande, vor allem deshalb, weil das Innenministerium die notwendige Genehmigung nicht erteilte. 1942 wurde in Mahabad das *Komala i Jianewey Kurdistan* (Komitee für das Leben von Kurdistan) auf Initiative von Nationalisten kleinbürgerlicher Herkunft gegründet. Dieses Komitee nahm unter anderem auch Kontakt mit *Hewa* (Hoffnung) auf, einer Organisation, die 1941 auf irakischem Gebiet als Zusammenschluß mehrerer Gruppen gegründet worden war, von denen einige der Linie der irakischen KP ziemlich nahe standen; *Hewa* unterstützte Barzani 1943 und brach 1945 in verschiedene Fraktionen auseinander.¹¹

Wie wir bereits erwähnten, wurde die DPK (Demokratische

Partei Kurdistan) 1945 in Mahabad gegründet. Gewissen Quellen zufolge soll Qadi Mohammed die Initiative dazu auf Anraten der Sowjets ergriffen haben. Die Führer des Komala waren nicht begeistert von der Aussicht, sich in der gleichen Partei zu organisieren wie Qadhi Mohammed, weil sie befürchteten, daß dieser sie dominieren werde. Aber ihr Widerstand blieb ohne Erfolg, und praktisch wurde das *Komala* von der DPK, deren Präsident Qadhi Mohammed wurde, aufgelöst. Konflikte brachen auch in der Frage aus, ob die neue Partei alle Kurden oder nur die des Iran zur Zielgruppe haben sollte: ihr Programm, das im Wesen nationalistisch und kleinbürgerlich war und sich auf die Forderung nach Autonomie konzentrierte, sprach nämlich nur vom iranischen Gebiet. Barzani war dafür, eine getrennte Partei für den irakischen Teil Kurdistan zu bilden, während Qadhi Mohammed offenbar dagegen opponierte (unter den Irakern wurde die Einheitsthese von Ibrahim Mohammed vertreten). Jedenfalls wurde 1946 eine irakische Sektion gegründet, die sich in die DPK des Irak umwandelte (ihr Gründungskongreß fand am 16. August 1946 statt).

Erst sehr viel später, nämlich im Jahre 1965, entstand die DPK der türkischen Gebiete, 1956/57 die PK des syrischen Teils in deren Programm die Anerkennung der Kurden als ethnischer Gruppe gefordert wurde.

Wir können hier nicht im Detail auführen, wie es den verschiedenen Sektoren der kurdischen Bewegung erging; es gab zahlreiche Konflikte, die oft zu Spaltungen oder gar zu regelrechten Kämpfen führten. Was den türkischen Teil angeht, so braucht man nur daran zu erinnern, daß die DPK, die eine nationalistische Ideologie hatte und sich aus Handwerkern, Intellektuellen und Großgrundbesitzern zusammensetzte, sich schon 1969 in die DPK der Türkei (Tendenz Said Ençi) und die DPK in der Türkei (Tendenz Sivan) spaltete; letztere soll für die völlige Unabhängigkeit von der Türkei gewesen sein. Heutzutage soll die DPK der Türkei vor allem in den Gebieten nahe der syrischen und irakischen Grenze fest verankert sein. Auf ihrem Kongreß im Oktober 1977 sprach sie sich für die Unabhängigkeit und für die Öffnung gegenüber dem Marxismus-Leninismus aus. Im Grunde jedoch bleibt sie konservativ.¹²

Links davon berufen sich die meisten Organisationen inzwischen auf den Marxismus und betonen die führende Rolle des Proletariats. *Özgürlük* (Freiheit) ist eine Organisation, die man als pro-sowjetisch und anti-chinesisch bezeichnen kann; sie unter-

zeichnete 1980 eine gemeinsame Erklärung mit der *DDKD* und der *KUK*. Sie ist für die Unabhängigkeit Kurdistans von der Türkei und für eine Föderation mit einem demokratischen türkischen Staat. 1978 wurde sie erheblich geschwächt durch eine Spaltung, die zur Bildung einer anderen Organisation führte, der *Özgürlük Yolu* (Weg der Freiheit). Die *DDKD* (Demokratische und Revolutionäre Kulturvereinigung, in der BRD: *KKDK* = Verein der Arbeiter und Demokraten Kurdistans) geht auf das Jahr 1974 zurück; sie beruft sich auf den Marxismus und tritt für die Unabhängigkeit der vier Teile Kurdistans ein. Die *KUK* (Partisanen für die Befreiung Kurdistans) ging aus einer Abspaltung der *DPK* 1977 hervor; sie ist marxistisch orientiert und ist für eine Lösung ähnlich der von *Özgürlük*. Weiter gibt es *Rizgari* (Befreiung), die auch für die Unabhängigkeit der vier Gebiete Kurdistans ist, dann *Kurtulus* (Befreiung), eine Organisation, die Anfang der siebziger Jahre von Studenten mit castristischen Gedanken gegründet wurde, die stalinistische Züge aufweist, aber sowohl die Moskauer wie die Pekinger Bürokratie kritisiert, und schließlich die *PKK* (Kurdische Arbeiterpartei), die heftige innere Auseinandersetzungen um die Frage des bewaffneten Kampfes erlebte und nach jüngsten Verlautbarungen nach dem Staatsstreich in der Türkei sehr hart von der Repression betroffen wurde.¹³

Was den Iran angeht, so kannte die *DPK*, die unter dem Schah-Regime viel zu leiden hatte, ein meistens sehr stürmisches internes Leben. 1956 veröffentlichte sie ihr erstes Gesamtprogramm, das die Bildung einer demokratischen iranischen Republik beinhaltete, in deren Rahmen die Kurden dann ihre eigene Regierung und ihr eigenes Parlament haben sollten. Auf dem Kongreß von 1964 ließ ihr damaliger Hauptführer Abdalla Isshaki den Führer von 1946 Qadhi Mohammed noch postum zum „Verräter“ stempeln und die progressivere Tendenz der Partei als „revisionistisch“ verurteilen. 1969 kam nach einer Linkswendung Abdalla an die Reihe, ausgebootet zu werden. Auf dem Kongreß von 1973 kam die *DPK* wieder auf ihre ursprünglichen Positionen zurück, entschied sich für den bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime und forderte die „nationalen Rechte des kurdischen Volkes“. Heute stellt die *DPK* unter der Führung von A.R. Ghassemlu die bei weitem stärkste Kraft im iranischen Kurdistan. Sie ist Mitglied des *Nationalen Widerstandsrates* (des Iran) gewesen, arbeitet also außer mit den *Mudschahidin* auch mit Bani Sadr

zusammen, der sich doch, als er Präsident war, der Autonomie Kurdistans widersetzt hatte. Sie fordert nach wie vor die Autonomie im Rahmen des iranischen Staates.¹⁴

Eine Zeitlang scheinen die *Fedayin Khalq* und eine Gruppe um einen religiösen Würdenträger, den Scheich Ezzadin Hosseini, gewissen Einfluß gewonnen zu haben. Aber derzeit ist die einzige aktive Organisation neben der DPK das *Komala*, das marxistisch orientiert ist und den Aufstand propagiert, um eine *Demokratische Revolutionäre Republik*¹⁵ zu schaffen. Wie wir sehen, entstand die DPK des Irak im Jahre 1946 und erlebte gleich zu Anfang ihrer Existenz schwere innere Konflikte. Barzani nahm am Gründungskongreß nicht teil, schickte aber jemanden als seinen Vertreter. Bereits ein Jahr später verlor er jeden Kontakt zur Partei: nach einem langen Marsch, der als „*Rückzug der 500*“ in die Geschichte des kurdischen Widerstands eingehen sollte, flüchtete er in die Sowjetunion, wo er bleiben sollte, bis das Regime Kassem an die Macht kam (1958).

In ihrem ersten Programm fordert die DPK eine Landreform, die Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse, Reformen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet (darunter die Nationalisierung der natürlichen Ressourcen) und die Autonomie Kurdistans. Sie bildete die „*Nationale Front*“ zusammen mit der „*Volkspartei*“ von Aziz Cherif, der „*National Demokratischen Partei*“ und der irakischen KP. Später wurde sie radikaler (vgl. insbesondere die Beschlüsse ihres Dritten Kongresses vom Januar 1953). Sie entschied sich für einen kurdischen Bundesstaat innerhalb der irakischen Republik und übernahm den Marxismus-Leninismus als Ideologie. Im Jahre 1955 führte der Tendenzkampf, der nie zum Stillstand gekommen war, zum Bruch zwischen der von Ibrahim Ahmed geführten DPK und der „*Progressiven Front*“ unter Hamza Abdalla. Aber im folgenden Jahr vereinigten sie sich wieder: die Partei hieß nun *VDKP* (Vereinigte Demokratische Kurdische Partei). Als Barzani aus der Sowjetunion zurückkehrte, bootete er Ibrahim Ahmed aus und übernahm die Kontrolle der Partei in Zusammenarbeit mit Hamza Abdalla (Anfang 1959). Unter dem Kassem-Regime, das die Unterstützung der Sowjetunion genoß, näherte sich die *VDKP* den Positionen der irakischen KP: Wortradikalismus gegenüber dem „*Imperialismus der Reaktion und dem Feudalismus*“ und Forderung nach nationalen Rechten der Kurden im Rahmen des irakischen Kurdistans (Manifest von 1959). Aber auf dem vierten Kongreß wechsel-

te die DPK wieder ihre Führung: Hamza Abdalla mußte abtreten, und Ibrahim Ahmed wurde wieder Generalsekretär. Unter seinen Mitarbeitern finden wir Jalal Talabani, der später zu einem der Hauptwidersacher von Barzani werden sollte¹⁶. Auf dem Fünften Kongreß, der bereits im Mai 1960 stattfand — daß die Kongresse so rasch aufeinanderfolgten, zeigt die dauernden Schwankungen, welche ihrerseits mit der rasch wechselnden Lage im Irak insgesamt zusammenhingen —, wurde die VDKP wieder zur DPK und bekannte sich nach wie vor zum Marxismus-Leninismus; aber mit Rücksicht auf ihr Bündnis mit Kassem ließ sie „vorübergehend“ die Forderung nach Autonomie unter den Tisch fallen. Nach dem Bruch mit Kassem nahm sie nach etlichem Hin-und-Her (1962) den Widerstand auf, den Barzani 1961 begonnen hatte. Zu dieser Zeit war Barzani nicht in der Lage, sie zu kontrollieren: deshalb erklärte er nicht nur, daß er nicht Mitglied sei, sondern daß er auch nie Mitglied gewesen sei! Sein Bruch mit dem Politbüro wird jedenfalls im April 1964 besiegelt, als Barzani in einer Verlautbarung der DPK, weil er ein Abkommen mit dem irakischen Regime abgeschlossen hatte, verurteilt und als die „größte Gefahr für die kurdische Revolution“ gebrandmarkt wird. Aber Barzani berief flugs seinen eigenen Parteikongreß ein (den Fünften), auf dem unter anderem die Berufung auf den Marxismus-Leninismus abgeschwächt wurde. So gab es von da an zwei DPK, die von Barzani und die von Ibrahim Ahmed und Talabani. Letztere flüchteten in den Iran und verloren erheblich an Einfluß, während Barzani die kurdische Festung organisierte, die, wie wir schon sahen, bis 1975 Widerstand leistete. 1966 einigten sie sich mit dem irakischen Regime und blieben in Bagdad; sie organisierten sogar Kampftruppen gegen Barzani. Ihre politisch-ideologische Rechtfertigung ist die gleiche wie die der irakischen Baath-Partei: die Front verläuft zwischen einem fortschrittlichen, antiimperialistischen Regime auf der einen und den feudalen philo-imperialistischen Kräften, zu denen Barzani gehört, auf der anderen Seite.

In der Phase der Neu-Zusammensetzung, die nach der Niederlage 1975 begann, scheint sich die DPK wieder zu radikalieren unter einer provisorischen Führung, die sich auf einer Konferenz für das Recht der Kurden auf die Selbstbestimmung und für eine Zusammenarbeit von Vertretern der verschiedenen Teile Kurdistans aussprach. Talabani aber gründete die *Patriotische Union Kurdistans* aus dem Zusammenschluß dreier Bewegungen auf einem Kongreß im September 1977, der sich für die Autonomie

entschied. Es folgten heftige Auseinandersetzungen zwischen „*Talabanisten*“ und „*Barzanisten*“ bis hin zu blutigen Zusammenstößen. 1979 gründete Mahmud Osman die *Vereinigte Sozialistische Partei von Kurdistan*. Schon vorher waren die *Kurdische Nationalunion* für die Anerkennung einer „*echten Autonomie im Rahmen einer unabhängigen Republik Irak*“¹⁷ und das *Komala* (Marxistisch-Leninistische Liga) entstanden.

Schwierigkeiten und Widersprüche

Jahrzehnte des Kampfes, Jahrzehnte von Teilsiegen und sehr harten Niederlagen verlangen eine Bilanz als unabdingbare Voraussetzung dafür, daß sich eine neue Phase der Nationalbewegung entwickelt und daß diese erfolgreich endet.

Als erstes muß man von einer ganz elementaren Feststellung ausgehen. Kurdistan liegt in einer Gegend, in der seit jeher Großmächte tätig sind, direkt oder indirekt. Diese waren durchaus fähig, zeitweilig Aufstände oder Widerstandsbewegungen zu begünstigen und aus taktischen Gründen anzuheizen, ja sogar sich in diplomatischen Erklärungen für die Kurden aussprechen, ohne daß sie jemals die Bildung eines unabhängigen kurdischen Staates wirklich im Sinn hatten. Die kurdische Nationalbewegung stößt immer wieder auf dieses Hindernis, das man nicht unterschätzen darf. Sie stößt auch immer wieder auf Regime, die zumeist antidemokratisch sind, die ohne weiteres zu den blutigsten Repressionsmaßnahmen greifen und die, wie Chaliand hervorhebt, „*wie Persien und noch mehr die Türkei auf eine lange staatliche Tradition zurückblicken können.*“

Zweitens hat die Zähigkeit der traditionellen Strukturen — manche Autoren nennen sie „*Feudal*“-, andere „*Stammes*“-Strukturen, tatsächlich handelt es sich um verschiedene widersprüchliche sozio-ökonomische und politische Strukturen, die übereinander gelagert sind — zu widersprüchlichen Ergebnissen geführt. Nikitin zum Beispiel bemerkt ganz richtig, daß sich dadurch Kurdistan leichter vor ausländischen Eroberern schützen konnte, weil es so seine Identität wahren konnte; aber gleichzeitig bildeten diese Strukturen ein beträchtliches Hindernis auf dem Wege zur kohärenten Herausbildung einer richtigen Nation und eines unabhängigen Nationalstaates. Von daher gesehen entstanden durch die Umwälzungen der Strukturen seit dem Ersten Welt-

krieg und vor allem in den letzten Jahrzehnten günstigere objektive Bedingungen.¹⁸

Ganz allgemein kann man sagen, daß die vorherrschenden sozio-ökonomischen Strukturen und die dadurch bedingte klassenmäßige Zusammensetzung der Nationalbewegung scharfe Widersprüche hervorbrachten und den Befreiungskampf gewaltig behinderten.

Als Beispiel braucht man nur an die Konflikte erinnern, die innerhalb der Republik von Mahabad ausbrachen: bestimmte Stämme standen ihr sehr feindlich gegenüber, weil sie Tabak für den iranischen Markt anbauten und ihnen der Bruch mit dem Iran schadete. Archie Roosevelt Jr., der die Probleme von Mahabad eingehend untersucht hat, bemerkte dazu treffend: „*Wie schon bei den früheren Versuchen bewirkte vor allem die fehlende Einheit der Kurden selbst, daß er (der Versuch von Mahabad) scheiterte. Ein großes Dilemma des kurdischen Nationalismus liegt darin, daß er seine Führer und Aktivisten aus den Reihen der aufgeklärtesten Städter beziehen muß, während er seine militärische Kraft immer aus den Stämmen und deren Führern zog, die weder genügend Phantasie noch genügend Bildung hatten, um die Regierungsmacht aus anderen Gründen als aus Beutegier und Profitsucht zu schwächen.*“

Die Erfahrung der kurdischen Hochburg im Irak, die sehr viel größere Dimensionen annahm, führt zu den gleichen Schlußfolgerungen. Kurz nach der Machtübernahme durch Kassem brach ein kurdischer Aufstand aus, der aus dem einfachen Grunde, weil er die Bauern nicht mobilisieren konnte, rasch zerschlagen wurde. Und es hat seinen guten Grund, wenn die Bauern still hielten: Der Aufstand war nämlich Sache der traditionellen Chefs, die wegen der an sich zaghaften Agrarreform vom September 1958 in helle Aufregung geraten waren. Anfang der sechziger Jahre zögerte die DPK erst, bevor sie sich voll für den Kampf engagierte. Ibrahim Ahmed erklärte einem Journalisten von *Le Monde* (12.3.1963), die Bauern hätten ihnen einen Krieg „aufgezwungen“, den sie, die Führer, gar nicht wollten, weil sie ihn von vornherein für aussichtslos hielten. Etwas später gestand er demselben Journalisten: „*Ich möchte Ihnen nicht unsere Furcht vor einer Entfesselung der Bauern verheimlichen*“. In Wirklichkeit war, wie Kutschera ganz richtig betont, für die kurdischen Bauern das Hauptproblem die Landfrage, um die die DPK sich herumzudrücken versuchte, um sich nicht mit den traditionellen Chef zu überwerfen, die über die

Vermittlung der Barzani-Führung letztlich über die Bewegung insgesamt entschieden.

Drittens muß man daran erinnern, daß die Führer und die Organisationen der kurdischen Bewegung zumeist davon abgesehen haben, für ihr Land die Unabhängigkeit zu fordern. Sie erhoben diese Forderung nur zu gewissen Zeiten und in widersprüchlicher Art. Außerdem suchten sie im allgemeinen nur nach Lösungen für ein einziges kurdisches Gebiet, unabhängig von den anderen oder gar auf deren Kosten. Dieser Linie entspricht auch die bereits traditionelle Haltung, daß man die Autonomie oder die Unabhängigkeit mit Hilfe der Großmächte und/oder eines der Anrainerstaaten zu erreichen versuchte. Barzani gibt da das beste Beispiel. Bis 1945 setzte er auf die Hilfe Großbritanniens (schon vor ihm hatten manche dieselbe Illusion in den zwanziger Jahren gehabt, z.B. Abdel Kader und Bedir Khan). Dann unternahm er Anstrengungen, die Unterstützung der Sowjetunion zu gewinnen (obwohl diese sowohl das unabhängige Aserbeidschan als auch die Republik von Mahabad fallengelassen hatte), und jahrelang schien er das Vertrauen Moskaus zu genießen. Ab 1967 kam er mit dem Schah des Iran und sogar über Kissinger mit dem amerikanischen Imperialismus (1970) überein. Das Ergebnis ist bekannt. 1975 schloß der Schah durch Vermittlerdienste Algeriens eine Vereinbarung mit dem Irak und überließ innerhalb von Stunden die Kurden ihrem Schicksal. Die verzweifelten Appelle Barzanis an Washington blieben natürlich ohne Antwort.

Die kurdische Bewegung mußte dafür einen außerordentlich hohen Preis zahlen. Der Bruch zwischen der Bewegung im Irak und der im Iran war nicht zu umgehen. Barzani ging so weit, kurdische Führer des Iran ermorden und andere den Henkern des Schah ausliefern zu lassen, mit der Konsequenz, daß seit 1973 die iranische DPK gute Beziehungen mit der irakischen Regierung pflegte und ein Büro in Bagdad aufmachte. Nun stand eine monströse „Einheitsfront“ der irakischen Baath-Partei mit der iranischen DPK einer nicht weniger monströsen Front von Barzani und dem Schah Reza Pahlewi gegenüber. Barzani erklärte zynisch: *„Wir sind bereit, im Einklang mit der amerikanischen Politik in dieser Region zu handeln, wenn die Vereinigten Staaten uns vor den Wölfen schützen. Wenn sie uns genügend stark unterstützen, könnten wir die Erdölvorkommen von Kurkuk kontrollieren und deren Ausbeutung einer amerikanischen Gesellschaft übertragen. Das ist unser Gebiet, und die Nationalisierung (der Ölquel-*

len) war ein Akt gegen die Kurden.“ (*Washington Post*, Juni 1973). Tatsächlich wurde keinerlei Aktion gegen die Erdölquellen unternommen.

Leider scheint man die Lehren daraus nicht gezogen zu haben. Nach dem Sturz des Schahs, als das neue Regime seinerseits die Kurden angriff, spielte Talabani eine Vermittlerrolle auf Kosten des Widerstands. Massud Barzani bekam eingeschränkte Bewegungsfreiheit im Iran und erhebliche Hilfe. Im Austausch dafür zögerten seine Anhänger nicht, sich in dem neuen Krieg, der gegen die iranischen Kurden entfesselt wurde, praktisch ganz auf die Seite Teherans zu stellen.¹⁹

Chaliand betonte, wie sehr die kurdische Bewegung im Irak von der verspäteten Entwicklung der kurdischen Gesellschaft geprägt wurde, und zog folgende Schlußfolgerung: „Die Führung konnte sich mit ihrem Selbstverständnis nicht über ihre eigene Gesellschaft erheben und die Massen mitreißen, wie das anderswo revolutionären Führungen gelang. Abgesehen von dem schweren Nachteil der geopolitischen Situation ist dieser Punkt entscheidend; in ihm kommt die Hauptschwäche der kurdischen Bewegung zum Ausdruck: die Zurückgebliebenheit ihrer Eliten, ein historisches Erbe, das schwer auf dem nationalen Schicksal lastet und die Krise der kurdischen Gesellschaft fort dauern läßt.“

Mit anderen Worten: die kurdische Bewegung ist tief geprägt durch die widersprüchliche Kombination eines traditionellen Aspekts, der die soziale Schwerfälligkeit zurückgebliebener Gebiete widerspiegelt, und eines modernen Aspekts, der in der Organisierung als Partei und bis zu einem gewissen Maß auch in ihrer Ideologie sowie der ihres Hauptführers zum Ausdruck kommt. Aber die sozialen Umstände sowie die Anpassung, ja die Unterordnung unter die gegebenen internationalen Gegebenheiten hatten zur Folge, daß der erste Aspekt ein viel entscheidenderes Gewicht erhielt als der letzte. Deshalb war das Ergebnis katastrophal.

Was für eine revolutionäre Partei?

Es wäre eine grobe Vereinfachung, würde man aus einer Strategie, die ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Kurdistan zum Ziele hat, automatisch die Schlußfolgerung ziehen, daß jetzt eine einzige Partei der kurdischen Revolutionäre aufzubauen sei.

Auch die historischen Vorläufer, an die man denken könnte, erlauben diese Schlußfolgerung nicht. Obwohl offensichtliche Unterschiede vorhanden sind, scheint uns doch die Debatte, die 1896 um die polnische Frage geführt wurde, die meisten Anhaltspunkte zu liefern. „*Wenn die Polen der drei Teile Polens sich nach dem Prinzip der Nationalität für die staatliche Befreiung Polens organisieren*“, sagt Rosa Luxemburg damals, „*warum sollen dann die verschiedenen Nationalitäten Österreichs nicht genauso vorgehen? Warum sollen sich die Elsässer nicht gemeinsam mit den Franzosen organisieren, usw.? Kurz: damit wären den nationalen Kämpfen und nationalen Organisationen Tür und Tor geöffnet. Statt der Arbeiterorganisation gemäß den politischen und staatlichen Gegebenheiten würde man dem Prinzip der Organisation nach der Nationalität huldigen, ein Vorgehen, das oft gleich am Anfang schieft. Statt politische Programme, die den Interessen der Klasse entsprechen, würde man nationale Programme ausarbeiten.*“

Immerhin setzte sich Rosa Luxemburg in der Praxis selbst für die Unabhängigkeit ihrer Partei ein, auch wenn im Prinzip 1905 der Anschluß der polnischen Partei an die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands* beschlossen wurde.

Lenin betonte, daß die Partei über die nationalen Spaltungen hinweg geeint sein müsse. Und Trotzki war für ganz rigorosen Zentralismus im Rahmen einer einzigen Partei und gegen „*jegliche nationalistische Infektion*“. Seine Meinung nach hatte die Partei die Aufgabe, „*so eng wie möglich vermittelt freiwilliger Klassendisziplin die Werktätigen der verschiedenen Nationen in einer einzigen Struktur zu verbinden.*“ Die bolschewistische Partei „*lehnte es schlichtweg ab, die Parteistruktur nach dem national-föderativen Prinzip auszurichten. . . Eine revolutionäre Organisation ist nicht der Prototyp des künftigen Staates, sondern nurein Instrument, um diesen zu schaffen.*“ (Trotzki, *Geschichte der Russischen Revolution*).

Dieses Prinzip kann kaum in Frage gestellt werden. Indes kann nicht abgestritten werden, daß das Proletariat der unterdrückten Nationalitäten besondere Interessen, Bedürfnisse und Bestrebungen hat, die im Rahmen einer einzigen vereinten Partei vielleicht nicht genügend zur Geltung kommen.

Was Kurdistan angeht, so liegt die Hauptschwierigkeit darin, daß man es im Befreiungskampf nicht mit einem, sondern mit vier Unterdrückerstaaten zu tun hat. Den verschiedenen Gebieten gemeinsam ist die nationale Unterdrückung; daneben gibt es aber

Verschiedenheiten aufgrund des historischen Kontextes, der vergangenen Kampferfahrungen, der besonderen Bedingungen, die den Kurden in den verschiedenen Staaten auferlegt sind, sowie aufgrund der Tatsache, daß unterschiedliche organisatorische Formen existieren. Wenn die DPK nicht als pan-kurdische Partei auseinanderbrach, so kann man das sicher vor allem ihren Führern und deren Opportunismus und Verrat zuschreiben. Aber darin kam doch auch die objektive Schwierigkeit zum Ausdruck, den kurdischen Kampf vermittelt einer einzigen Partei zu führen. Für die revolutionären Marxisten ist das Problem heute umso schwieriger, als sie nur erste Ansätze einer revolutionären kurdischen Partei bilden. Die Frage muß also unter Berücksichtigung der derzeitigen Umstände diskutiert werden, ohne die strategische Ausrichtung auf eine einzige Partei der kurdischen Revolution aus dem Auge zu verlieren.

Schließlich muß auch noch ein taktischer Einwand berücksichtigt werden. Unsere strategische Parole — für ein unabhängiges, vereintes und sozialistisches Kurdistan — kann nicht in der gleichen Form von allen revolutionären Marxisten vorgebracht werden. Die türkischen, iranischen und irakischen revolutionären Marxisten müssen den Akzent auf den Kampf um Selbstbestimmung und Unabhängigkeit legen; ob das kurdische Volk aber in einem einzigen Staat vereint und ob es sozialistisch sein will, das hat es nur selbst im Kampf zu entscheiden. Die kurdischen revolutionären Marxisten stellen zwar die Forderung nach Unabhängigkeit in der Einheit auf den ersten Platz, verschweigen aber dabei nicht, daß es ihnen letztlich um die Errichtung eines kurdischen Arbeiterstaates geht. Sie führen aus, daß eine wirkliche Unabhängigkeit, eine wirkliche Vereinigung nur möglich ist durch einen Kampf, dem die Dynamik der permanenten Revolution innewohnt, sie knüpfen aber an die Forderung nach Unabhängigkeit keine Bedingungen. Sie suchen die Einheit mit allen Kräften, die für dieses Ziel kämpfen.

Livio Maitan, April 1982

aus: *Quatrième Internationale*, Nr. 9, Juli-September 1982.

- 1 Kutschera meint, die Kämpfer des *Khojbun* hätten die Theorie des „*revolutionären Herdes*“ im Guerillakampf schon „*eine Generation vor den lateinamerikanischen Theoretikern*“ theoretisiert.
- 2 In dem Text wird die Unterdrückung der Kurden und die Repression gegen sie denunziert. Formal ist er an den Minister Ismet İnönü gerichtet.
- 3 Nach dem jüngsten Artikel von G. Chaliand soll es jetzt 18 Millionen Kurden geben, *Le Monde* vom 13. April 1982.
- 4 Ein Artikel über die irakische KP und die kurdische Frage wurde in der Zeitschrift der libanesischen revolutionären Marxisten im November und Dezember 1973 veröffentlicht (s. *Inprecor*, Nr. 5-6, 1974). In der Schlußfolgerung des von uns erwähnten Textes spricht sich die irakische KP für die Autonomie im Rahmen des irakischen Staates aus. Auf einer Konferenz 1953 hatte sie dagegen von Selbstbestimmung gesprochen.
- 5 Siehe den Text, der auf dem Siebten Regionalkongreß der Baath-Partei Ende 1968 / Anfang 1969 angenommen wurde. Außerdem erkannte die Baath im Abkommen vom 11. März 1970 mit der DPK „*die kurdische Sprache als offizielle Sprache neben dem Arabischen in den Gebieten, wo die Mehrheit der Bevölkerung kurdisch ist*“, an. Zur Politik der Baath-Partei siehe auch *Settlement of the Kurdish Problem in Irak*, Ath-Thawra, Baghdad.
- 6 Siehe zu diesem Thema den dritten Teil des Buches von Chris Kutschera, *Le mouvement national kurde*, Paris 1979.
- 7 Das wird auf andere Weise durch A. H. Krulich-Ghassemloou bestätigt, der schreibt: „*Die DPK des Iran weiß nur zu gut, daß sie den ganzen Nahen Osten entstabilisieren würde, wenn sie die Einheit der Kurden des Iran, des Irak, Syriens und der Türkei forderte... Die DPK sieht die Lösung vielmehr in einem Bund autonomer Republiken im Iran und darüber hinaus.*“, *Le Monde Diplomatique*, Juli 1979.
- 8 Hélène Carrère d'Encausse erwähnt die Kurden in ihrem Buch über die „*Revolte der Nationen in der SU*“, *L'empire éclatée*, Paris 1978 nur flüchtig.
- 9 Es nützt natürlich wenig, darüber Spekulationen anzustellen, wie das z.B. Ismet Chériff Vanly in einem Interview tut, wo er unter anderem sagt: „*Es scheint möglich und vielleicht sogar rationeller zu sein, daß, bevor die Kurdenbewegung in ihrer Gesamtheit zum Erfolg kommt, zuerst Bundesstaaten im Irak, im Iran, in der Türkei und vielleicht auch in Syrien gegründet werden, wobei das kurdische Volk in jedem seiner Staaten zuerst getrennt und demokratisch mit den anderen Völkern dieser Länder einen Bund eingehen würde.*“ (April 1959)
- 10 Siehe den Artikel von A. R. Ghassemlo in *Le Monde* vom 9. April 1982.
- 11 Zu dem, was der *Hewa* alles geschah vgl. Kutschera, S. 150 f.
- 12 Wenn sich nationalistische Bewegungen oder Organisationen zum Marxismus-Leninismus bekennen, kann das eine gewisse Radikalisierung ausdrücken (oder vielleicht eine opportunistische Haltung gegenüber der Sowjetunion); es heißt jedenfalls nicht automatisch, daß man sich in die internationale Arbeiterbewegung integriert.
- 13 Siehe z.B. *Le Monde Diplomatique* vom September 1980.
- 14 Siehe den bereits zitierten Artikel in *Le Monde* vom 9. April 1982; zum Thema Repression gegen die DPK *Le Monde* vom 21. April 1982. Vor drei Jahren unterzeichnete die DPK einen Pakt mit der *Armenischen Front*.
- 15 *Komala*, Translation series, Nr. 2, April.

- 16 Über die Persönlichkeit Talabanis steht einiges in dem bereits angeführten Artikel von *Le Monde Diplomatique*, September 1980; außerdem wird darin ein „Befreites Gebiet“ nahe der irakischen Grenze beschrieben, in dem sich die Vertreter verschiedener Parteien und Bewegungen niedergelassen hatten. Was die Linie der DPK/Provisorische Führung angeht, siehe *The Historical Place of the Kurdish National Liberation Movement*, September 1977.
- 17 Zur *Kurdischen Nationalunion* siehe *Inprecor* (frz.), Nr. 56 von 1976.
- 18 Der kurdische Autor Kendal liefert eine zusammenfassende Beschreibung des „feudalen“ Kurdistan, in dem „die Stammesorganisation vorherrscht“. Basile Nikitin beschreibt „die Beziehung zwischen dem Stammesführer und seinen Untertanen unter dem Feudalsystem“ und unterscheidet folgendermaßen zwischen dem Feudalherren und dem Stammesführer: „Diese beiden Funktionen können manchmal zusammenfallen, sind aber im allgemeinen verschieden voneinander. Ein Feudalherr herrscht oft über mehrere Stämme, und nur bei den Stämmen, denen er nicht in Erbfolge vorsteht, kann man von drückenden Feudalleistungen sprechen, die Zwecken dienen, die nicht immer die des Stammes sind.“ (S. 144-146) Dazu übernimmt er die Auffassung von Viltchevsky, nach dem „der Niedergang des Feudalwesens in Kurdistan auf die Tatsache zurückzuführen ist, daß die kurdischen Feudalherren ihre Untertanen zu stark auspreßten und dadurch schließlich die Grundlagen ihrer militärischen Stärke untergruben.“ (S. 187)
- 19 Massood ist einer der zahlreichen Söhne von Mustafa Barzani. Letzterer starb 1979 im Exil.

BENUTZTE LITERATUR

- CHAILIAND, GERARD (Hrsg.): „Les Kurdes et le Kurdistan“, Paris 1978. Deutsch: „Kurdistan und die Kurden“, Bd. 1, Reihe pogrom 105/106, Göttingen 1984.
- EAGLETON, WILLIAM: „The Kurdish Republic of 1946“, Oxford 1963.
- GHASSEMLOU, ABDUL R.: „Le Kurdistan D'Iran“, London 1965. Deutsch in: „Kurdistan und die Kurden“, s.o. Ders.: „La lutte des Kurdes iraniens“, Le Monde Diplomatique, Paris, Juli 1979.
- KENDAL: „Les Kurdes sous l'Empire ottoman“, „Le Kurdistan de Turquie“, „Les Kurdes en Union Soviétique“, Paris 1978. Deutsch in: „Kurdistan und die Kurden“, s.o.
- KUTSCHERA, CHRIS: „Le mouvement nationale kurde“, Paris 1979. Ders.: „Regain de tension entre Bagdad et les Kurdes du général Barzani“, Le Monde Diplomatique, Paris, April 1974. Ders.: „La Fiction de l'autonomie du Kurdistan irakien“, Le Monde Diplomatique, Paris, August 1977. Ders.: „La poudrière Kurde“, Le Monde Diplomatique, Paris, September 1980.
- NIKITINE, BASILE: „Les Kurdes — Etude sociologique“, Paris, September 1956.
- ROOSEVELT jr., ARCHIE: „The Kurdish Republic of Mahabad“, Middle East Journal, Vol I, 3 (Juli 1947). Deutsch in: „Kurdistan und die Kurden“, s.o.
- VANBRUINESSEN, M.U.: „Agha, Sheikh and State“, Utrecht 1978.
- VANLY, ISMET CHERIF: „Le Kurdistan Irakien, entité nationale“, Neuchatel. Ders.: „Interview sur le Kurdistan et la question kurde“, Athen 1969.
- VIENNOT, J.P.: „Une Nation déchirée“, Le Monde Diplomatique, Paris, August 1971.

Ismail Besikçi

Wir wollen frei und Kurden sein

Einleitung

In der Resolution der Vollversammlung der UNESCO vom 27. November 1978 zum 100. Jahrestag der Geburt von Atatürk wird festgestellt, Atatürk habe den ersten nationalen Befreiungskampf gegen Imperialismus und Kolonialismus begonnen und zum Erfolg geführt. Es heißt dort, Atatürk habe „den unterdrückten, den versklavten Völkern des Ostens den Weg zur Befreiung gewiesen“. „Kemal Atatürk hat den Befreiungskampf nicht allein für das türkische Volk geführt. Er hat das Ziel, den unterdrückten Völkern, den versklavten Völkern des Ostens den Weg zu zeigen. Er wünschte von ganzem Herzen, daß sie sich aus der Knechtschaft befreien und als freie, unabhängige Völker organisierten. Das war das Grundziel seines Kampfes gegen Imperialismus und Kolonialismus“, heißt es da. Es wird auch betont, daß Atatürk dieses Ziel erreicht habe. Die geknechteten und versklavten Völker dieser Erde, die unterdrückten Völker seien dank der Erleuchtung und des Bewußtseins, das sie durch Atatürk erhalten hätten, eines nach dem anderen zu Freiheit und Unabhängigkeit gelangt.

Die Unesco ist eine internationale Organisation mit dem Ziel, der Gerechtigkeit und dem Recht Geltung zu verschaffen und die demokratische Lebensfreiheit durch Erziehung, Wissen und Kultur zu sichern. Sie bemüht sich, den Menschenrechten, der Freiheit und der Völkergleichheit Leben zu verleihen. Sie versucht,

diesen Grundsätzen im politischen Leben der Gesellschaften Geltung zu verschaffen. Vorrangiges Ziel der Unesco ist es, die Teilnahme aller in diesem Lande lebenden Bürger an der Kultur zu gewährleisten. Sie macht bedeutende Anstrengungen, diesen Grundsatz im ökonomischen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Leben zum Durchbruch zu bringen. Es ist wichtig, der politischen Gesellschaftsstruktur die zivile Gesellschaft entgegenzusetzen und ihre Fortentwicklung zu verstärken. Nur so wird die reiche Entfaltung des menschlichen Innenlebens, die Schaffung und Entwicklung der Rechte und der Autonomie der Menschen der politischen Gesellschaft, das heißt dem Staat gegenüber, möglich.

Die Unesco hat das Ziel, die Kultur der Menschheit zu schützen und zu entwickeln. Sie versucht, zu den Grundelementen der kulturellen Ursprünge hinauzusteigen und die Weltkultur zu bereichern. Daher gilt auch als unverzichtbares Ziel der Unesco, die Zusammenarbeit und Solidarität zwischen den Menschen und den Völkern zu entwickeln und zu stärken.

In Wahrheit sind die Erkenntnisse, die in dem Beschluß der Unesco zum 100. Geburtstag Atatürks zum Ausdruck kommen, keine wissenschaftlichen Erkenntnisse. Sie beinhalten Ideologie. Sie sind die Zustimmung zur offiziellen Ideologie, die auf der Lüge, nämlich der Ideologie des türkischen Staates, basiert. Und so werden sie von der konkreten Wirklichkeit, vom Leben widerlegt, stellen sich als falsch heraus. Das ist zweifellos ein tiefer Widerspruch für die Unesco, deren Ziel es ist, durch Bildung, Wissenschaft und Kultur das Ideal der Vereinten Nationen zu verwirklichen. Es ist sehr wichtig, das öffentlich zu machen.

Es gibt auf der Welt immer Persönlichkeiten, die die Geschichte welchen Gebietes, Volkes oder Staates auch immer tief geprägt haben. Sie mögen Offizier, Politiker, Parteiführer, Staatsoberhaupt, Guerillaführer oder sonst etwas sein. Die Geschichte liefert bezüglich solcher Persönlichkeiten zweifelsohne richtige Einschätzungen. Deshalb nimmt sie sich mit dem Gedankengut dieser Leute auch den Inhalt ihrer Aktivitäten vor. Ohne Berücksichtigung dieser beiden Kategorien gibt es keine fundierte, dauerhafte und wissenschaftliche Einschätzung.

Auch Atatürk ist eine von diesen Persönlichkeiten. Er hat die Geschichte des Nahen Ostens tief mitgeprägt. Er hat die Geschichte des türkischen Volkes, des kurdischen Volkes, des türkischen Staates und von Staaten des Nahen Ostens wie Iran, Irak,

Syrien tief beeinflußt. Er nahm auch Einfluß auf die Weltgeschichte. Und ohne Zweifel darf man bei einer Einschätzung Atatürks nicht nur seine Gedanken und Ideen, seine Schriften und Reden berücksichtigen. Das ist völlig unzureichend. Und wie es unzureichend ist, ist es auch falsch. Ein solches Vorgehen ist auch weit davon entfernt, die Fakten und die Beziehungen der Fakten untereinander zu erhellen. Wichtig ist, den Inhalt von Atatürks Taten zu untersuchen. Daher muß man Atatürks Schriften und Reden unbedingt im Zusammenhang mit seinen Taten berücksichtigen. Und zusammen einschätzen.

Atatürks wichtigste historische Tat ist der Krieg von 1919-1922. Und die Partei, die er gegründet hat (die Republikanische Volkspartei). Und der Staat ‚Republik Türkei‘, an dessen Gründung er großen Anteil hatte. Atatürks historische Taten müssen als Einheit mit seinen Gedanken gewertet werden. Wir werden in dieser Schrift vor allem das Problem Kurdistan berühren. Das heißt, wir werden Atatürks Taten und Gedanken vor allem in Hinblick auf das Problem Kurdistan hin einschätzen. Indem wir, sei es nun bei der Analyse und Einschätzung seiner Gedanken oder dem Inhalt seiner Taten, die faktische Existenz des kurdischen Volkes, die faktische Existenz Kurdistans als eine Grundtatsache vor Augen führen. Kurz, wir werden seine Gedanken in Bezug auf seine historische Vorgehensweise gegen Kurdistan einschätzen.

I. Die Zerstückelung Kurdistans

Imperialistische Teilung, die Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik gegenüber dem kurdischen Volk und Atatürk

Atatürk sagte im März des Jahres 1933 folgendes: „...Seht die Sonne, die gerade im Osten aufgeht. Wie ich heute am Horizont die Sonne aufgehen sehe, so sehe ich auch die Völker des Ostens erwachen. Es gibt noch viele Brudervölker, die zur Freiheit und Unabhängigkeit drängen. Ihre Wiedergeburt wird auf Fortschritt und Wohlstand gerichtet sein. Diese Völker werden alle Schwierigkeiten, alle Hindernisse überwinden und die Freiheit erlangen, die auf sie wartet.

Kolonialismus und Imperialismus werden vom Erdboden verschwinden, und es wird ein Zeitalter anbrechen, wo ohne Ansehen von Farbe, Religion und Rassenunterschiede Harmonie und Zusammenarbeit herrschen.“

Betrachtet man diese Gedanken, kann man leicht behaupten, Atatürk sei ein Gegner von Imperialismus und Kolonialismus gewesen. Atatürk betont, daß alle unterdrückten Völker, alle in Abhängigkeit lebenden, geknechteten und versklavten Völker im Osten und auf der ganzen Welt zu Freiheit und Unabhängigkeit gelangen werden. Daß er die Anstrengungen dieser Völker, zu Freiheit und Unabhängigkeit zu gelangen, von ganzem Herzen unterstütze. „Imperialismus und Kolonialismus werden vom Erdboden verschwinden, die Unterschiede von Religion, Sprache, Hauptfarbe zwischen den Menschen und Völkern werden vergehen“, heißt es da.

Zum Verständnis und zur Einschätzung Atatürks sind diese Gedanken unzureichend. Atatürk bietet kein gutes Beispiel für solche Grundwerte. Er hat auch Taten vollbracht. Deren Inhalt muß man verstehen und einschätzen. Deswegen ist es wichtig, seine geschichtlichen Taten zu kennen und öffentlich zu machen.

Während des Ersten Weltkrieges und am Kriegsende fanden sehr wichtige Ereignisse, die mit der Kurdistanfrage zusammenhängen, statt. Die Teilung und Zerstückelung Kurdistans, die

sich im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts im Nahen Osten abspielte und bis in unsere Tage nachwirkt, ist eines der wichtigsten Ereignisse. Es ist sogar das wichtigste. Die Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik auf das kurdische Volk, die Tatsache, daß Kurdistan einer imperialistischen kolonialistischen Teilung unterzogen wurde, ist in der Geschichte des Nahen Ostens von epochaler Bedeutung. Die Verschleuderung der nationalen und demokratischen Rechte des kurdischen Volkes und seines Rechts auf Gründung eines freien und unabhängigen Staats ist eine der wichtigsten politischen Entwicklungen, die die Geschichte des Nahen Ostens bis heute prägen. Der Versuch, das kurdische Volk durch Minenfelder, Stacheldraht und Wachtürme auseinanderzureißen, die Absicherung und der Fortbestand dieses Status durch Unterdrückung und durch bis zu den Zähnen bewaffnete Truppen ist eine der wichtigsten Tatsachen unserer Tage.

Die imperialistische Teilung Kurdistans, die Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik auf das kurdische Volk ist zweifellos das Werk der damaligen imperialistischen und kolonialistischen Staaten. Der im Jahre 1915 geschlossene Sykes-Picot-Vertrag zwischen England, Frankreich und dem zaristischen Rußland und die später geschlossenen Verträge hatten das Ziel, die innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches verbleibenden Gebiete zu zerstückeln. Mittlerweile wurden auch die Gebiete Kurdistans zerstückelt. Mit der Oktoberrevolution 1917 gingen die Bolschewiki von diesen geheimen Verträgen ab. Ein anderes wichtiges Ergebnis der Oktoberrevolution war die grundsätzliche Veränderung des politischen Gleichgewichts im Nahen Osten, ja auf der ganzen Welt. Politisch bekam das sozialistische Denken Vorrang. Und es waren ganz neue Kräfte, die die politischen Beziehungen auf der Welt prägten. Die Wechselwirkung jedoch zwischen dem Weltimperialismus und der sozialistischen Welt brachte als Fortsetzung des Osmanischen Reiches in Anatolien notwendigerweise den türkischen Staat hervor. Und das wiederum verstärkte das ganz neue politische Kräfteverhältnis. Solcherart gelang es dem politischen Gebilde, das die Fortsetzung des Osmanischen Reiches darstellte, zwischen dem imperialistischen Westen (England, Frankreich, Italien usw.) und den Bolschewiki wichtige Handlungsmöglichkeiten zu sichern. Und genau in diesem Prozeß ist das wichtigste Ereignis, das wir verfolgen können, die Aufteilung und Zerstückelung Kurdistans, die Tatsache, daß Kurdistan einer imperialistischen Teilung unterzogen wurde, daß auf das kurdi-

sche Volk die Teile-und-herrsche-Politik angewandt wurde. Ein anderes wichtiges Problem jedoch war die Aufreihung des armenischen Volksanteils durch Massaker und Verschleppung.

Der Krieg um die imperialistische Teilung Kurdistans spielte sich in den Jahren 1915-1925 ab. Zweifellos gibt es dafür Wurzeln, die ins 19. und besonders auch in die vorherigen Jahrhunderte reichen. Aber man muß vor allem die Jahre von 1919-1923 untersuchen. Die Kollaborateure der westlichen Imperialisten wie England und Frankreich in dieser Frage sind die Kemalisten. Bekanntermaßen liegen vor dem Ersten Weltkrieg arabische Gebiete wie Irak, Syrien, Saudi-Arabien, Yemen, Libanon, Palästina, Ägypten, Libyen, Tunesien und Algerien innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches. Balkangebiete wie Albanien, Bulgarien, Griechenland, Bosnien-Herzegowina, Serbien gehörten zum Osmanischen Reich. Nach dem Ersten Weltkrieg machten die Kemalisten keinerlei Rechte auf diese Gebiete geltend. „Diese Gebiete sind Eigentum unserer Vorväter“, „Über diese Erde sind unsere Vorfahren geritten“, „Diese Erde ist mit dem Blut unserer Vorfahren getränkt“, sagten sie nicht. „Diese Völker, unsere Religionsbrüder, mit denen wir jahrhundertlang brüderlich zusammenlebten...“, faselten sie nicht. Über die arabischen Gebiete wurden sie mit den westlichen Imperialisten wie England und Frankreich mit Leichtigkeit einig. Auf dem Balkan jedoch hatte der Befreiungskampf gegen das Osmanische Reich ohnehin zum Sieg geführt. Die Balkanvölker hatten die osmanische Vorherrschaft gebrochen, sich vom Joch befreit und ihre nationalen Befreiungskämpfe zum Sieg geführt. Die Kemalisten akzeptierten diese Tatsache. Die Kemalisten befanden sich mit den Engländern in einem noch breiteren Bündnis. Das stellte sich bei dem Problem Kalifat heraus. England wollte den Türken das Kalifat wegnehmen und den Arabern geben. Mustafa Kemal jedoch beabsichtigte, den Kalifen außer Landes zu jagen. Er plante, die Institution Kalifat aus dem türkischen politischen Leben zu tilgen. Außerdem gab es einige gemeinsame Ansichten in Bezug auf Enver Pascha und „Ittihat ve Terakki“ (Vereinigung und Fortschritt).

Vor dem Ersten Weltkrieg lagen ein großer Teil der Gebiete Kurdistans und ein großer Teil der Gebiete Armeniens innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches. Aber die Kemalisten, die bezüglich der Balkaninsel und der arabischen Gebiete keinerlei Rechte geltend machten, widersetzten sich, was die Gebiete

Kurdistans und Armeniens anging. „Das hier ist das Land unserer Vorfäter“, „Über dieses Land ritten unsere Vorfahren“, „Dieses Land ist mit dem Blut unserer Väter getränkt, es ist das Erbe unserer Väter“, sagten sie. „Unsere Religionsbrüder, mit denen wir jahrhundertlang in Eintracht zusammengelebt haben...“ faselten sie. England und Frankreich jedoch wußten sehr gut über den Ölreichtum Kurdistans Bescheid. Sie wollten diesen Reichtum nicht den Kemalisten überlassen. Und so begannen die Kemalisten, unter dem Anschein, gegen den englischen und französischen Imperialismus zu kämpfen, den Kampf um den Löwenanteil von Kurdistan. Sie widersetzten sich den nationalen und demokratischen Wünschen des kurdischen Volkes. Sie taten, als sähen sie sie nicht. Um diese Wünsche zu ersticken, kollaborierten sie.

Seit dem Jahr 1918 fand besonders in Südkurdistan ein wichtiger Prozeß statt. Die Kurden befanden sich in einem nationalen Befreiungskampf. Aber die national und demokratisch motivierten Aktivitäten der Kurden wurden von den Engländern blutig erstickt. In Südkurdistan wollten die Kurden unter Führung von Scheich Mahmut ein zentrales und unabhängiges Staatsgebilde schaffen. England jedoch setzte sich den Wünschen der Kurden nach Freiheit und Unabhängigkeit, ihrem Recht auf Staatsgründung, mit Brutalität entgegen. Es verfolgte die Absicht, einen großen Teil des kurdischen Volkes an das neugegründete Königreich Irak, das unter englischem Mandat stand, zu binden. Die Kemalisten jedoch forderten mit Entschiedenheit Kurdistan und die Gebiete von Kerkük und Musul für sich.

Während der Kriegsjahre sagten die Kemalisten, Kurden und Türken seien Brüder. Nach erfolgreichem Ende des Kampfes sollten auch die Kurden ihre nationalen Rechte erhalten. Sie nutzten den Widerspruch zwischen Mohammedanern und Christen meisterhaft aus. „Sie werden aus Kurdistan Armenien machen“, drohten sie den Kurden. Damit klagten sie einerseits die Imperialisten an. Andererseits wollten sie zwischen Armeniern und Kurden Widersprüche schaffen und vertiefen. Und außerdem versuchten sie, die Kurden auf ihre Seite zu ziehen. Sie machten gleichzeitig die Politik von „Ittihat ve Terakki“ (Vereinigung und Fortschritt) und die frühere osmanische Politik. Sie waren gegen die Forderungen der Kurden nach Freiheit und Unabhängigkeit. Sie waren berechnend und voller Hintergedanken. Sie hielten die Kurden hin. Und als sie eine gewisse Zeit gewannen, bemühten sie

sich, deren Forderungen zu ersticken.

Es lohnt, das Interesse zu verfolgen, wie die Kemalisten, die auf die arabischen und Balkangebiete keinerlei Rechte geltend machten, ganz anders handelten, was die Gebiete Kurdistans und Armeniens anging. Die Bemühungen der Kemalisten zwischen den Jahren 1919-1923, das kurdische Volk und Kurdistan aus dem Joch zu befreien, sind einer der wichtigsten Prozesse, die man beobachten und verfolgen kann.

Den Kampf, der zwischen den westlichen Imperialisten und den Kemalisten begonnen hatte, um Kurdistan in Abhängigkeit zu halten, hatten zweifellos die ersteren gewonnen. Aber das hatte auch zwischen den Kemalisten einerseits und den Imperialisten und Kolonialisten andererseits eine bestimmte Verständigung herbeigeführt. Diese Verständigung hatte mit der Teilung Kurdistans zu tun. Das hatte mit der Verschleuderung des Rechts auf Staatsgründung des kurdischen Volkes zu tun. Das hatte mit der blutigen Erstickung der kurdischen nationalen und demokratischen Rechte zu tun. Das hatte mit der imperialistischen Teilung Kurdistans zu tun und damit, daß auf das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik angewandt wurde. Das hatte mit der Zerstörung der kurdischen und nationalen Wesensart zu tun.

Das kurdische Volk wollte frei und unabhängig sein. Es wollte nicht verdammt sein. Es wollte nicht in Knechtschaft leben, es wollte nicht Sklave bleiben. Dafür kämpfte es. Aber der imperialistische Westen und die einheimischen Kollaborateure, die gewalttätigen Kolonialisten im Nahen Osten, hatten die Macht, das kurdische Volk zu versklaven. Damals, unter den Bedingungen von 1920, hatten die Imperialisten und Kolonialisten dazu Macht und Fähigkeit. Nach den zwanziger Jahren institutionalisierte sich die imperialistische und kolonialistische Politik. Und dauert bis in unsere Tage fort.

Die imperialistische und kolonialistische Teilungspolitik hatte Kurdistans Glieder zerstückelt. Sie hatte sein Gehirn zerstreut. Die Teile-und-herrsche-Politik zielt darauf ab, die Einheit zwischen den Kurden zu zerstören. Die Kurden wurden durch Stacheldraht, Minenfelder, Wachen und Wachtürme voneinander getrennt. Dadurch sollten die Kurden untereinander den Kontakt verlieren, sich einander fremd werden. Entsprechend einer solchen Teilungspolitik kamen nach 1920 die südlichen Teile Kurdistans unter die Kontrolle der Engländer, die südwestlichen unter die der Franzosen. Die nördlichen Teile nahmen die Kemalisten

unter ihre Kontrolle. Die östlichen Teile jedoch waren seit dem 17. Jahrhundert unter der Oberhoheit des iranischen Schahs. Solcherart war Kurdistan am Anfang des 20. Jahrhunderts in vier Teile aufgeteilt worden. Und seither, wo immer in Kurdistan nationale und demokratische Bewegungen sich entwickelten, wurden sie durch die Zusammenarbeit dieser imperialistischen und kolonialistischen Kräfte erstickt. Weil das kurdische Volk geteilt und seine Kräfte zersplittert waren, wurden solche Vernichtungsschläge oft geführt. Außerdem ist festzuhalten, daß das innerhalb des iranischen Reiches des Schahs verbleibende Kurdistan in zwei Hälften geteilt wurde. Einer dieser Teile lag seinerzeit innerhalb der Gebiete des zaristischen Rußlands. Nun liegt er innerhalb der Grenzen der Republik Armenien in der Sowjetunion.

Zwischen der Türkei und den westlichen imperialistischen Mächten wurden 1923 der Vertrag von Lausanne unterzeichnet. Das Wichtigste an ihm ist, daß er ein imperialistischer Teilungsvertrag ist. Die auf das kurdische Volk und auf Kurdistan in der Praxis angewendete Teile-und-herrsche-Politik wurde mit diesem Vertrag legalisiert. Sie wurde unter internationale Garantien genommen.

Nach der Gründung der türkischen Republik wurden die Freiheitswünsche, die vom kurdischen Volk kamen, unterdrückt. Die nationale Existenz der Kurden wurde geleugnet. Mustafa Kemal und die anderen Kemalisten, die in den Jahren 1919-1922 gesagt hatten: „Türken und Kurden sind Brüder“ und „Nach dem Sieg werden auch die Kurden ihre nationalen Rechte erhalten“, leugneten nunmehr die Existenz des kurdischen Volkes ab. Es galt nichts für sie. „Es gibt kein kurdisches Volk. Er gibt keine kurdische Sprache“, „Die Kurden sind Bergtürken. Das sogenannte Kurdisch ist ein Dialekt des Türkischen“, hieß es. Man strengte sich an, diese Behauptungen zu beweisen. Um die kurdische Sprache und Kultur zu zerstören, um die Wesensmerkmale des kurdischen Volkes aus der Welt zu schaffen, traf man jegliche Maßnahme und führte sie auch durch: Vernichtung durch Massaker, Vernichtung durch Hinrichtungen, Vernichtung durch innere Verbannung, Vernichtung durch Verbannung außer Landes, Vernichtung durch Assimilation usw.

Sie benutzten jegliches ideologische Unterdrückungsinstrument wie Presse, Radio, Unterricht und Lehre, Regierungspropaganda usw., um die Wesensart des kurdischen Volkes zu vernich-

ten, die Assimilation zu verwirklichen. Für diejenigen jedoch, die die Wesensart der kurdischen Gesellschaft verteidigen, die die Eigenarten des kurdischen Volkes am Leben erhalten wollten, gebrauchte der Staat jedwedes brutale Unterdrückungsinstrument. Wache, Polizei, Gendarmerie, die Truppe, Gericht, Gefängnis, Galgen werden sehr wirksam eingesetzt. Diese Maßnahmen bedeuten nichts anderes als das kurdische Volk zu versklaven, in Ketten zu schlagen, unters Joch zu zwingen. Das bedeutet die Intensivierung der Ausbeutungspolitik, die dem kurdischen Volk schon seit osmanischen Zeiten angetan wurde. Das heißt, die materiellen und ideellen Werte des kurdischen Volkes zu vernichten. Das heißt, ihm keine eigene Persönlichkeit zu belassen. Das heißt, es in den Zustand eines Volkes zu versetzen, das seine Ehre und seine Würde verloren hat, abhängig, unterdrückt, geknechtet und versklavt ist. Das heißt, das kurdische Volk allmählich zu vernichten, es aus den Sprachen und aus der Geschichte zu tilgen.

Das Ziel ist hier nicht, sei es auch kurz, sei es auch nur in den Hauptlinien, die Geschichte Kurdistans, die Geschichte des kurdischen Volkes zu schreiben. Auch nicht, die imperialistische Teilung Kurdistans, die Teile-und-herrsche-Aktion und deren Gründe und Ergebnisse darzustellen. Das Ziel ist es, Atatürks Gedanken und Taten zusammen einzuschätzen. Um eine wichtige Seite seiner Handlungsweise hervorkehren zu können, ist es nützlich, die Entwicklungen um Kurdistan in ihren Hauptzügen in Erinnerung zu rufen. Und dabei stellen sich einige grundsätzliche Fragen:

Wie konnte sich Atatürk, der dem kurdischen Volk gegenüber die grausamsten Unterdrückungsmaßnahmen ergriff und durchführte, zum Thema Freiheit und Unabhängigkeit unterdrückter Völker äußern? Wie konnte er behaupten, deren Aktivitäten um Freiheit und Unabhängigkeit überschwänglich zu unterstützen? Wie konnte man sagen, während auf das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik angewandt wurde, während in Kurdistan die unterdrückerischsten Maßnahmen und Massaker stattfanden, daß Kolonialismus und Imperialismus vom Erdboden verschwinden würden? Konnte Atatürk, der, um Kurdistan zu teilen und zerstückeln, um gegen das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik anzuwenden, mit dem westlichen Imperialismus jede Kollaboration einging, konnte er sagen, daß er gegen Imperialismus und Kolonialismus sei? Wie konnte Atatürk behaupten, daß zwischen allen Menschen und Nationen Gleichheit

hergestellt würde, wo ihm doch, um den nationalen Charakter des kurdischen Volkes zu zerstören, jedes staatliche Mittel recht war? Wie konnte er betonen, daß er in seinem Land diese Gleichheit zu gewährleisten beabsichtige? Wie konnte die Rede von der Freiheit unterdrückter Völker sein, wo doch jedwedes ideologische, politische, ökonomische und militärische Unterdrückungsinstrument benutzt wurde, um die Wesensart des kurdischen Volkes auszulöschen? Wie konnte man das Wort „...wie ich die Sonne aufgehen sehe, so sehe ich auch die unterdrückten, die versklavten Völker des Ostens erwachen“ benutzen, wo doch gegen das Erwachen des kurdischen Volkes, gegen seine nationalen und demokratischen Wünsche die grausamste Unterdrückungspolitik zur Anwendung kam? Wie konnte Atatürk behaupten, er unterstütze die Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker von ganzem Herzen, wo doch eines seiner Hauptziele war, die nationalen und demokratischen Rechtsansprüche des kurdischen Volkes zu unterdrücken, zu zerreißen und zu zerstreuen? Wie konnte Mustafa Kemal betonen, daß er den Kämpfen der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus den Weg weisen würde, wo er doch mit dem Imperialismus jedwede Art von Kollaboration einging, um die nationale Existenz des kurdischen Volkes auszulöschen?

Denken wir daran, daß Mustafa Kemal selbst im Jahre 1933, als er diese Worte sagte, intensive Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Kurden durchführte. Kurdistan wurde von Generalinspektoren beziehungsweise von Generalgouverneuren regiert. Einerseits wurde behauptet, die Kurden seien Türken, seien „Bergtürken“. Andererseits gingen in der Praxis breite Bestrebungen, sie einzuverleiben und zu vernichten, weiter. Unter dem Namen „Zwangsumsiedlung“ wurden Verbannungsgesetze gemacht und in Kraft gesetzt. Die Kurden wurden mit Kind und Kegel, ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, in die westlichen Regionen der Türkei in die Verbannung geschickt. Ganze Dörfer, ganze Kleinstädte wurden entvölkert, manche Stämme vollständig verschleppt. Verbotene Zonen wurden eingerichtet. In Kurdistan gab es eine völlig willkürliche Regierung. Das Gesetz, das diese Willkürherrschaft am besten charakterisiert, ist das 1935 verabschiedete und in Kraft getretene Tucei-Gesetz. Dieses Gesetz wurde 1937-38 im kurdischen nationalen Befreiungskampf von Dersim angewendet. Außerdem zeigt das Zwangsumsiedlungsgesetz aus dem Jahre 1934 mit 2510 Artikeln den Charakter

dieser Epoche auf.

Daher sollte man den Gedanken, die Atatürk in seiner Rede vom März 1933 äußerte, Aufmerksamkeit schenken. Und dann müssen wir sagen, daß die in dieser Rede geäußerten Ansichten nicht wissenschaftlich sind. Sie sind ideologisch. Es lohnt, bei den Grundlagen und der Entwicklung dieser Ideologie in ihren Grundzügen zu verweilen.

II. Die grundlegenden Wesensmerkmale der kemalistischen Ideologie und der „Republik Türkei“

Wie oben angedeutet, lebten innerhalb der Grenzen des Osmanischen Reiches Türken, Araber, Kurden, Tscherkessen, Albanier, Bulgaren, Griechen, Serben, Rumänen, Lasen, Armenier usw. zusammen. In dieser Hinsicht hatte das Osmanische Reich eine kosmopolitische Struktur. Im 19. Jahrhundert führten die auf dem Balkan lebenden Völker Freiheits- und Unabhängigkeitskriege gegen das Osmanische Reich. Sie führten ihre nationalen Befreiungskämpfe zu einem siegreichen Ende. Sie errichteten unabhängige Staaten. Die Griechen, Bulgaren, Serben, Rumänen u.a. gelangten im 19. Jahrhundert zu unabhängigen Staatsgebilden. Im Ersten Weltkrieg sonderten sich die Araber vom Osmanischen Reich ab. Vor diesem Krieg hatten sich auch die Albaner vom Reich getrennt. Die Araber gestatteten unter der Bezeichnung ‚Englisches Mandat‘ und ‚Französisches Mandat‘ die Errichtung kolonialistischer Staaten. Damals fingen auch die Kurden ihre Freiheitskämpfe an. Aber die Freiheitwünsche und die Anstrengungen des kurdischen Volkes, einen eigenen Staat zu errichten, wurden vom westlichen Imperialismus blutig erstickt. Der in diesem Prozeß wichtigste Kollaborateur des westlichen Imperialismus war die kemalistische Regierung. So wurde Kurdistan geteilt und zerstückelt. Die Teile-und-herrsche-Politik wurde auf das kurdische Volk angewandt. Schließlich verblieb ein großer Teil Kurdistans und des kurdischen Volkes innerhalb der Grenzen der Republik Türkei. Der neue türkische Staat erhielt einen großen Teil von Kurdistan.

Dieser neue Staat organisierte sich als Ergebnis der in den Jahren 1919-1922 stattfindenden türkisch-griechischen und türkisch-armenischen Kriege und der blutigen Niederwerfung der kurdischen Freiheitsbestrebungen. Der neue Staat stellte die Fortsetzung des Osmanischen Reiches dar. Aber er stützte sich auf den „türkischen Nationalismus“. Nunmehr hieß es, der türki-

sche Staat sei ein „National“staat. Es heißt, jeder, der innerhalb der türkischen Grenzen lebe, sei Türke.

In den letzten Jahren des Osmanischen Reiches war eine der Ansichten, die lanciert wurden, um das Reich zu retten, das „Türkentum“. Die beiden anderen Strömungen, nämlich das Muselmanentum und das Osmanentum, waren ohne Erfolg geblieben. Die Strömung des „Türkentums“ sah unter der Führung des türkischen Volkes die Neuorganisation des Reiches vor. Unter den Bedingungen von 1920 wurde, was man unter Türkentum verstand, jedoch geographisch vom „Misak-i Milli“ (Nationalvertrag) eingegrenzt.

Aber hier ist genau der springende Punkt. Innerhalb der Osmanischen Reiches lebten viele Völker. Deshalb hieß es ja auch, es habe eine kosmopolitische Struktur. Innerhalb der Republik Türkei jedoch, die als dessen Fortsetzung galt, lebten wenigstens zwei Völker: die Türken und die Kurden. Dennoch wurde seitdem behauptet: „Der neue türkische Staat ist ein Nationalstaat. In seinem Staatsgebiet gibt es außer dem türkischen Volk kein anderes Volk.“ Zweifellos gab es außer den Kurden noch andere Völker. Im Jahre 1915 gab es trotz der Massaker und der Verschleppungen von Seiten der „İttihat ve Terak“ (Vereinigung und Fortschritt) noch einen armenischen Bevölkerungsanteil. Es gab die Lasen, zwar nicht in einem bestimmten Gebiet, aber verstreut über ganz Anatolien, und in Kurdistan gab es die Tscherkessen. Die wichtigsten von allen waren aber zweifellos die Kurden. Sie waren zahlenmäßig am bedeutendsten und lebten auch in einem bestimmten Gebiet, in Kurdistan, ihrem angestammten Land. Die Ausläufer dieses Gebiets im Iran, im Irak und in Syrien gehörten wiederum zu Kurdistan.

Solchermaßen sind wir mit einer soziologischen Realität konfrontiert. Diese soziologische Realität ist die faktische Existenz des kurdischen Volkes. Atatürk jedoch wollte dieses Problem nicht auf demokratische Weise lösen, sondern mit Unterdrückung, Zwang, Gewalt, Schrecken, Grausamkeit und Kerker. Und mit einer Ideologie, die solche Handlungsweisen legalisierte. Ohnehin ist es nicht möglich, mit einer Geisteshaltung, die zusammen mit dem westlichen Imperialismus die Teilung und Zerstückelung Kurdistans und die Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik auf das kurdische Volk gutheißt, demokratische Wege zu beschreiten.

Das erste Mal sehen wir an der Verfassung von 1924, daß zur

Lösung des soziologischen und politischen Problems der Existenz des kurdischen Volkes ideologische Mittel angewandt wurden. Diese ideologische Lösung wurde ohne Zweifel auch in militärischer Weise unterstützt. Nach der Verfassung von 1924 ist jeder, der innerhalb der Grenzen der türkischen Republik lebt, Türke und glücklich, Türke zu sein. Und demnach: „Der türkische Staat ist mit seinem Land und seinem Volk ein unteilbares Ganzes.“ Solcherart versucht man, eine soziologische und politische Frage mit Verfassungsparagraphen zu lösen. Man zielt darauf ab, den faktischen Zustand, das konkrete Leben mit der Aufstellung von Paragraphen zu ändern. Um zu diesem Ziel zu gelangen, machte man große Anstrengungen. Da laut Verfassung jedermann Türke ist, müssen auch die Kurden Türken sein. Das wiederum macht erforderlich, daß die Kurden ihre eigene Persönlichkeit, ihre nationale Eigenart verleugnen und akzeptieren, Türken zu sein. Sie sollen rufen „Ich bin Türke und glücklich darüber“ und „Was für ein Glück, daß ich Türke bin“. Angesichts dieser Tatsache machen sich alle, die sich als Kurden bekennen, die ihre nationalen Rechte als Kurden fordern, vor der Verfassung schuldig. Sie erklären sich zu Vaterlandsverrättern. Man behauptet, die Verfassung mache es notwendig, solche zu vernichten. Sie von der übrigen Gesellschaft zu isolieren. Die Kraft ihrer Ideen mit Entschiedenheit zu zerstören. Sie durch Massaker zu liquidieren. Sie durch Hinrichtungen, durch Verschleppung zu vernichten. Sie beschleunigt zu assimilieren. Alles das ergibt sich konsequenterweise aus diesen Gedanken und Handlungsweisen.

Nach 1923 machte man große Anstrengungen, die faktische Situation der verfassungsmäßigen Situation anzupassen. Die nationale Existenz der Kurden wurde abgeleugnet, nicht anerkannt. Diejenigen, die ihre kurdische Persönlichkeit und die Wesensart Kurdistans nicht verleugnen wollten, sahen sich mit großen Unterdrückungsmaßnahmen konfrontiert. Verschleppung war eine häufig angewandte Methode. Die Kurden wurden massenweise in die Verbannung geschickt. Dörfer und Kleinstädte wurden entvölkert, ihre Bevölkerung verschleppt. Ganze Stämme wurden in die Verbannung geschickt. Es wurden verbotene Zonen errichtet. Ziel war, die Kurden in die türkische Kultur und ins türkische Volk einzuschmelzen, die Wesensart des kurdischen Volkes zu vernichten. Als Verbannungsorte wurden die ägäische und die Mittelmeerküste, Mittelanatolien und Trakien genommen. Inzwischen machte man auch große Anstrengungen, türkische Be-

völkerung in Kurdistan anzusiedeln. Man bemühte sich sehr intensiv, Türken, die aus verschiedenen Gründen aus Jugoslawien, aus Rumänien, aus Griechenland, aus Bulgarien, aus der Sowjetunion kamen, in Kurdistan, in die Gebiete, die von Kurden entvölkert worden waren, anzusiedeln. Während die Republik Türkei mit solchen Maßnahmen beschäftigt war, führte England in Südkurdistan ähnliche Aktivitäten aus. In Südwestkurdistan ergriffen Frankreich, in Ostkurdistan der Iran annähernd die gleichen Maßnahmen. Waren sie auch der Form nach unterschiedlich, so doch dem Geist nach gleich.

Hier tritt einer der Grundzüge des türkischen Staates und der offiziellen Ideologie ganz klar zu Tage: seine anti-kurdische Haltung. Eines seiner Grundziele ist es, die Worte „Kurde“ und „Kurdistan“ aus der Sprache und der Geschichte zu tilgen. Die Besonderheiten der kurdischen Gesellschaft völlig zu vernichten, ist sein Ziel. Und um dieses Ziel zu erreichen, wurde der Slogan von der „unteilbaren Einheit des Staates mit seinem Volk und seinem Land“ in sehr breiter Form Thema der Propaganda. Der zweite Grundzug des türkischen Staates ist sein Antikommunismus. Das sind Grundelemente, die er sich zu eigen machte. Zweifellos hat er auch andere Züge, wie den Laizismus. Aber sie bewegen sich innerhalb des Rahmens, den die beiden Grundhaltungen abstecken. Aber verweilen wir doch noch bei der antikurdischen Haltung, das heißt, verweilen wir bei der rassistischen und kolonialistischen Haltung.

Es zeigt sich, daß eines seiner Grundelemente im offiziellen ideologischen Gedankengebäude mit der Existenz des kurdischen Volks verknüpft ist. Weil es die konkrete Realität verleugnet, nicht zur Kenntnis nehmen will, entwickelt es sich aus Lügen heraus. In dieser Hinsicht reden wir von einer auf Lügen gegründeten Ideologie. Denn sie benutzt die Lüge als Grundelement. Die Lüge stellt den Ausgangspunkt dar. Anstelle der konkreten Wirklichkeit, der materiellen Wirklichkeit, der gelebten Wirklichkeit versucht sie, eine „ideologische Wirklichkeit“ zu setzen. Jedermann soll dieser „ideologischen Wirklichkeit“ Glauben schenken. Jedermann soll die konkrete Wirklichkeit, die materielle Wirklichkeit, die gelebte Wirklichkeit verleugnen.

Die Beziehung zwischen offizieller Ideologie und Lüge können wir folgendermaßen erläutern: Nehmen wir z.B. einen Menschen, der „der Elefant ist ein Baum“ sagt, der den Elefanten als Baum wahrnimmt. Wie richtig kann das sein, was er über die Elefanten

sagt, noch sagen wird? Wie richtig können wohl die weiteren Betrachtungen über den Elefanten sein, nach einer solchen falschen Wahrnehmung? Es handelt sich zweifellos um ein falsches Verständnis. Weil der Elefant falsch wahrgenommen wurde. Er war als Baum wahrgenommen worden. Die Gedanken, die sich nach einer solchen Annahme entwickeln, werden sich immer auf den Baum beziehen. Nicht auf den Elefanten. Genauso richtig ist eine Ideologie, die sich aus der Geisteshaltung heraus entwickelte, die Kurden seien Türken. Wie bei dem Beispiel oben werden sich nach einer solchen Annahme alle weiteren Überlegungen nur auf die Türken beziehen.

Es hieß ja: „...Atatürk ist wirklich Nationalist. Aber Atatürks Nationalismus hat keinerlei rassistische Komponente. Er akzeptiert jedermann, der auf türkischem Staatsgebiet lebt und sich selbst als Türke akzeptiert, als Türken. Diese Anschauung bringt er auch mit dem Wort ‚Wie glücklich ist der, der von sich sagt, ich bin Türke!‘ zum Ausdruck.“ Wie man sah, hieß es auch: „Der Kemalismus betrachtet jeden, der auf türkischem Gebiet lebt und sich selbst als Türke sieht, als Türken.“ Zuerst werden die nördlichen Teile Kurdistans unter das türkische Joch gezwungen. Es wird eine massive rassistische und Kolonialisierungspolitik angewendet. Und das Problem wird ideologisch gelöst. Kurdische Gebiete heißen nunmehr türkisches Heimatland. Und schließlich heißt es: „Jeder, der in der Türkei lebt, ist Türke. Jeder, der sich als Türke sieht, ist Türke.“

Es ist zu fragen: Kann man mit Verfassungsparagraphen, mit Gerichtsurteilen, mit Interpretationen des Kassationsgerichtshofes soziologische Realitäten aus der Welt schaffen? Wenn das aber möglich ist, warum wendet dann der türkische Staat diese Politik nicht auf Zypern an? Zum Beispiel: ganz Zypern wird besetzt. Sofort wird dann auch eine Verfassung ausgearbeitet. In diese Verfassung setzt man Paragraphen etwa wie „Jeder, der auf Zypern lebt, ist Türke“ und „Der Staat Zypern ist mit seinem Land und mit seinem Volk ein unteilbares Ganzes“. Solchermaßen werden dann die dort ansässigen Griechen türkisiert. Solchermaßen wird die Volksgruppe der Griechen ausgemerzt. Die Zypernfrage wird so gelöst. Mit ideologischen Lösungen, genauso wie Kurdistan türkisches Heimatland wurde, wie Kurden als Türken zählen, wie die nationale und politische Existenz der Kurden verleugnet wird, so könnte auch das Land, wo Griechen wohnen, als türkische Erde gelten. Die nationale und politische

Existenz der Griechen würde verleugnet, zählte nicht. Aus Griechen würden so Türken.

Innerhalb dieses Prozesses würden solche, die die griechischen nationalen und demokratischen Rechte verteidigten, „Spalter“ und „Separatisten“ genannt. Diejenigen, die nicht Türken werden wollten, nannte man „Vaterlandsverräter“. „Zypern, das ein mit seinem Land und seinem Volk untrennbar verbundenes Ganzes ist, soll von äußeren und inneren Feinden zerrissen und geteilt werden“, sagte man. Diejenigen, die die „heiligen“ Verfassungsparagraphen nicht beherzigten, die auf die griechischen nationalen und demokratischen Rechte pochten, würden Verhören und Nachforschungen unterzogen, würden abgeurteilt und ins Gefängnis geworfen.

Das alles ist zweifellos ein Hirngespinnst. Das kann gar nicht Realität werden. Weil das griechische Volk nicht so ohne jegliche Unterstützung ist wie das kurdische Volk. Wir sehen, daß dort auch internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen präsent sind. Wir sehen die Wirksamkeit internationaler Beziehungen. Der türkische Staat und die Regierung kennen die Position der Griechen in Europa, in der ganzen Welt, in internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen sehr gut. Sie wissen auch sehr gut, welche politische Rolle sie in verschiedenen Staaten und Organisationen spielen. Deshalb können sie auch mit Verwaltungsbeschlüssen die Existenz des griechischen Volkes nicht aus der Welt schaffen.

Aber die türkischen Staatsträger wissen ganz genau, daß das kurdische Volk ein Volk ohne jegliche Unterstützung ist. In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg bis 1923 wurde das kurdische Volk geteilt und auseinandergerissen. Es bekam den Status einer internationalen Kolonie. Die Teile-und-herrsche-Politik des Imperialismus und Kolonialismus hat die Glieder Kurdistans zerstückerlt, sein Gehirn zerstreut. Diese rassistische und kolonialistische Politik versucht, die kurdische nationale und demokratische Bewegung von der revolutionären und demokratischen Weltöffentlichkeit abzuschneiden. Sie zielt darauf ab, ihr jede Unterstützung in materieller und psychologischer Hinsicht zu entziehen.

Als Potential gibt es die kurdische nationale und demokratische Bewegung jederzeit. Zweifellos werden die Staaten, die Kurdistan als gemeinsame Kolonie benutzen und kontrollieren, versuchen, dieses Potential zu zerstören, in falsche Bahnen zu kanalisieren

und so zur Erfolglosigkeit zu verdammen. Eine entsprechende Politik wird auch seit etwa 55 Jahren verfolgt. Zum Beispiel hat zwischen 1923 und 1938 der englische Imperialismus in Südkurdistan häufig die englischen Royal Air Forces gegen die kurdische nationale Bewegung eingesetzt. Sie haben verhindert, daß die Kurden zu einer Nation zusammenwachsen und ihr Recht auf Staatsgründung in Anspruch nehmen konnten. In Nordkurdistan jedoch hat die kemalistische Regierung ihre rassistische und kolonialistische Unterdrückung von Tag zu Tag verschärft: Vernichtung durch Massaker, Vernichtung durch innere Verbannung, Vernichtung durch Assimilation. Und alles wurde schnell und konzentriert durchgeführt. In Syrien führten das Regime des französischen Imperialismus, im Iran das Regime des Schahs mit ähnlichen Aktivitäten die rassistische und kolonialistische Politik durch.

Der rassistische und kolonialistische türkische Staat weiß sehr genau, daß das kurdische Volk ein schutzloses Volk ist. Daß es ohne jede internationale Unterstützung dasteht. Er weiß, daß es viele Feinde und kaum Freunde hat. In diesem Sinne findet sich auch kein Staat, der sich der Intensivierung der rassistischen und kolonialistischen Unterdrückung in Kurdistan widersetzt. Das Problem wird nicht vor verschiedenen internationalen Organisationen vorgetragen und die Türkei nicht angeklagt. Organisationen wie die Vereinten Nationen, die Unesco, der Europarat tun so, als ob sie die rassistische und kolonialistische Politik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk nicht sähen. Organisationen, deren Aufgabengebiete bei Themen wie „Menschenrechte“, „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ und „Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus“ liegen, tun so, als ob sie den nationalen und demokratischen Kampf des kurdischen Volkes nicht verständen, noch etwas von ihm gehört hätten. Und darüberhinaus haben die türkische Presse, die türkischen Schriftsteller, die ein Brennpunkt von Rassismus und Kolonialismus sind, nichts dagegen einzuwenden. Die Universitätskreise, die Professoren, die Schriftsteller, die sich alle mit Grundbegriffen wie Menschenrechten, Grundfreiheiten, Demokratie und Gleichheit beschäftigen, schweigen. Sie problematisieren Rassismus und Kolonialismus nicht. Sogar die türkische sozialistische Bewegung hält zwar scharfe Reden, um sich den Anschein von Internationalität zu geben, versucht dabei aber, Rassismus und Kolonialismus zu verschleiern. Sie wiederholt trotz allem weiterhin Slogans wie

„Der Kemalismus ist antiimperialistisch, antikolonialistisch. Er steht auf der Seite der unterdrückten Völker.“ In diesem Punkt gibt es zwischen der palästinensischen nationalen Befreiungsbewegung zum Beispiel und der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung einen sehr wichtigen, sehr tiefgreifenden Unterschied. Die Palästinenser kämpfen inmitten befreundeter Mächte. Sie haben nur einen einzigen Feind: Israel. Die Freunde Palästinas sind auch die Feinde Israels. Zum Beispiel können die Palästinenser, wenn das Leben in Jordanien schwierig wird, in den Libanon gehen. Sobald im Libanon Schwierigkeiten auftauchen, können sie nach Syrien, von dort, falls sich Probleme abzeichnen, in den Irak gehen. Sie können nach Kuwait, nach Libyen, Saudi-Arabien, Algerien usw. gehen. Sie können die politische Hilfe, die ökonomische Hilfe, die militärische Hilfe aller arabischen Staaten in Anspruch nehmen. Von Kuwait bis Libyen, von den Vereinten Arabischen Emiraten bis Syrien, von Saudi-Arabien bis Algerien, von Ägypten bis zum Irak, von Südjemen bis Marokko unterstützen alle arabischen Länder diese Bewegung in politischer und ökonomischer Hinsicht. Gleichzeitig unterstützen auch alle islamischen Länder diese Bewegung politisch und ökonomisch. Fördern sie. Und auch die revolutionäre und demokratische Weltöffentlichkeit, die Länder der Dritten Welt stellen sich in materielle und psychologische Hinsicht immer mehr auf die Seite dieser Bewegung. Zum Beispiel die Sowjetunion und die Volksrepublik China, die in sehr vielen internationalen Problemen völlig gegensätzliche Positionen beziehen, nehmen in dieser Frage die gleiche Haltung ein. Freilich spielt hier das Gewicht eine Rolle, das die Araber in internationalen Beziehungen haben, spielt das Öl eine Rolle, das diesem Gebiet zugrunde liegt. Denn die palästinensische Frage ist in gewisser Hinsicht die arabische Frage.

Die Kurden jedoch führen ihren Befreiungskampf inmitten feindlicher Mächte. Und sie führen ihn gegen diese feindlichen Mächte. Die Kurden haben fast überhaupt keine Freunde. Die Teilung und Zerstückelung Kurdistans hat dieses Ergebnis gezeitigt. Um Kurdistan gemeinsam als Kolonie auszubeuten und zu kontrollieren und diesen Status aufrechtzuerhalten, schüren die beteiligten Staaten intensive Feindschaft gegen die Kurden. Die Länder, die gegen die Kurden sind, arbeiten untereinander zusammen. Wenn die Kurden in ihrem Befreiungs- und Autonomiekampf gegen irgendein Land in Bedrängnis geraten, gibt es kein Land, in dem sie Asyl fänden. Ganz im Gegenteil, die Grenzen

werden dicht gemacht. Die nationalen Freiheitskämpfer werden an den Grenzen verhaftet. Sie werden der anderen Seite ausgeliefert. Die Galgen errichtet man gemeinsam. Die Kurden erhalten in politischer und ökonomischer Hinsicht keine Hilfe. Denn es ist nicht leicht, die Blockaden zu übersteigen, die die Länder errichtet haben, die Kurdistan in rassistischer und kolonialistischer Unterdrückung halten. In diesem Sinne wird den Kurden keine einzige der Erleichterungen, die die Palästinenser haben, zuteil.

Daß das türkische Denken mit zweierlei Maß mißt, liegt hier auf der Hand. Der türkische Staat, der das kurdische Volk rassistisch und kolonialistisch unterdrückt, verteidigt, was das palästinensische Volk betrifft, dessen nationale und demokratische Rechte jeglicher Art, einschließlich das Recht auf Gründung eines unabhängigen Staates. Ebenso die türkischen Demokraten, die türkische Presse, die Universitätskreise, kurz, die türkische Intelligenz. Die Kurden jedoch werden ins Gefängnis geworfen, wenn sie „In der Türkei gibt es Kurden. Auch ich bin Kurde“ sagen. Sie werden Verhören und Nachforschungen unterzogen. Aber die Türken, die oft vom „zionistischen Rassismus“ reden, schaffen es auch damit nicht, über ihren eigenen Rassismus hinwegzutäuschen. Es ist kein glaubwürdiges Verhalten, wenn man zwei nationalen Freiheitsbewegungen gegenüber, die sich im Nahen Osten geographisch nah beieinander entwickelt haben, derart gegensätzliche Standpunkte bezieht.

Der rassistische und kolonialistische türkische Staat setzt die Unterdrückung des kurdischen Volkes in aller Ruhe fort, weil er die ganze Entwicklung um Kurdistan sehr genau kennt. Er weiß, daß er wegen seiner rassistischen und kolonialistischen Politik in Kurdistan keinerlei Kritik zu gewärtigen hat. Er weiß, daß keinerlei Protest laut werden wird. Einerseits wird von Menschenrechten, Gleichheit, Unabhängigkeit, Demokratie geredet. Andererseits geht die rassistische und kolonialistische Unterdrückung des kurdischen Volkes in massiver Form weiter. Geht in aller Ruhe weiter.

Deshalb ist es die Pflicht von Organisationen wie den Vereinten Nationen, der Unesco, bei der Kurdenfrage im Nahen Osten mit aller Aufmerksamkeit zu beharren. Das muß sein, falls solche Grundbegriffe wie Menschenrechte, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Gleichheit, Demokratie nicht nur Wortgeklingel bleiben, sondern zum Leben erweckt werden sollen. Nur so wird internationale Gleichheit, Sicherung wirklichen Friedens, Schutz

und Stärkung der Menschenrechte unserer Epoche zu schaffen
und zu realisieren sein.

III. Die „türkische Demokratie“ und die Kurdenfrage

Das Gedankengebäude, zu dem auch die Behauptung „Die Kurden sind Türken“ gehört, wurde während der ganzen Geschichte der Republik mit peinlichster Genauigkeit vertreten. Man erklärte es zum „wissenschaftlichen“ Denken. Am Wahrheitsgehalt dieser Anschauung ist nicht zu zweifeln, er ist nicht zu kritisieren, an ihm darf nicht gerüttelt werden. Obwohl er mit der konkreten Wirklichkeit, der faktischen Existenz des kurdischen Volkes in Widerspruch steht, wurde er beharrlich und bewußt verteidigt. Seine Verteidigung wurde durch Verfassung und Strafgesetze unter Garantie genommen. Jede Bewegung, die dieser Anschauung widersprach, wurde mit Sanktionen belegt. Man versuchte, ihr in der Gesellschaft mit Unterdrückung, Gewalt, Grausamkeit und Gefängnis ausschließliche Geltung zu verschaffen.

Die Ansicht: „Der türkische Staat ist mit seinem Land und seinem Volk ein unteilbares Ganzes“ wurde gleichermaßen in der Verfassung von 1961 wiederholt. Im 648 Artikel umfassenden türkischen Parteiengesetz von 1966 tritt dieser Grundsatz offen zu Tage. So besagt der Artikel 89 über das Verbot von politischen Parteien auch folgendes:

„Die politischen Parteien dürfen nicht behaupten, es gäbe im Land ‚Republik Türkei‘ Minderheiten in Bezug auf nationale und religiöse Kulturunterschiede oder Sprachverschiedenheiten. Die politischen Parteien dürfen nicht das Ziel verfolgen, im Land ‚Republik Türkei‘ die Volkseinheit zu zerstören, indem sie andere Sprachen und Kulturen als die türkische Sprache und Kultur entweder erhalten oder entwickeln oder verbreiten.“

Aus diesen Artikeln kann man folgende Schlüsse ziehen: Innerhalb der Grenzen der Republik Türkei gibt es faktisch noch eine andere Sprache als die türkische Sprache. Es gibt noch eine andere Kultur als die türkische Kultur. Aber es ist verboten, ihre Existenz zu behaupten. Es ist verboten, ihre Entwicklung zu wünschen oder zu verbreiten. Wie man sieht, wird eine soziologische

Realität, eine konkrete Realität mit Gesetzen aus der Welt geschaffen. Man betont, daß das türkische Volk mit dem kurdischen Volk ein Ganzes zustandegebracht habe, daß dieses Ganze aber das türkische Volk sei. Man versucht, mit Strafen und Sanktionen zu verhindern, daß die Existenz des kurdischen Volkes offen zu tage tritt. Das jedoch bedeutet, daß die türkischen politischen Parteien das Problem der politischen und gesellschaftlichen Struktur nicht wissenschaftlich lösen dürfen.

In diesem Punkt wird der juristische Terminus „türkische Staatsbürgerschaft“ mit der soziologischen Realität der faktischen Existenz des kurdischen Volkes durcheinandergebracht. Und man verwendet noch besondere Mühe darauf, diese beiden Begriffe durcheinanderzubringen. Zum Beispiel besagt sowohl die türkische Verfassung von 1924 als auch die von 1961 folgendes:

„...Wer sich selber als Türke bezeichnet, ist Türke. Welcher Abstammung er auch immer sei, wer sich ganz aufrichtig als Türke betrachtet, ist Türke. Es genügt, sich mit Herz und Verstand glücklich zu fühlen, Türke zu sein.“

Es wurde die Folgerung gezogen, Atatürks Nationalismus, das heißt der türkische Nationalismus, sei nicht rassistisch, sondern habe nationalistischen Charakter. „Jeder, der sich aufrichtig als Türke fühlt, ist Türke“, heißt es. Man betont, die betreffenden Gesetze der Verfassung hätten keinen Zwangscharakter. Das Problem sei in toleranter Weise gelöst worden. In Wahrheit ist das Problem keineswegs so einfach, als daß es mit ein, zwei juristischen Regelungen gelöst werden könnte. Anders ausgedrückt, ein soziologisches Problem läßt sich gar nicht juristisch lösen.

Es ist zu fragen: Wie wird mit denen verfahren, die sich nicht als Türken bezeichnen, die Kurden bleiben wollen, die die kurdischen Volkseigentümlichkeiten bewahren wollen? Die Gesetze sagen: „Jeder, der sich aufrichtig als Türke fühlt, ist Türke“. Das genau ist das Problem, wie mit denen verfahren wird, wie man mit denen verfahren ist, die sich zu ihrem Kurdentum bekennen. In der gelebten Realität sieht das so aus: Was diesen Leuten widerfährt, ist einzig und allein Unterdrückung, Gewalt, Kerker. Denn es ist ja verboten, innerhalb der Grenzen der Republik Türkei die Existenz einer anderen Sprache als der türkischen Sprache, einer anderen Kultur als der türkischen ans Tageslicht zu bringen. Zu sagen, daß es sie gibt, ist verboten. Sowohl die Verfassung als auch die Strafgesetze haben dagegen Sanktionen vorgesehen. Und da das so ist, braucht man in dem Artikel „Jedermann, der sich

aufrichtig als Türke bekennt, ist Türke“ keinerlei Toleranz, keinerlei demokratischen Inhalt zu suchen. Artikel wie dieser sind der Kernpunkt des Staatsterrors in Kurdistan. Denn er stellt die Forderung, daß jeder Türke sei. Man betont, daß einer, der nicht sagt, „Welch ein Glück, daß ich Türke bin!“ nicht in den Genuß öffentlicher Dienste kommen kann. Man tat alles, um diejenigen zu Türken zu machen, die nicht Türke werden wollten, die ihr Kurdentum hochhielten, die die Besonderheiten der kurdischen Gesellschaft bewahren wollten. Und wenn es trotzdem noch welche gab, die nicht Türken waren, die nicht Türken werden wollten, mußte man sie ausrotten. Und das wurde dann auch gemacht.

Heute ist Kurdistan eine internationale Kolonie mitten im Vorderen Orient, die gemeinsame Kolonie der Türkei, des Irak, des Iran und Syriens. Und außerdem ist der Status des kurdischen Volkes noch weit unter dem einer Kolonie. Zum Beispiel wird ja in der Türkei noch nicht einmal die Existenz der Kurden anerkannt. Man tut alles, um die kurdische Wesensart und die Wesensart Kurdistans zu unterdrücken, zu zerstreuen und zunichte zu machen. Voraussetzung für die Gleichbehandlung der Kurden mit den Türken ist ihre Türkisierung. Das aber ist Rassismus, wie es auf der Welt keinen zweiten gibt, und Kolonialismus. Denn auf der ganzen Welt gibt es kein Volk, dessen nationale Wesensart, dessen demokratische und nationale Rechte so gering geachtet, dessen Existenz so völlig geleugnet und mißachtet wird.

Trotz alledem offeriert sich der türkische Staat als ein demokratischer Staat. Er offeriert sich als ein Land, das die Menschenrechte achtet. Und noch dazu einer derjenigen Staaten, die die Menschenrechte am höchsten achten. Einerseits in Kurdistan eine rassistische und kolonialistische Politik verfolgen, andererseits einer der führenden Staaten in der Anerkennung der Menschenrechte sein. Sowohl die Besonderheiten der kurdischen Gesellschaft völlig zunichtemachen, unterdrücken, zerstreuen, als auch ein demokratisches Land sein. Einerseits die Kurden versklaven, in Ketten schlagen, andererseits auf der Seite unterdrückter Völker stehen. Für den Befreiungskampf unterdrückter Völker Partei ergreifen. Beides zugleich, solche sich einander widersprechenden, solche sich einander ausschließenden Aktivitäten. Aber das sind Inhalte, die bei der Bildung und Entwicklung der offiziellen türkischen Staatsideologie eine wichtige Rolle gespielt haben. Sie sind die wichtigsten Elemente der offiziellen Ideologie. Diese

offizielle Ideologie, die auf einer Lüge aufbaut, hat inzwischen Anerkennung bei der Regierung, den Universitäten, den Gerichtsorganen, jeder Art Unterrichtsinstitutionen, politischen Parteien, Arbeitergewerkschaften, Vereinen usw. gefunden. Und diese Organisationen haben diskussionslos akzeptiert, daß die auf einer Lüge aufgebaute offizielle Ideologie „allein richtig, allein wirklich“ sei. Es lohnt sich, die Auswirkungen dieser auf einer Lüge aufgebauten offiziellen Ideologie auf das türkische Denken zu untersuchen. Und es ist auch notwendig.

Das türkische Denken hat sich mit dieser Zwiespältigkeit entwickelt. Es mißt die Ereignisse und Fakten mit zweierlei Maß und bewertet sie auch so. Die Grundursache, warum es die Ereignisse und Fakten mit zweierlei Maß mißt, ist das Kurdistanproblem. Diese Auseinanderentwicklung des Denkens, diese Unterschiedlichkeit im Verhalten, hat sich aus der Einschätzung der kurdischen Frage entwickelt. Diesen Prozeß kann man mit folgenden Beispielen erhellen.

Laut türkischem Denken läßt das Osmanische Reich und seine Fortsetzung, die türkische Republik, seit der Verkündung des Tanzimat-Erlasses 1839 jedermann „ohne Ansehen von Unterschieden der Religion, Sprache, Rasse und des Bekenntnisses“ gleiche Behandlung angedeihen. Dabei ist mit „ohne Ansehen von Unterschieden der Sprache und des Bekenntnisses“ folgendes gemeint: Das Osmanische Reich hat sich in die Religion und den Gottesdienst der unter seiner Herrschaft lebenden christlichen und jüdischen Völker nicht eingemischt. Es hat ihnen in Sachen Religion und Religionsausübung Freiheit gelassen. Es hat nichts unternommen, sie mit Gewalt zu islamisieren. Das ist auch die Politik des türkischen Staates. Der türkische Staat hat keinen einzigen Christen oder Juden mit Gewalt islamisiert. Er hatte auch keinerlei Absicht, dies zu tun. Möge nun diese Erklärung genau mit den Tatsachen und den tatsächlichen Prozessen übereinstimmen oder nicht, so ist jedenfalls die Interpretation. Es wäre ein eigenes Thema zu untersuchen, ob sie mit dem wirklichen Leben übereinstimmt.

Dagegen gibt es für den Satz „ohne Ansehen von Unterschieden der Sprache und der Rasse“ keine solche Interpretation. Es gibt dafür keine Interpretation mit demokratischem Gehalt. Nach der obigen Interpretation sollten nicht-türkischen Völkern ihre nationalen Besonderheiten zugestanden werden. Wie man den Christen ihre christliche Wesensart und den Juden ihre jüdische

Wesensart zuerkannte, so müßte man auch den Kurden die besondere Prägung der kurdischen Gesellschaft zugestehen. Im Gegensatz dazu erkennt man den nicht-türkischen Völkern, zum Beispiel den Kurden, ihre kurdischen gesellschaftlichen Rechte mit Entschiedenheit ab. Die faktische Existenz des kurdischen Volkes wird verleugnet. Die Formulierung „ohne Ansehen von Unterschieden der Sprache und der Rasse“ hat die Türkisierung der Kurden zum Ziel. Erst nachdem sie einen solchen Prozeß durchlaufen haben, das heißt nach ihrer Türkisierung, haben die Kurden Anspruch auf gleiche Behandlung wie die Türken. Diese „Gleichheit“, die den Verlust der eigenen Persönlichkeit, des eigenen Wesens zur Voraussetzung hat, ist völlig antidemokratisch. Sie widerspricht der Würde des Menschen. Sie widerspricht dem Wesen der menschlichen Existenz, dem Begriff der Menschenrechte. Sie widerspricht den Grundwerten unserer Zeit. Wenn irgendjemand sein innerstes Selbst, seine Persönlichkeit verleugnet, heißt das für ihn, in einen Versklavungsprozeß einzutreten. Das heißt, er ist schon versklavt. Wer sein eigenes Selbst verleugnet und eine andere Persönlichkeit annimmt, hat bereits fortgeschrittene Dimensionen des Prozesses der Versklavung und Knechtung erreicht. Wer seine eigene kurdische Persönlichkeit verleugnet und die türkische zu seiner eigenen macht, für den kann es überhaupt nichts mehr bedeuten, in den Genuß aller bürgerlichen Rechte zu kommen. Was bleibt schon von jemandem zurück, der sein eigenes Selbst verraten, sein innerstes Wesen verleugnet hat? Eine solche Person, und sei sie auch Abgeordneter, Senator, Minister, Landrat, Diplomat, Generaldirektor, General o.ä. kann diesen elementaren Prozeß, den er durchlaufen hat, nie mehr verleugnen.

Das Messen mit zweierlei Maß ist die Grundeigenart des türkischen Denkens. Die türkischen Intellektuellen unterstützen weltweit und mit Begeisterung nationale Befreiungsbewegungen, spenden Beifall, preisen den Erfolg dieser Bewegungen und trauern sogar, wenn sie erfolglos bleiben. Aber die gleichen Leute und Institutionen verhalten sich feindlich gegenüber den kurdischen nationalen Freiheitsbewegungen, wo immer sie sich zeigen. Sie schätzen diese Bewegungen gering und nennen sie „Aufwiegeleien des Imperialismus“.

Die türkischen Universitäten, die türkische Presse, die Institutionen für Lehre und Forschung, die Rechtsprechungsorgane usw. verfluchen den Vertrag von Sèvres von 1920. Sie interpretie-

ren diesen Vertrag als Plan des westlichen Imperialismus, das türkische Vaterland zu zerstückeln. Das Lausanner Abkommen von 1923 jedoch interpretieren sie als Sieg. Aber in Lausanne wurde die Teile-und-herrsche-Politik auf das kurdische Volk angewandt. Das kurdische Vaterland, Kurdistan, wurde zerstückelt. Und auch noch solchermaßen, daß die Worte „Kurde“ und „Kurdistan“ aus den Sprachen und aus der Geschichte getilgt zu werden drohen. Lausanne ist im vollsten Sinne des Wortes imperialistischer Teilungsvertrag. Aber das türkische Denken, das die Existenz des kurdischen Volkes verleugnet, applaudiert einer solchen Teilung, wie sie Kurdistan widerfuhr, als „revolutionäre“ und „nationale Befreiungstat“. Rühmt sie sogar. In Wahrheit aber beweisen die Tatsachen und die lebendige Wirklichkeit folgendes: Der Vertrag von Sèvres von 1920 war seit dem Tag seiner Unterzeichnung außer Kraft gesetzt. Er taugte nicht zur Durchführung. Es gab keine Macht, die ihn ernstlich durchführen wollte. Darüber hinaus ließ Sèvres das Gebiet der Türkei nur in Mittelanatolien bestehen. Das Ziel der Zerstückelung Kurdistans, das Ziel der Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik jedoch war, die kurdische nationale Wesensart völlig auszulöschen. „Sèvres hat das türkische Vaterland zerstückelt. Wir haben dem Imperialismus einen Strich durch seine Pläne gemacht. Indem wir den ersten Befreiungskrieg gegen den Imperialismus mit Erfolg geführt und den türkischen Staat gegründet haben“ usw., sagen die türkischen Intellektuellen; was aber denken sie über die Ereignisse, die mit der Zerstückelung Kurdistans zu tun haben? Wenn sie an etwas, was mit Kurdistan zu tun hat, erinnert werden, schweigen die türkischen Schriftsteller entweder, oder sie tun so, als ob sie nicht gefragt worden wären. Oder sie schneiden kurz das Wort ab mit dem Satz „Von einem kurdischen Volk ist nichts bekannt“ und verhindern so jegliche Diskussion darüber. Sie weichen der Diskussion aus. Oder sie denunzieren die Diskutanten bei den staatlichen Sicherheitsorganen. „Diese spalten den türkischen Staat, zerstückeln ihn“, sagen sie.

Das Schema des Messens nach zweierlei Maß ist beim türkischen Denken vorherrschend. Dafür kann man jederzeit und überall sehr viele Beispiele finden. So gibt es etwa heute in Europa und vor allem in Deutschland eine große Zahl türkischer Arbeiter. Mit ihren Familienangehörigen zusammen ungefähr 1.5 Millionen. Der türkische Staat kümmert sich um jegliche Probleme dieser Bevölkerungsgruppe. Inzwischen nehmen kulturelle Pro-

bleme einen wichtigen Platz ein. Man trifft umfassende Maßnahmen, daß die Kinder der in Deutschland arbeitenden Türken in ihrer türkischen Kultur aufwachsen. Es wird alles getan, daß sie nicht ihre Muttersprache, das Türkische, vergessen. Die Maßnahmen, die die türkische Regierung ergreift, werden von den türkischen Intellektuellen eifrig unterstützt, mit Beifall begrüßt, gefördert. Die gleiche türkische Regierung ergreift jede mögliche Maßnahme, um die kurdischen Kinder zu assimilieren, um ihre kurdische Persönlichkeit auszulöschen. Die türkische Regierung, die die in Deutschland aufwachsenden türkischen Kinder in türkischer Sprache, das heißt ihrer Muttersprache, unterrichten läßt, wirft in der Türkei Leute ins Gefängnis, nur weil sie sagen: „In der Türkei sollte jeder den Grundschulunterricht in seiner eigenen Muttersprache durchlaufen können“. Sie stellt sie vor Gericht, verurteilt sie. Sie verbietet Parteien, die eine solche Empfehlung geben. Denn der Begriff „jedermann“ umfaßt auch die Kurden. Und daraus folgen Konsequenzen wie die, daß Kurden und auch kurdische Kinder in ihrer eigenen Muttersprache, das heißt in Kurdisch, Unterricht erhalten müßten. In Wirklichkeit aber ist es das Grundziel der türkischen Regierung, Kurdisch in Vergessenheit geraten zu lassen, die kurdischen gesellschaftlichen Wesensmerkmale auszulöschen. So führt sie die Assimilation durch.

Diese Aktivitäten der türkischen Regierungen werden von der türkischen Presse und türkischen Schriftstellern als „sehr demokratisch“ und „sehr menschlich“ beifällig unterstützt. Je mehr die kurdischen Kinder ihre eigene Sprache, nämlich Kurdisch, vergessen, je weiter sie sich von ihrer kurdischen Kultur entfernen, desto „demokratischer“, desto „menschlicher“, desto „bessere Menschen“ werden sie. Die Presse, die Gewerkschaften, die Verbände, die Universitäten, die politischen Parteien, alle sind in diesen Prozeß eingeschlossen. Vergessen wir doch nicht, daß der türkische Staat immer sehr bestrebt ist, seine rassistischen und kolonialistischen Unterdrückungsmaßnahmen als „Dienst“ zu offerieren. Die türkischen Schriftsteller, die Presse, das Radio, das Fernsehen usw. nehmen an diesem Prozeß teil. Und sie fördern ihn.

Das Denken nach zweierlei Maß und seine Wirkung auf andere ist einer der Grundzüge der türkischen offiziellen Ideologie. Die türkische Universität, deren Hauptaufgabe in der Forschung liegt, bewegt sich auf der gleichen Linie. Aber Denken nach zweierlei Maß ist zweifellos ein dem wissenschaftlichen Anspruch

nicht angemessenes Verhalten.

Die türkische Universität, die türkische Presse, die Rechtsprechungsorgane, die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Verbände verleugnen die Existenz des kurdischen Volkes. Diese Organisationen und Institutionen sagen: „Jeder, der in der Türkei lebt, ist Türke.“ In Wirklichkeit ist dies keine wissenschaftliche Aussage. Denn Wissenschaft beruht auf Tatsachen, geht von Tatsachen aus. Die Wissenschaft, der Wissenschaftler hat nicht die Kompetenz, die Existenz des kurdischen Volkes abzustreiten. Das ist unmöglich. Die Wissenschaft versucht, jegliche Art von Fakten zu verstehen und zu deuten. Auch die Universität als Forschungsinstitut ist nicht kompetent, Tatsachen abzuleugnen. Es ist ein wissenschaftlicher Prozeß, eine Tatsache zu verstehen, zu begreifen, zu erklären. Eine Tatsache für nichts zu achten, sie abzuleugnen, ist Ideologie. In dieser Hinsicht verzichten die türkischen Rechtsprechungsorgane, die politischen Parteien usw., wo sie eine Tatsache ableugnen, von vornherein auf einen wissenschaftlichen Denkprozeß. In Wirklichkeit ist die Tatsache ein unverzichtbarer Ausgangspunkt der Wissenschaft, der wissenschaftlichen Methode. Wo sie fehlt, ist der Ausgangspunkt falsch gewählt. Und wo sie Tatsachen für nichts erachten und ableugnen, fällt diesen Organisationen die Schaffung und Verbreitung der offiziellen, auf Lügen aufbauenden Ideologie zu.

In der Wissenschaft werden Fakten und faktische Prozesse nach ihrem Gewicht behandelt. Angenehme Tatsachen in übertriebener Weise herauszustellen, unangenehmen Tatsachen aber überhaupt keine Beachtung zu schenken, als wenn man sie gar nicht sähe, ist ein völlig unwissenschaftliches Vorgehen. Ein Vorgehen, das man niemals als wissenschaftliche Methode anerkennen kann. Und dann können Tatsachen, die angenehm sind und deshalb in übertriebener Weise herausgestellt werden, im geschichtlichen Entwicklungsprozeß keine bestimmende Rolle spielen. Die unangenehme und deshalb mißachtete, verleugnete Tatsache jedoch kann eine wichtige Rolle spielen. Sie kann sogar Veränderungen bewirken. Ob man einer Tatsache Aufmerksamkeit schenkt oder sie unbeachtet läßt, kann in einem Denkprozeß eine bestimmte Annehmlichkeit sichern. Wie gering die eine Entwicklung bezeichnenden Fakten auch sein mögen, so leicht kann die Analyse ihres Zusammenwirkens sein. Aber die erzielten Ergebnisse sind ohne Zweifel nicht fundiert. Sie sind fehlerhaft, falsch. Denn die Fakten müssen in ihrer Gesamtheit berücksichtigt werden. Sie

beeinflussen sich gegenseitig. Um irgendeine Tatsache richtig zu begreifen, muß man ihre inneren und äußeren Beziehungen untersuchen. Grundvoraussetzung ist dabei die Anerkennung der Tatsachen und die ihnen jeweils zukommende Gewichtung.

Andererseits ist die Wissenschaft parteiisch. Die Wissenschaft steht auf der Seite dessen, was wirklich ist, was wahr ist. In der Wissenschaft heißt Parteilergreifung oder „Unparteiisch sein“ keineswegs, die objektive Realität zu verändern oder für nichts zu achten. In der wissenschaftlichen Forschung und ihrer Anwendung ist nicht von politischem Verhalten die Rede. Aber dieses Verhalten darf den wissenschaftlichen Forschungsprozeß nicht beeinflussen. Das heißt, es darf niemals die Veränderung der objektiven Realität, ihre Mißachtung zulassen. Denn die Wissenschaft ist objektiv, ist das Wissen von etwas. In diesem Sinne macht es sich die türkische Universität, die türkische Presse leicht, anstatt die faktische Existenz des kurdischen Volkes zu verstehen und zu begreifen, sie zu mißachten und als nicht existent anzusehen. Sie erspart sich damit Verständnis und Begreifen. Sie übernimmt die Propaganda der auf Lügen gebauten offiziellen Ideologie, die der Staat ihr vorsetzt. Ihre Denkweise ist je nach Ort und Zeit sehr unterschiedlich, ihre Verhaltensweise auch. Da ist Methode bei der Forschung. Und sie verfolgt auch unter unterschiedlichen Bedingungen von Ort und Zeit die gleichen Prozesse. Die türkische Universität läßt sich überhaupt nicht darauf ein, die Existenz des kurdischen Volkes zu verstehen, zu begreifen, zu erhellen. Sie weicht dem mit allen Mitteln aus. Und ganz bewußt. Aber sie verurteilt auch die Existenz des kurdischen Volkes. Sie verurteilt diejenigen, die sich für die kurdische Frage interessieren. Sie verurteilt diejenigen, die versuchen, wissenschaftliche Veröffentlichungen über das kurdische Volk herauszugeben. Klagt sie an. Zweifellos kann das kein wissenschaftliches Verfahren sein. Es ist die reine Ideologie. Und offensichtlich ist es auch bequem. Denn verstehen, begreifen, erklären ist ein schweres Stück Arbeit, erfordert intensive Arbeit. Anklagen und verurteilen ist leicht.

Die türkische Universität, die Wissenschaftler, die Presse, die Schriftsteller usw., die allesamt nach zweierlei Maß messen, sind alle dafür, daß das kurdische Volk versklavt wird, daß es seine nationale Wesensart verliert. Aber sie bringen diese persönlichen Wünsche, die subjektiven Einschätzungen vor, als seien sie Realität. Gleichzeitig tun sie so, als erfordere der revolutionäre und

demokratische Geist und die Verteidigung der Menschenrechte eine solche Stellungnahme.

Die Urteile der türkischen Gerichte, des Verfassungsgerichts und hoher Gerichte wie des Kassationshofes sind keine juristischen Urteile, sondern politische. Mit der Aussage „Laut Verfassung ist der türkische Staat mit seinem Land und seinem Volk ein unteilbares Ganzes“ leugnen die türkischen Rechtsprechungsgremien die Existenz des kurdischen Volkes und damit die konkrete Wirklichkeit ab. Zu diesem Thema gibt es keinerlei Unterschiede zwischen der türkischen Regierung, dem türkischen Parlament, den Ansichten der türkischen politischen Parteien und der Gerichte. Und so bemühen sich die „Justizbehörden“ mit ihren Beschlüssen, der Verschleuderung der kurdischen nationalen Rechte einen legalen Anstrich zu geben. Dabei hören die Gerichte, der Kassationshof, das Verfassungsgericht usw. eigentlich auf, „juristische Institutionen“ zu sein. Sie werden zu so etwas wie Vollstreckungsorganen, die die türkische Kolonialisierung des kurdischen Volkes und Kurdistans durchführen. Genauso die öffentlichen Amtsträger wie Regierung, Gendarmerie, Polizei. Sie sind alle nur ausführendes Organ. Und so versuchen die Gerichte, die ja „Gerechtigkeit ausüben“ und „die Realität aufspüren“ sollten, die Realität zu unterdrücken und der offiziellen, auf Lüge aufbauenden Ideologie zur Vorherrschaft zu verhelfen. Gerichte, die angeblich „unabhängig urteilen“, sind die wichtigsten Verfechter der rassistischen und kolonialistischen Ideologie geworden. Und ihre administrative Funktion verbirgt sich hinter den Worten „unabhängiges Urteil“ und „unabhängige Richter“.

Trotz dieses rassistischen und kolonialistischen Gedankenguts und entsprechender Aktivitäten kann sich der türkische Staat als ein „freiheitliches“, „demokratisches“ Land darstellen. Die türkische Universität, die Wissenschaftler können immer wieder betonen, dieses Gedankengut und diese Aktivitäten seien „freiheitlich“ und „demokratisch“. Sie beschuldigen die Verfechter der kurdischen und nationalen Rechte, die Entwicklung dieser „freiheitlichen“ und „demokratischen“ Haltung zunichte machen zu wollen. Denn das türkische Denken, die in Kurdistan fortdauernden rassistischen und kolonialistischen Unterdrückungsmaßnahmen werden immerfort als „Dienst“ hingestellt.

Die Gerichte, der Kassationshof, das Verfassungsgericht der Türkei bestrafen jeden Andersdenkenden. Die Arbeiter-Partei (TIP) wurde im Jahre 1971 vom Verfassungsgericht deswegen

aufgelöst, weil sie gesagt hatte, in den Ostgebieten der Türkei leben Kurden, und in der Vollversammlung ein solcher Beschluß gefaßt worden war. Im Jahre 1980 wurde ebenso die Werktätigen-Partei der Türkei (TEP) vom Verfassungsgerichtshof für aufgelöst erklärt. Denn sie hatte gesagt, die Kurden müßten das Recht haben, ihren Unterricht in ihrer eigenen Muttersprache abzuhalten. Diesen Punkt hatte sie in ihr Programm aufgenommen.

Wir haben oben den Artikel des türkischen Parteiengesetzes, das die Auflösung von Parteien betrifft, im Wortlaut zitiert. Dort wurde betont, die Behauptung sei verboten, daß es innerhalb der Grenzen der Republik Türkei noch eine andere Sprache als die türkische, noch eine andere Kultur als die Türkische gäbe. Keine andere Sprache als die türkische Sprache dürfe gesprochen, keine andere Kultur als die türkische Kultur dürfe vertreten werden, ihre Entwicklung sei unerwünscht. Trotzdem stand in Artikel 12 der Verfassung von 1961 folgendes:

„...Jedermann ist vor dem Gesetz gleich ohne Ansehen von Unterschieden der Sprache, Rasse, Geschlecht, politischen Meinungen, philosophischem Glauben, Religion und Religionsausübung. Niemandem, weder einer Familie, Gruppe oder Klasse, dürfen Privilegien zuerkannt werden.“

Einerseits die Verfolgung einer rassistischen und kolonialistischen Politik in Kurdistan, Verbot, die Existenz der Kurden zu erwähnen, andererseits die Behauptung, keiner Gruppe dürfen Privilegien zuerkannt werden. Einerseits keine andere Sprache als die türkische Sprache, keine andere Kultur als die türkische Kultur, Verbot, die Existenz der anderen zu erwähnen, zu verfechten, andererseits die Rede von Gleichheit, Freiheit, Demokratie.

All das zeigt doch nur, daß das türkische Denken nach zweierlei Maß mißt. Die Praxis, das konkrete Verhalten sieht genauso aus. Und dieser Prozeß bricht sich überall, politisch, sozial, kulturell und ökonomisch Bahn. Und Ursache für dieses unterschiedliche Denken und Handeln ist die Befreiungsfrage, die kurdische Frage.

Einerseits versuchten die Kemalisten, das kurdische Volk zu ersticken, zunichte zu machen. Andererseits bemühten sie sich, sich ein freiheitliches, revolutionäres, demokratisches, antiimperialistisches und antikolonialistisches Image zu geben. Mit ihrer „linken“ Hand versuchten sie, das kurdische Volk zu ersticken, zu vernichten. Zu verhindern, daß es seine Stimme erhebt. Ihren anderen Arm streckten sie in die Höhe und schrieben: „...Auf der

ganzen Welt waren wir die ersten, die gegen den Imperialismus und Kolonialismus einen nationalen Befreiungskampf geführt haben. Wir wurden allen unterdrückten Völkern ein Führer. Wir haben ihren Befreiungs- und Unabhängigkeitskämpfen den Weg gewiesen.“ Sie stecken in tiefen Widersprüchen. Verzichten weder darauf, das kurdische Volk zu unterdrücken, zu vernichten. Noch unterdrückten Völkern, ausgebeuteten Völkern Führer zu sein. Und um diesen Widerspruch zu lösen, gibt es für das kemalistische Denken und die kemalistische Politik nur eine Methode: Jede Kritik an sich selber zu verbieten. Jeden Kritiker in diesem Sinne ins Gefängnis zu werfen. Aber das antiimperialistische, antikolonialistische, revolutionär-demokratische Image, das Atatürk und die seine Nachfolge antretenden Kemalisten sich geben wollten, verblaßt angesichts der Kurdistan-Frage. Dieses Image, das man zu schaffen versucht, entlarvt sich selbst angesichts der gegen das kurdische Volk angewendeten Politik. Und genau an dieser Stelle sollten wir ein paar Punkte streifen, die mit den Gedanken und der Praxis der Vereinten Nationen zu tun haben.

IV. Die Vereinten Nationen, die Türkei und die Kurden

Die Unesco ist eine internationale Organisation für Bildung, Wissenschaft und Kultur. Sie fördert die Entwicklung von Wissenschaft und Kultur. Sie fördert den Begriff und das Verständnis von Welt, Gesellschaft und Mensch auf wissenschaftliche Weise. In dieser Hinsicht aber hat die Unesco mit ihrer Resolution zur Feier von Atatürks 100. Geburtsjahr der Entwicklung der Wissenschaft keinen Dienst geleistet. Ganz im Gegenteil wurde sie zum Verfechter einer Ideologie, die Abhängigkeit von der offiziellen Ideologie schafft, die die wissenschaftliche Entwicklung aufhält, die das Denken verkümmern läßt.

Indem sie den Kemalismus für antiimperialistisch und antikolonialistisch hält, ist sie in vollem Einverständnis mit der türkischen Presse, den Schriftstellern, den Wissenschaftlern, den Gerichtsorganen, kurz dem türkischen Denken. Die türkischen Regierungskreise, die Institutionen von Unterricht und Forschung, die politischen Parteien, die Gewerkschaften, die Verbände, die religiösen Gesellschaften, die Universitäten usw. stehen bedingungslos und ohne Einschränkung im gleichen Konsens. Würde man heute zu diesem Thema bei Presse, Universität, Gerichtsorganen, den Parteien, in Regierungskreisen und Institutionen von Unterricht und Forschung eine Umfrage machen, so würden nahezu 100% sagen, der Kemalismus sei antiimperialistisch und antikolonialistisch.

Und würde man sagen, „Schreiben Sie die Haupteigenschaften des Kemalismus nieder“, so könnte man lesen, daß er antiimperialistisch und antikolonialistisch sei. Aber dieses Ergebnis, das bei einer solchen Umfrage herauskäme, würde nicht beweisen, daß solche Anschauungen wissenschaftlich sind. Denn Zahlen sind kein Wahrheitskriterium für die Wissenschaft. Die Quantität ist kein Kriterium. Wenn irgendeine Anschauung von einer sehr großen Mehrheit vertreten würde, könnte man trotzdem nicht sagen, sie sei deswegen wissenschaftlich. In der Wissenschaft gibt es nur ein einziges Wahrheitskriterium, und das sind die Tatsa-

chen. Wenn die vorgebrachten Gedanken mit den Tatsachen übereinstimmen, dann ist eine Anschauung wissenschaftlich. Denn einem wissenschaftlichen Prozeß liegt immer die genaue Beobachtung der Tatsachen unter einem systematischen Gesichtspunkt zugrunde. Danach erfolgt die Begriffsbildung. Anhand der Begriffe werden Hypothesen erstellt. Diese Hypothesen wiederum werden an den Tatsachen überprüft. So erweist sich, was falsch und was richtig ist. Unverzichtbare Voraussetzung der Wissenschaft jedoch ist es, die Ergebnisse mutig und unverfälscht zu veröffentlichen. Ein wissenschaftliches Ergebnis nicht zu veröffentlichen, nur weil es der politischen Führung nicht gefällt, verträgt sich mit keiner wissenschaftlichen Methode. Oder eine wissenschaftliche Erkenntnis zu verstümmeln, nur um einer politischen Führung gefällig zu sein, ist ebenfalls ein jeder wissenschaftlichen Methode widersprechendes Verhalten.

Wozu führen die Vorgänge, die oben geschildert wurden? Haben sie einen Sinn? Zweifellos. Es zeigt sich, daß die kemalistische Ideologie der türkischen Gesellschaft wie ein Panzer übergestülpt worden ist. Es zeigt sich, daß jedermann, sei es Einzelperson oder Organisation, diese auf Lügen gebaute Ideologie zum Ausgangspunkt genommen hat.

Eine solche Anwendung von Wissen außerhalb von Wissenschaftlichkeit ist rassistisch und kolonialistisch. Diese Verhaltensweisen laufen den Grundsätzen der Vereinten Nationen und der Unesco grundsätzlich zuwider. Das Recht der Völker, in Freiheit zu leben, das Recht auf die Entwicklung ihrer Wesensart, ist Grundrecht aller Völker. Nicht bloß dieses oder jenen Volkes, aller Völker. Das gleiche gilt in Bezug auf das Recht der Völker, ihr Schicksal selber bestimmen zu können. Friede, Gerechtigkeit, ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung auf der ganzen Welt lassen sich nur dann verwirklichen, wenn internationale Gleichheit hergestellt ist. Daß einige Völker von anderen freien und unabhängigen Völkern unterjocht werden, trägt nicht zur Herstellung von Frieden und Stabilität bei.

Kurdistan ist eine internationale Kolonie mitten im Nahen Osten. Geteilt und zerstückelt. Seine sämtlichen nationalen Rechte, seine materiellen und geistigen Werte sind verschleudert. Die Kurden sind durch Stacheldraht, Minenfelder, Wachtürme und Polizeiwachen voneinander getrennt. Es wurde und wird alles getan, um ihre Kontakte untereinander zu verhindern. Jeder Winkel Kurdistans wird von bis an die Zähne bewaffneten Trup-

pen besetzt und kontrolliert. Sie mischen sich bis in die kleinste Zelle der kurdischen Gesellschaft ein. Sie tun alles, um die Gesellschaftsstruktur zu zerstören und die kurdische Kultur zu vernichten. Und das wird auch noch als natürlich angesehen. In der Türkei wird noch nicht einmal die Existenz der Kurden anerkannt.

Staaten wie die Türkei, der Iran, der Irak und Syrien, die Kurdistan gemeinsam kontrollieren, bemühen sich, das kurdische Volk in Unterdrückung zu halten. Dafür arbeiten sie zusammen. Diese Staaten fordern, daß das kurdische Volk seine Knechtschaft akzeptiere und seine nationalen Rechte nicht mehr zur Sprache bringe. Wenn es nach ihnen ginge, dürften die Kurden die Wesensmerkmale der kurdischen Gesellschaft nicht aufrechterhalten. Falls sie sie weiter verteidigen, werden sie zu „Vaterlandsverrätern“. Wenn sie sie nicht mehr verteidigen, ihre Knechtschaft also akzeptieren, werden sie zu „guten Menschen, guten Landsleuten“, zu guten „Zeitgenossen“. In der Türkei zielen die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kurdische Wesensart darauf ab, die kurdische Sprache, die kurdische Kultur in Vergessenheit geraten zu lassen. Zweifellos wird dem kurdischen Volk Gewalt, Grausamkeit, Gefängnis angetan. Zu Zeiten, wo in der Gesellschaft das Militär, Gendarmerie und Polizeikräfte verstärkt werden, heißt es dann: „In der Gesellschaft werden Friede und Stabilität hergestellt.“ „Der Dienst am Volk“ ist unsere Pflicht, heißt es.

Wir sehen zwischen der Einschätzung der Kurdistan-Frage und der Einschätzung der palästinensischen Frage noch einen weiteren großen Unterschied. Die Besetzung der palästinensischen Gebiete, der arabischen Gebiete durch Israel gilt ja allgemein als der wichtigste Grund für die Instabilität im Nahen Osten. Der Kampf für Autonomie und Unabhängigkeit der Kurden jedoch, die Anstrengungen, die sie unternehmen, um ihren Status als Kolonie zu beseitigen, werden als Ursache der Instabilität angesehen. Die Rettung vor der Besetzung palästinensischer und arabischer Gebiete und die Besetzung der Gebiete Kurdistans werden gleichzeitig als Hauptursachen der politischen Instabilität im Nahen Osten gewertet. Das Denken und Handeln nach zweierlei Maß liegen hier offen zutage.

Im Grunde sind sie dem System, das die Vereinten Nationen aufzubauen versuchen, dem Verständnis von der Welt, das die Unesco zu bewahren sich bemüht, von Grund auf entgegengesetzt. Die Vereinten Nationen können nicht Frieden und Gerech-

tigkeit verwirklichen, wenn sie sich auf die Seite der rassistischen und kolonialistischen Systeme stellen. Sie können auf internationaler Ebene kein System, das auf Gleichheit basiert, garantieren. Sie unterstützen im Gegenteil sogar die Erhaltung rassistischer und kolonialistischer Systeme. Wenn man Frieden, Menschlichkeit, Gerechtigkeit meint, darf man sich nicht mit den Verlautbarungen von Staatsbeamten begnügen. Man sollte solchen Verlautbarungen und ihren Inhalten mißtrauen, man sollte nachfragen, nachforschen, ob sie der Wirklichkeit entsprechen oder nicht. Zum Thema Kemalismus jedoch sollte man mit Aufmerksamkeit bei dem Image von antirassistischer und antiimperialistischer Haltung, das sich die türkischen Regierungsbeamten zu geben trachten, verweilen. Dazu muß man unbedingt die Inhalte der Politik des türkischen Staats gegen Kurdistan analysieren.

Das Jahr 1981 wurde in der Türkei zum Atatürk-Jahr erklärt. Am 5. Januar 1981 leitete der Staatspräsident, Präsident des nationalen Sicherheitsrates und Generalstabschef, Kenan Evren, des weiteren:

„...Atatürk hat mit dem Kampf gegen Imperialismus und Rassismus begonnen. Er hat den Kämpfen der unterdrückten Völker dieser Erde den Weg gewiesen. Der türkische Staat sieht diese Politik auch als die seine an und setzt sie fort.“

Trotz aller rassistischer und kolonialistischer Politik und Denkweise, soweit es die kurdische Gesellschaft betrifft, kann er behaupten, auf der Seite der unterdrückten Völker zu stehen. Und er kann auch die Gedanken und die Praxis hervorheben, die sich zu diesem Thema in der türkischen Innen- und Außenpolitik entwickelt haben.

Was passiert demjenigen, der dieses Denken für falsch erklärt? Womit wird derjenige konfrontiert, der diese Anschauung kritisiert? Da wird nur eine einzige Methode angewandt. Furchtbare Unterdrückung, Gewalt, Gefängnis, Gericht, Strafe. Diese Ansichten werden nicht vorgetragen, damit sie diskutiert werden könnten. Diskussion über sie ist nicht möglich. Das sind Ansichten, die nicht diskutiert, kritisiert werden, an die man nicht rühren darf. Ansichten, an deren Richtigkeit man nicht zu zweifeln hat. Ansichten, die mit Entschiedenheit zu akzeptieren, zu preisen, zu beklatschen sind. Und außerdem legt man Wert auf folgende Feststellung: In der Türkei gibt es sowas wie Kurden nicht. Jeder ist Türke. Und ist glücklich darüber, Türke zu sein. Wer immer sagt, daß es in der Türkei außer den Türken ein anderes Volk,

außer der türkischen Sprache eine andere Sprache, außer der türkischen Kultur eine andere Kultur gäbe, ist ein Vaterlandsverräter, ist ein Staatsfeind.

In seiner Rede sagte Kenan Evren in bezug auf den Kemalismus des weiteren:

„...Atatürk war ein Nationalist. Das Selbstverständnis von Atatürks Nationalismus war jedoch nicht egoistisch. Nicht rassistisch. Es war nicht destruktiv, sondern konstruktiv, zusammenführend. Sein Nationalismus war ein ganz neuer Realismus, der aus dem Glücksgefühl entstand, in Freud und Leid zusammenzugeschlossen zu sein, was auch immer geschah. Das war der türkische Nationalismus.“

Hier wird gesagt, Atatürks Nationalismus sei nicht egoistisch, sei nicht rassistisch. Kann man zu einem Nationalismus, der den Kurden kein Lebensrecht zuerkennt, der die kurdische Wesensart zu zerstören bemüht ist, der das Wort „Kurde“ aus den Sprachen und aus der Geschichte zu tilgen versucht, kann man dazu „nicht egoistisch“ sagen? Kann man zu einem Nationalismus, der das kurdische Volk in die türkische Sprache und Kultur einschmelzen will, der sagt, wenn Ihr nicht Türken werden wollt, wenn Ihr nicht schreit „Wir sind Türken und glücklich darüber“, dann habt Ihr kein Lebensrecht, kann man dazu sagen: „Er ist nicht rassistisch, er glaubt an internationale Gleichheit, er ist tolerant“? Mittels eines sehr wirksamen Staatsterrors wird die kurdische Wesensart unterdrückt. Und das nennt man dann „konstruktiv, zusammenführend“. Man kann doch wirklich nicht behaupten, daß eine gewaltsame, mittels Staatsterror erzwungene Zusammenführung und Vereinigung demokratischen Charakter habe.

Das Wort „Gemeinsam in Freud und Leid, was auch immer geschieht“ jedoch wird so interpretiert: „Gemeinsam in für die Türken guten Zeiten“, „gemeinsam in für die Türken bösen Zeiten“. Zum Beispiel als die türkischen Truppen mit der Besetzung Zyperns begannen. Der Slogan „Gemeinsam in Freud und Leid, was auch immer geschieht“ wurde damals massiv verbreitet. Wenn aber an irgendeinem Ort von Kurdistan, sei es im Irak oder im Iran, vom Befreiungs- und Autonomiekampf der Kurden die Rede ist, heißt es nicht „gemeinsam in Freud und Leid“. Man trifft im Gegenteil noch alle möglichen Maßnahmen, daß die Kurden ihren Brüdern noch nicht einmal solche Güter wie Medikamente, Mehl, Zucker und Salz zukommen lassen können.

„Du hast Barzani unterstützt, hast Zucker geschickt“, heißt es

dann im Verhör. Es werden Gerichte eingesetzt. Damit die Kurden untereinander keine Beziehungen unterhalten können, werden sämtliche Straßen kontrolliert. Jedes Mittel ist recht. Solchermaßen hat doch ein Slogan „Gemeinsam in Freud und Leid, was immer geschieht“ keinerlei demokratischen Gehalt. Wenn das türkische Volk politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich durch Engpässe geht, dann gilt das Motto „Gemeinsam in Freud und in Leid“. Aber die Gefahren, denen die Kurden ausgesetzt sind, werden noch zusätzlich verschärft. Man ergreift für die Feinde der Kurden Partei. Wenn aber irgendjemand versucht, die Gefahren, mit denen die Kurden konfrontiert sind, meistern zu helfen, sich auf die Seite der Kurden stellt, wird er gleich zum Volksfeind, zum Staatsfeind erklärt. Man liefert ihn den Repressionsorganen des Staates aus, die da sind Wache, Polizei, Gendarmerie, Militär, Gericht, Gefängnis. Die Türken, die da sagen „Gemeinsam in Freud und Leid, was auch immer geschieht“, sind mit ihrer rassistischen und kolonialistischen Politik die Hauptquelle des „Leids“ für das kurdische Volk. Sie selber schreiben das für das kurdische Volk vor, „was auch immer geschieht“. Sie haben ihm Sklaventum und Knechtschaft zuge-dacht. Was kann da wohl noch „Freude“ eines versklavten Volkes sein, das in rassistischer und kolonialistischer Unterdrückung sein Leben fristen muß?

Der Staatspräsident, Präsident des nationalen Sicherheitsrates und Generalstabschef, Kenan Evren, hat in seiner Eröffnungsrede für das Atatürk-Jahr folgendes gesagt:

„Was Atatürk zu einem universalen Geist erhebt, ist seine Menschenliebe und sein Menschlichkeitsideal. Atatürk preist sein Volk. Er schaut voller Stolz und Vertrauen auf es nieder. Andererseits bringt er zum Ausdruck, daß ‚allen Nationen, die mit uns zusammenarbeiten, Achtung und Interesse und ihrem Nationalismus gebührende Aufmerksamkeit gezollt werde‘ und sagt damit auch: ‚Unser Nationalismus ist kein egoistischer und hochmütiger Nationalismus“.

Hier wird behauptet, der Kemalismus empfinde für andere Nationen Achtung und zolle ihrem Nationalismus die gebührende Aufmerksamkeit. Auch das ist nicht richtig. Die gegen das kurdische Volk gerichtete Politik straft diese Behauptung Lügen, widerlegt sie. Daß eine Regierung, die die Existenz des kurdischen Volkes nicht anerkennt, die jegliche Maßnahme ergreift, um die Wesensart des kurdischen Volkes zu zerstören, behaupten kann,

sie empfinde Achtung gegenüber den nicht-türkischen Völkern, ist ein skandalöser Widerspruch. Daß eine Denkweise, die die Worte „Kurde“ und „Kurdistan“ aus den Sprachen und aus der Geschichte zu tilgen versucht, betonen kann, es werde dem Nationalismus aller nicht-türkischen Nationen gebührende Achtung entgegengebracht, sollte als einer der Grundwidersprüche der Menschlichkeit gelten.

Zu diesem Punkt muß man auch gleich folgendes festhalten: Die Ansichten, die Kenan Evren hier zum Ausdruck bringt, sind auch die Ansichten der türkischen Regierungsbeamten. Hätte nicht Kenan Evren, sondern einer der vor ihm amtierenden Staatspräsidenten das Atatürk-Jahr eröffnet, hätte der im großen und ganzen das Gleiche gesagt. Auch Süleyman Demirel oder Bülent Ecevit hätten bei dieser Gelegenheit das gleiche gesagt. Denn diese Ansichten sind die offizielle türkische Staatsideologie. Und es ist eine unumstößliche Realität, daß diese offizielle Ideologie von der türkischen Regierung, von den Unterrichtsorganen, den Universitäten, den Massenmedien, den Gewerkschaften, den Verbänden, den politischen Parteien bedingungslos und ausnahmslos geteilt wird. Trotzdem wird als der Hauptgrund für den Militärputsch in der Türkei die Abweichung des weggeputschten Regimes von den Grundsätzen Atatürks hingestellt. Die kemalistischen Grundgedanken seien, so hieß es, den jungen Generationen nicht richtig vermittelt, nicht genügend nahegebracht worden. Diese Einschätzung geht sogar so weit zu sagen, der Kemalismus sollte in Vergessenheit geraten und sei auch schon vergessen worden.

Nach Aussagen der Kemalisten wollten in den Jahren 1919-1922 „die Imperialisten“ mit den türkisch-griechischen und den türkisch-armenischen Kriegen „unser Land zerstückeln“. Sie wollten das türkische Volk versklaven. Sie beabsichtigten, die türkische Nation aus der Geschichte zu tilgen, die Türkei von der Weltlandkarte zu streichen. Indem sie das türkische Vaterland zerstückelten, wollten sie sich allmählich das türkische Volk einverleiben. Für solche negative Interpretationen lieferten wohl die Kemalisten selberschlechte Beispiele: ihre eigene Kooperation mit den Imperialisten, um Kurdistan zu zerstückeln. Die Versuche, auf das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik anzuwenden, das kurdische Volk schließlich zu unterdrücken, auszu-rotten. Das kurdische Volk in Stücke zu reißen und es sich einzuverleiben und es so aus den Sprachen und aus der Geschichte

zu tilgen. Und dieses rassistische und kolonialistische Denken und Handeln als eine Notwendigkeit der revolutionären und demokratischen Haltung und der Menschlichkeit auszugeben, sollte doch wohl einer der skandalösesten Widersprüche im 20. Jahrhundert sein. Und wie wir oben schon dargestellt haben, stellen die Kemalisten ihre rassistische und kolonialistische Praxis gegenüber dem kurdischen Volk immerfort auch noch als „Dienst“ hin.

Die türkischen Demokraten und Kemalisten, die solchermaßen rassistisch und kolonialistisch denken und handeln, machen die Kurden mit dem Vorwurf verächtlich: „Sie frönen dem Nationalismus“, „Sie frönen dem Chauvinismus“. Sie beschuldigen die Kurden, „rassistisch zu sein“, „einen Minderheitenrassismus“ zu vertreten. Sie verachten sie. Und solche Gedanken äußern sie sehr häufig. Die kurdischen Revolutionäre und Demokraten, die gegen den türkischen Rassismus und Kolonialismus kämpfen, sind ständig dieser Geringschätzung, dieser Verachtung ausgesetzt. Und oft wird solches auch als Anklage hervorgebracht. Sozialisten, Marxisten, jeder wird angeklagt. Daß die Kurden ihre nationalen Rechte fordern, daß sie dafür kämpfen, ihre kurdische Wesensart zu erhalten, daß sie sich gegen die Assimilation auflehnen, wird als „Nationalismus“ abqualifiziert und der Geringschätzung preisgegeben.

Die Türken verfolgen die reaktionärste und blutigste Politik des Rassismus und Kolonialismus auf der ganzen Welt. Die Kurden jedoch kämpfen für Menschenrechte, für Demokratie und Unabhängigkeit. Sie lehnen sich gegen die Versklavung auf. Sie weigern sich, geknechtet zu werden. Trotzdem ist es eine Ungeheuerlichkeit, wenn die Türken behaupten, die Kurden seien „nationalistisch und chauvinistisch“. In Wahrheit handelt es sich um den Existenzkampf des kurdischen Volkes. Um den Kampf, fortzubestehen, nicht vom Erdboden zu verschwinden, seine Würde als Volk zu bewahren. Um den Kampf, nicht aus den Sprachen und der Geschichte getilgt zu werden. Um den Kampf, nicht von der Weltlandkarte zu verschwinden. Und dieser Kampf kann niemals mit dem Begriff „Nationalismus“ erfaßt werden.

Sobald es um die türkische Gesellschaftsstruktur, die türkische Wesensart der Türken in Griechenland, der Türken in Westtraktien geht, wird sofort ganz klar, wie empfindlich die türkischen Demokraten sind, was für schlimme „Nationalisten“ sie sind. „Die griechische Regierung mischt sich in die gesellschaftlichen

Besonderheiten der Türken ein“, „In Westtrakien soll das Türkentum vernichtet werden. Dagegen muß die türkische Regierung unbedingt etwas unternehmen“ usw. Für die Türken in Zypern gilt dasselbe. Und auch für die Türken in Kerkük, für die Türken in Bulgarien. Dabei werden doch, sei es in Griechenland, sei es im Irak oder sonst irgendwo, die türkischen gesellschaftlichen Besonderheiten von den Regierungen durchaus anerkannt. Ist das auch der Fall in der Türkei? Warum werden dort der Kampf und die Anstrengungen des 10-Millionen-Volkes der Kurden um ihre kurdischen gesellschaftlichen Besonderheiten, ihr Kampf gegen Rassismus und Kolonialismus als „Nationalismus“ und „Chauvinismus“ abqualifiziert? Da sieht man doch ganz klar, daß die Kemalisten, um ihren eigenen Rassismus und Chauvinismus zu verbergen, die Kurden des „Nationalismus“ und „Chauvinismus“ beschuldigen.

Die Menschenrechte, das Recht der Völker, ihr Schicksal selber zu bestimmen, das Recht auf Gleichbehandlung ist ein Recht aller Völker. Nicht bloß dieses oder jenes Volkes. Sowohl der Völkerbund als auch die Vereinten Nationen haben diese Grundsätze anerkannt. In der weltweiten Erklärung der Menschenrechte, in der Europäischen Menschenrechtskonvention war es das Grundziel, diese Grundsätze zu schützen und zu fördern. Darüber hinaus haben die Vereinten Nationen das zur weltweiten Erklärung der Menschenrechte parallel ausgearbeitete Europäische Abkommen über die Menschenrechte und die Realisierung dieser Prinzipien als ihr Grundziel anerkannt. In dem am 3. Januar 1976 in Kraft getretenen Internationalen Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte wird im Einleitungskapitel und im 1. Artikel das Selbstbestimmungsrecht der Völker als ein unabdingbares und unveräußerliches Recht hingestellt. Die Vereinten Nationen betonen, sie wollten alles tun, um die Anwendung dieses Rechtes zu garantieren und zu erleichtern. In dem am 23. März 1976 in Kraft getretenen Internationalen Abkommen über kulturelle und politische Rechte wird wiederum in der Einleitung und im 1. Artikel die Bedeutung dieses Rechts und die Notwendigkeit seiner Realisierung erklärt.

Aber weder der Völkerbund noch die Vereinten Nationen haben sich je für die Kurdistan-Frage interessiert. Das Problem, daß auch das kurdische Volk an den Menschenrechten teilhabe, hat diese Organisationen nie interessiert. Die Anstrengungen des kurdischen Volkes, zu seinem Selbstbestimmungsrecht zu gelan-

gen, seine Unabhängigkeits- und Freiheitskämpfe sind nie in diesen Organisationen auf die Tagesordnung gesetzt worden. In der Anfangsepoche des Völkerbundes, als das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit Begeisterung verteidigt wurde, wurde Kurdistan geteilt und zerstückelt. Auf das kurdische Volk wurde die Teile-und-herrsche-Politik angewandt. Und diese Teilung wurde mit Verträgen unter internationale Garantie genommen. Gegen den Willen des kurdischen Volkes und gegen seinen Widerstand. So liefen die Prinzipien, die der Völkerbund vertrat, ihrer Durchführung zuwider. Denn damals hatte England im Völkerbund ein großes Übergewicht. Der Irak war englisches Mandat, also Kolonie. Südkurdistan stand unter englischer Kontrolle dank der irakischen Mandatsregierung. Solchermaßen verfolgte England in Kurdistan seine kolonialistische Politik. Aber die eigentliche Aufgabe des englischen Imperialismus war es, die nationalen und demokratischen Rechte der Kurden in Blut zu ersticken. Aus verschiedenen Gründen konnte der Völkerbund die Herstellung eines stabilen Gleichgewichts in den internationalen Beziehungen nicht sichern. Er konnte die Aufgaben, die ihm bei der Schaffung des Weltfriedens zufielen, nicht erfüllen. Zwischen dem geschriebenen Wort und der Praxis entstanden große Widersprüche. Man sprach zwar sehr oft über Begriffe wie Frieden, Gerechtigkeit, Gleichheit der Völker, Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Praxis sah jedoch so aus, daß viele Völker weiterhin in Unterdrückung blieben, daß Rassismus und Kolonialismus in massiver Form fort dauerten. Dieser Mangel an Erfolg führte den Zweiten Weltkrieg herbei. Und mit dem Ausbruch des Krieges brach auch der Völkerbund zusammen.

1945 wurden die internationalen Beziehungen unter Führung der Vereinten Nationen neu aufgebaut. Und das Recht der Völker auf Selbstbestimmung blieb zweifellos auch in dieser Epoche ein wichtiger Grundsatz. Aber der allerwichtigste Begriff dieser Epoche waren die Menschenrechte. Es war der für die Charakterisierung der Epoche der Vereinten Nationen wichtigste Begriff. Obwohl auf internationaler Ebene ein neues System errichtet worden war, wurden große Anstrengungen an den Tag gelegt, Kurdistan unverändert geteilt und zerstückelt zu erhalten. Gleichfalls wurde auch die auf das kurdische Volk angewandte Teile-und-herrsche-Politik voll anerkannt. Die Schaffung und Stärkung der politischen Stabilität im Nahen Osten war an die Fortdauer des in Kurdistan aufrechterhaltenen internationalen

Kolonialstatus gebunden. Sowohl im Irak als auch im Iran und in der Türkei wurden die demokratischen und nationalen Rechte des kurdischen Volkes im Blut erstickt. Damit im kurdischen Volk nicht die Forderung nach Autonomie und Autarkie, damit keine politischen Forderungen laut würden, und wenn sie doch laut würden, in kurzer Zeit unterdrückt, zerstreut und zum Zusammenbruch gebracht würden, ergriff man schwere Unterdrückungsmaßnahmen.

Wie wir gesehen haben, wurde 1945 trotz der Bemühungen, ein neues System zu schaffen, der in Kurdistan herrschende Status quo aufrechterhalten. Auch in dieser Epoche gab es zwischen dem geschriebenen Wort und der Praxis unvereinbare Gegensätze. Die Vereinten Nationen legten großen Wert auf Grundsätze wie Menschenrechte, Gleichheit der Völker, Selbstbestimmungsrecht der Völker und deren Realisierung. Aber dennoch widersprachen die Vereinten Nationen der Tatsache nicht, daß die Kurden weiterhin ohne Menschenrechte blieben, daß das kurdische Volk unterdrückt und verachtet wurde, daß Kurdistan weiter den Status einer internationalen Kolonie behielt. Sie problematisierten diesen Zustand nicht. Sie bemühten sich sogar, dieses Problem nicht auf die Tagesordnung zu bringen. Denn bei den Vereinten Nationen galt nicht das Wort der Kurden, sondern das Wort der Staaten, die Kurdistan im Status einer internationalen Kolonie halten. Diese Staaten, die Kurdistan gemeinsam als Kolonie benutzen und kontrollieren, taten alles, daß die Kurdistan-Frage in keiner der verschiedenen Organisationen der Vereinten Nationen auf die Tagesordnung kam. Zu diesem Thema hatten wir oben schon eine kurze Gegenüberstellung der Kurdistan-Frage mit der palästinensischen Frage gemacht.

Aber indem sich die Vereinten Nationen nicht auf die Seite des unterdrückten kurdischen Volkes, sondern auf die Seite der rassistischen und kolonialistischen Staaten stellten, verloren sie allmählich immer mehr an Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit. Sie wurden überflüssig. Die Vereinten Nationen hätten nicht mit zweierlei Maß messen dürfen, wo es darum ging, sich den Problemen der unterdrückten Völker dieser Welt anzunähern. Sie hätten sich vor einem Denken und einer Praxis hüten müssen, die die Ideologie und die Maßnahmen rassistischer und kolonialistischer Staaten legalisierte. Die Vereinten Nationen, die die Kurdistan-Frage im Nahen Osten nicht zur Kenntnis nahmen, die nicht begriffen, daß Kurdistan sich im Status einer internationalen

Kolonie befindet, die die Anwendung der Teile-und-herrsche-Politik auf das kurdische Volk in Kauf nahmen, konnten gar nichts zur Schaffung des Friedens, zum Schutz und zur Weiterentwicklung der Menschenwürde beitragen. Im Gegenteil, sie trugen noch zur Stärkung rassistischer und kolonialistischer Ideologien bei, institutionalisierten noch solche Ideologien. Und noch dazu läßt es sich nie mit den Zielen der Vereinten Nationen vereinen, eine Ideologie, die das kurdische Volk unterdrückt, die seine nationale Wesensart auszulöschen versucht, als „Freund unterdrückter und unterstützungsbedürftiger Völker“ darzustellen. Es ist ganz entschieden nicht im Sinne des Ideals der Vereinten Nationen, von einer Ideologie, deren Grundziel es ist, die Worte „Kurde“ und „Kurdistan“ aus den Sprachen und aus der Geschichtsschreibung zu tilgen, zu behaupten, „sie sei der Freund hilfsbedürftiger Völker, der Völker, denen großes Unrecht geschieht“. Es heißt mit den selbstgesetzten Zielen Spott treiben, wenn die Vereinten Nationen eine Ideologie, die in Kollaboration mit dem Imperialismus Kurdistan zerstückelt hat, die auf das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik anwendet, wenn sie nun genau diese Ideologie, den Kemalismus nämlich, als antiimperialistisch und antikolonialistisch hinstellen will.

Die Vereinten Nationen haben sich mit verschiedenen Ereignissen auf der Welt intensiv beschäftigt. Zu ihrem intensivsten Interessengebiet gehörten die palästinensische Frage und die Zypern-Frage. In Afrika gehören die Namibia-Frage, die Polisario-Befreiungs-Front, die eriträische Befreiungsbewegung zum Interessengebiet der Vereinten Nationen. GleichermäÙen die islamische Bewegung auf den Philippinen und auch die Afghanistan-Frage. Wenn die Vereinten Nationen diese Fragen auf die Tagesordnung setzen und sich in intensiver Weise damit beschäftigen, nach welchen Maßstäben geschieht das dann? Und wenn sie sich für die Kurdistan-Frage wiederum überhaupt nicht interessieren, welche Maßstäbe spielen wohl dann eine Rolle? Warum wohl identifizieren sich die Vereinten Nationen nicht mit der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung? Warum bleibt wohl der Kampf der Kurden gegen Rassismus und Kolonialismus, ihr Kampf um Autonomie und Autarkie, ohne jegliche Unterstützung? Wo doch die anderen Befreiungsbewegungen in massiver Weise Unterstützung erfahren, warum tut man da so, als sähe man die kurdische nationale Befreiungsbewegung nicht? Das Problem der besetzten kurdischen Gebiete, der Status Kurdistans als

internationale Kolonie, in welcher Weise tragen sie zur Aufrechterhaltung stabiler politischer Verhältnisse im Nahen Osten bei? Solange es im Nahen Osten ein Kurdistan gibt, das gemeinschaftlich als Kolonie benutzt und kontrolliert wird, wie läßt sich da der Frieden im Nahen Osten, „das Ideal der Vereinten Nationen“, verwirklichen? Wie kann die auf das kurdische Volk angewandte rassistische und kolonialistische Politik zur Schaffung des Weltfriedens und zur Herstellung von Gerechtigkeit hilfreich sein?

V. Die UNESCO, die Türkei und die Kurden — der Kulturimperialismus in Kurdistan

Ziel der Unesco ist es, in den internationalen Beziehungen der Wissenschaft Geltung zu verschaffen, die Kultur der Menschheit zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zu den Ursprüngen der Menschheitskultur vorzudringen. Die Kulturen, die die Menschheitsgeschichte und ihre Gesellschaften geschaffen, aufgespart und auf unsere Tage überliefert haben, zu untersuchen und ans Tageslicht zu bringen. Daher ist eines der wichtigsten Arbeitsgebiete der Unesco die Kultur.

Die Kultur in unseren Tagen ist eine von der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung nicht zu trennende Größe geworden. Und so wird sie auch bewertet. Zur Demokratisierung der Kultur wurden wichtige Pläne aufgestellt und auch durchgeführt. Kulturpolitik hat das Ziel, das Innenleben der Menschen zu bereichern. Deshalb will sie auch das, was gewachsen ist, was den Traditionen entspricht, was ursprünglich und eigenständig entstanden ist, ans Tageslicht bringen und seine Entwicklung fördern. Man hat schließlich verstanden, daß, wenn man die Kultur beiseiteschiebt, sie austrocknen läßt, auch keine ökonomische, gesellschaftliche und politische Entwicklung mehr garantiert werden kann. Das Verständnis dafür wächst von Tag zu Tag. Daher ist es auch ein wichtiger Gedanke, die Menschen mit ihren Kulturelementen in Beziehung zu bringen. Dieses Problem hat mit jedermanns Recht, überhaupt „eine Kultur zu haben“, zu tun. Und dieses Recht muß für alle Menschen eines Landes in gleicher Weise gesichert sein.

Ende 1980 fand in Helsinki die Erste europäische Kulturkonferenz statt. Auf dieser Konferenz, die die Unesco organisiert hatte, nahmen Vertreter aller Staaten teil. In seiner Eröffnungsrede sagte der Staatspräsident von Finnland, Urho Kekkonen, folgendes: „Das Grundziel jeder Kulturpolitik muß es sein, die Teilnah-

me aller Bürger an den Kulturelementen sicherzustellen“. Dieses Wort wurde zum Motto dieser Kulturkonferenz.

Nach dieser kurzen allgemeinen Einleitung muß man folgende Fragen stellen: Wie kann ein Volk und die Angehörigen eines Volkes, dessen Muttersprache verboten ist, das unter massiver Unterdrückung lebt, wie können sie an ihren Kulturelementen teilhaben? Kann sich Kultur überhaupt ohne Muttersprache entwickeln? Ist nicht Kultur eine Ableitung der Muttersprache? Wie kann sich angesichts rassistischer und kolonialistischer Unterdrückung eine Kultur erhalten und weiterentwickeln? In der Kurdistan-Frage liegt es offen auf der Hand: Die kurdische Sprache ist verboten. Um die kurdische Sprache zu vergessen und in Vergessenheit geraten zu lassen, wurde jedwede Maßnahme getroffen und auch durchgeführt. Wie die kurdische Sprache, so ist auch die kurdische Kultur einer massiven Unterdrückung unterworfen. Wie sich diese rassistische und kolonialistische Unterdrückung entwickelt hat, haben wir weiter oben in den Grundzügen dargestellt.

Wie sollte, angesichts dieser rassistischen und kolonialistischen Unterdrückung, in einem Land, wo sogar die Existenz der Kurden nicht anerkannt wird, wie sollte da die Teilnahme der Kurden an ihren Kulturelementen gesichert sein? Angesichts der Zerstörung der kurdischen nationalen Kultur, die sich im Laufe seiner Geschichte angesammelt hat, angesichts der Auslöschung des gesellschaftlichen Lebens, wie sollte da die Bereicherung des seelischen Lebens der Menschen gesichert sein? Wo das kurdische Kulturerbe immer mehr zerstört, immer mehr unterdrückt wird, wie sollte da eine Bereicherung der Menschheitskultur stattfinden können?

Die kemalistische Politik fordert die Assimilation der Kulturen. Sie will die kurdische Sprache in Vergessenheit geraten lassen. Sie will die kurdische Kultur nicht am Leben erhalten. Sie versucht, die Quellen der kurdischen Kultur trocken zulegen. Und darüberhinaus macht sie große Anstrengungen, die kurdischen Kulturerzeugnisse zu türkisieren. Sie gibt sie dann als türkische Kulturerzeugnisse aus. Zum Beispiel werden die kurdische Folklore, die Tänze, die Lieder, die Märchen, türkisiert und als türkische Folklore ausgegeben. Auf kurdisch Lieder zu singen, auf kurdisch zu schreiben, auf kurdisch Gedichte zu rezitieren, wird als Verbrechen angesehen. Wer das tut, wird verfolgt und ins Gefängnis geworfen. Und wenn in der türkischen Presse, in den Sendungen des türkischen Rundfunks und der Fernsehanstalten

auch nur ein Wörtchen auf Kurdisch fällt, wenn auch nur das Wort „Kurde“ fällt, gilt das als „Landesverrat“. Trotzdem aber werden diese Lieder ins Türkische übersetzt, die Tänze türkisiert. Und wie die Texte der Lieder ins Türkische übersetzt, so werden auch die Melodien sorgfältig türkisiert. Genauso die traditionellen Kleider und Trachten. Und nach diesem Zerstörungsakt nimmt der türkische Staat mit solchen folkloristischen Produkten sogar an internationalen Wettbewerben teil.

Hier vermischen sich die Plünderung der kurdischen Kultur mit der Eintürkung, die Assimilierung mit der Zerstörung. Das jedoch zeigt, daß der türkische Staat dem kurdischen Volk gegenüber eine imperialistische Kulturpolitik verfolgt. Die kurdische Sprache wird verboten, dafür wird Türkisch gelehrt. Die kurdische Literatur wird mit tausend Mitteln unterdrückt. Wie kann man einer solchen Geisteshaltung Menschenachtung zusprechen? Wie kann man betonen, sie kenne weder Sprache- noch Rassenunterschiede, sie mache keinerlei Unterschiede? Wie kann man behaupten, sie empfinde den Menschenrechten gegenüber Hochachtung?

Für diejenigen aber, die die kurdische Persönlichkeit zurückweisen, die sich eintürken lassen, hält der türkische Staat viele Möglichkeiten bereit. Die ihr eigenes Selbst, ihre nationale Ehre verleugnen, kommen in den Genuß jeglicher staatlichen Vergünstigung. Gleichbehandlung eines Kurden mit einem Türken ist in der Türkei an die Bedingung gebunden, die kurdische Persönlichkeit, die nationale Ehre und Würde zu verleugnen. Aber eine Person, die ihre nationale Persönlichkeit, ihr eigenes Ich verleugnet, hat keinerlei geistigen Wert, keinerlei inneren Reichtum mehr. Was bleibt schon von einer Person, die versklavt ist, die ihre Versklavung auch noch akzeptiert, was bleibt schon von ihr an Schützenswertem und Entwicklungsfähigem zurück? Ein solcher Vorgang läuft doch dem Ideal der Vereinten Nationen und der Kulturpolitik der Unesco von Grund auf zuwider. Die Unesco wünscht die Erforschung und Entwicklung jeglicher Kultur. Auf dieser Weise würde die Menschheitskultur reicher, sagt sie. Der türkische Staat jedoch definiert als eines seiner Grundziele die völlige Vernichtung der kurdischen Kultur. Das ist das Verhalten von Rassisten und Kolonialisten.

Ein weiteres Thema, bei dem man verweilen sollte, ist das Thema Unterricht und Bildung. Dabei steht an vorderster Stelle

die Erziehung der Kinder. Zweifellos erreicht die Grundschulerziehung nur dann ihr Ziel, wenn sie in der Muttersprache stattfindet. Das Verbot der Muttersprache ist der Kulturpolitik der Unesco von Grund auf entgegengesetzt. Die Zerstörung einer Kultur, die sich aus gewachsenen Traditionen und autonom entwickelt hat, der Versuch, ihre Quellen auszutrocknen, paßt überhaupt nicht zu dem Verständnis von Erziehung, das die Unesco zu entwickeln und zu verbreiten versucht. Denn die Persönlichkeit dieser Kinder kann sich nicht entwickeln. Eine Gesellschaft, die sich aus solchen Individuen zusammensetzt, kann keinen eigenen Charakter entwickeln.

Die Politik, die der Kemalismus auf das kurdische Volk anwendet, ist in vollem Sinne des Wortes rassistisch und kolonialistisch. Sie ist die reaktionärste Form der imperialistischen Kulturpolitik auf der Welt überhaupt. Und die blutigste. Aber da gibt es noch ein Ziel, das weit über die Zersetzung der kurdischen Sprache und Kultur und die rassistische und kolonialistische Zielsetzung hinausgeht: die völlige Zerstörung und Ausrottung der kurdischen nationalen Wesensbesonderheiten. Die Tilgung der Worte „Kurde“ und „Kurdistan“ aus den Sprachen und aus der Geschichtsschreibung. Die Schaffung einer Gesellschaft ohne Persönlichkeit und Würde, wo Sklaventum und Knechtschaft vorherrschen.

Wenn in der Türkei das Stichwort „Kulturpolitik des Kemalismus“ fällt, wird von „Sprachrevolution“, „Hutrevolution“, „Kleiderrevolution“, „Justizrevolution“ u.ä. gesprochen. Vom Laizismus auch. Und dann erzählt man auch, wie das vorher im Osmanischen Reich war. Später dann, eine wie große Veränderung doch die „Revolutionen“ im Leben der Gesellschaft zum Wohle des Volkes mit sich gebracht hätten. Auf diese Weise stellen sie heraus, wie sehr die Türken doch Anteil an ihren Kulturelementen hätten. Aber nicht nur darin ist der Kemalismus beispielhaft. Wenn man von den Reformbestrebungen des Kemalismus, von der Kulturpolitik des Kemalismus redet, muß man auch von den anderen Vorgängen reden. Aber das Grundthema, bei dem man verweilen sollte, ist eigentlich das, was im Verborgenen bleibt. Was man zu verheimlichen trachtet durch Gesetze, die durch Androhung von Strafe verhindern sollen, daß man davon redet. Das sind die auf Kurdistan angewandten rassistischen und kolonialistischen Unterdrückungsmethoden. Das ist der auf das kurdische Volk angewandte Kulturimperialismus.

Am Anfang dieser Schrift haben wir betont, daß der politische

Status Kurdistans noch nicht einmal der einer Kolonie ist. Wir haben festgestellt, daß der politische Status des kurdischen Volkes weit darunter liegt. Die klassischen Kolonien haben Ländernamen. Die dort lebenden Völker und Nationen haben Namen. Das heißt, der kolonialistische Staat erkennt diese an, benutzt diese Namen. Was das kurdische Volk betrifft, sind ihm mit seinen materiellen und geistigen Reichtümern auch seine Ehre und seine Persönlichkeit weggenommen worden. Man muß den auf Kurdistan angewandten Kulturimperialismus im Zusammenhang mit diesem Prozeß sehen. Eigentlich ist die gegen die kurdische Sprache und Kultur angewandte Politik, die hier mit „Kulturimperialismus“ gekennzeichnet werden soll, noch etwas viel Reaktionärer und viel Blutigeres.

Der herrschende Staat oder die Supermacht errichtet in einem unterentwickelten Land Schulen. Hält Kurse ab. Vergibt Stipendien. Schickt „Friedenshelfer“. Unterrichtet seine eigene Sprache. Stellt Identifikationen her mit seinen eigenen Werten, seinen eigenen Maßstäben. Versucht die gesellschaftlichen Zusammenhänge nach seinen eigenen Lebensgesetzen neu zu ordnen. Innerhalb eines solchen Prozesses verwarlost die einheimische Kultur. Was herkömmlich ist, was ursprünglich ist an der Kultur, wird gering geschätzt. Die herrschende Macht jedoch bemüht sich mit der Verteilung von Zeitschriften, Büchern und Broschüren, die neue Gesellschaft zu konditionieren. Solcherart verstärkt sie sowohl ihren politischen als auch ihren ökonomischen Einfluß auf die Gesellschaft. Festigt ihn. Schließlich versucht sie mit ökonomischen Beziehungen, mit ihrer Außenpolitik den Markt zu kontrollieren. Dieser Prozeß ist die normale Ausprägung des tatsächlichen Kulturimperialismus unserer Tage.

Die Kurdistan-Politik des türkischen Staates geht weit über diesen Prozeß hinaus. Der Tatbestand wird mit dem Begriff „Kulturimperialismus“ nicht erfaßt. Weil er ja auch viel mehr als die Verwarlostung der kurdischen Kultur, nämlich ihre völlige Vernichtung, zum Ziele hat. Die Eingriffe lassen zweifellos die einheimische Kultur verwarlosen. Aber das ist nicht allein das Ziel. Das Ziel ist, die kurdische Kultur völlig zu vernichten. Es ist hier vielmehr die Rede davon, alles zu vernichten, als für die Entwicklung und Verwurzelung des türkischen Kolonialismus eine bequem ausbeutbare kurdische Kultur zu schaffen. Aber auch das ist nicht das eigentliche Ziel, sondern, alles was kurdisch ist, zu vernichten. Jegliche materiellen und geistigen Reichtümer

des kurdischen Volkes zu usurpieren. Das Ziel ist, ganz sicher, Kurdistan noch besser kontrollieren und noch besser ausbeuten zu können. Kurdistans natürliche Reichtümer zu plündern. Kurdistan ist eine wichtige Rohstoffquelle, ist ein guter Absatzmarkt für die Warenproduktion der türkischen Bourgeoisie. Die herrschenden ökonomischen Mächte meistern die Situation mit ihren Bank- und Kredit-Beziehungen. Sie profitieren von der wirksamen Rolle, die sie in internationalen Beziehungen spielen. Länder jedoch, die noch in der Entwicklung begriffen sind, wie die Türkei, der Iran, der Irak können solche kolonialistischen Beziehungen nur mit gewaltsamen Unterdrückungsmethoden zum Funktionieren bringen. In der Türkei jedoch kann die Entwicklung der kolonialistischen Beziehungen nur durch die völlige Vernichtung der kurdischen nationalen Wesensart möglich werden.

Trotz solcher Gedanken und Handlungen kann die Unesco den Kemalismus als „Weggenosse(n) aller unterdrückter Völker, als wirklichen Freund versklavter und geknechteter Völker“ hinstellen. Man kann ihn als „Denken und Handeln, das den Befreiungs- und Unabhängigkeitskämpfen der unterdrückten Völker, der kolonialisierten Völker, den Weg weist“ darstellen. Aber das läuft zweifellos dem Denken und der Praxis der Unesco zuwider. Auf längere Sicht wird das die Unesco unglaubwürdig machen, sie wirkungslos und nutzlos machen. Es kann die Unesco wohl nicht aufwerten, wenn sie rassistische und kolonialistische Vorgehensweisen unterstützt und ihnen noch Reverenz erweist. Die Unesco kann ihre Ziele niemals erreichen, wenn sie die Sache des Kulturimperialismus uneingeschränkt und bedingungslos unterstützt und fördert. Sie kann nur damit Ehre einlegen, daß sie sich auf die Seite der Völker stellt, deren Sprache und Kultur rassistisch und kolonialistisch unterdrückt werden, die mit dem reaktionärsten und blutigsten Kulturimperialismus konfrontiert sind. Nur so kann sie die Ziele erreichen, die sie anstrebt.

Zu diesem Thema sollte man bei verschiedenen Organisationen, die von den Vereinten Nationen abhängen, verweilen und Nachforschungen durchführen. Über Unesco, Unicef und die Menschenrechtskommission sollte man zu einigen Themen unbedingt und mit großer Aufmerksamkeit Nachforschungen anstellen. Zum Beispiel sind in der Türkei auch die Schriftsteller im Gefängnis starker Repression ausgesetzt und sogar der Folter. Wird dort offensichtlich, daß ein solcher Schriftsteller sich für die Kurdistan-Frage interessiert, daß er in dieser Hinsicht den Kema-

lismus kritisiert, dann werden die Repression und die Folter noch verstärkt.

In den türkischen Gefängnissen ist die gewöhnlichste Foltermethode außer Faustschlägen, Ohrfeigen und Fußtritten, die Falaka. Das ist zweifellos so. Mit der Begründung „Wir wollen ihre Kleider und Sachen durchsuchen“ läßt man Verhaftete und Verurteilte auch splitternackt herumlaufen. Aber die hauptsächliche Foltermethode ist die Falaka. Dabei wird man auf den Rücken geworfen. Die Füße werden mit Seilen, die von der Decke hängen, gefesselt. Und dann wird mit Knüppeln auf die Fußsohlen geschlagen, bis der Geschlagene ohnmächtig wird.

Zweifellos sind auch Schriftsteller sehr oft mit dieser Foltermethode konfrontiert. Aber noch häufiger schlägt man den Schriftstellern auf die Hände. Mit dem Knüppel, mit dem Stock.

□ Wenn das unsere Schriftsteller sind, hauen wir ihnen doch auf die Hände, auf ihre Schreiberhände, heißt es da.

□ Brechen wir ihnen doch die Hände, die Handgelenke. Sollen doch sehen, was es heißt, nochmals zu schreiben.

□ Brechen wir ihm doch die Finger. Soll er doch sehen, wie er nochmals einen Stift anfaßt, wird gedroht.

□ Schlag ihm auf den Kopf, daß sein Hirn rausspritzt. Daß er nicht mehr denken kann, heißt es. Es wird solange auf die Hände geschlagen, bis sie dick angeschwollen sind. Bis die Adern platzen und das Blut ganz fein herauszusickern anfängt, solange wird geschlagen, erregt, voller Wut. Mit einer ganz großen Feindseligkeit. Mit Abscheu und mit Haß.

Man muß wissen, daß das eine Foltermethode innerhalb der Gefängnisse ist. Eine Repressionsmaßnahme im Gefängnis. Eine Foltermethode für jedermann, der wegen einer Schrift, der wegen eines Buches verhaftet, vor Gericht gestellt, zu Gefängnis verurteilt jetzt seine Strafe verbüßt. Und auch wenn einer von einem Gefängnis in ein anderes verlegt wird, kommen diese Repressions- und Foltermethoden sehr häufig vor.

Daß fortgesetzt Schriftsteller, weil sie geschrieben haben, weil sie ein Buch geschrieben haben, in den Gefängnissen der Folter ausgesetzt sind, ist ein beschämender Zustand. Und daß auch noch im Namen der Menschlichkeit mit Knüppeln auf die Hände geschlagen wird, bis sie bluten, mit den Worten „Reißen wir doch das Übel mit der Wurzel aus“, „Brechen wir ihm doch die Knochen seiner Hände, seiner Finger, mit denen er das Verbrechen beging“, ist wahrhaftig nichts, womit man Ehre einlegen könnte.

Daß ein Schriftsteller von seinen Wächtern solchermaßen verhört wird:

- Warum hast du was geschrieben?
- Wirst du nochmal was schreiben?
- Ist es nicht ein Verbrechen zu schreiben?

daß er dabei mit Fußstritten traktiert und gefoltert wird, zeigt doch wie in einem Spiegel, was das für ein Regime ist. Dieses Regime ist ein Schandfleck, der unauslöschlich in der Geschichte und an der Gesellschaft haften bleiben wird. Und wo die Wächter noch nicht einmal ihren Namen schreiben können, hat dieser Vorgang noch eine andere Seite. Eine dramatische Seite.

Zwischen Wissenschaft und Ideologie gibt es einen sehr wichtigen Unterschied. Ein Wissenschaftler, der ein Thema analysiert und zu bestimmten Ergebnissen gelangt, schaut nicht, wieviel Leute er hinter sich hat. Er schaut nicht, wieviel Leute hinter ihm herkommen, wieviel Leute er mobilisiert. Was wichtiger ist, ist die wissenschaftliche Analyse des Themas, sind die faktischen Zusammenhänge. Die Wissenschaft baut auf Fakten auf. Die mutige und aufrichtige Veröffentlichung der Ergebnisse, zu denen er gelangt, ist wiederum ein weiteres unverzichtbares Element des wissenschaftlichen Verfahrens. Dem Wissenschaftler ist nicht wichtig, was er mit der Veröffentlichung eines Gedankens gewinnt, was für Vorteile es für ihn haben wird, was er verliert. In den Ideologien dagegen, besonders in den offiziellen Ideologien, wird sehr wohl berechnet, wieviele Leute eine veröffentlichte Idee beeinflussen könnte. Hier ist die Feststellung sehr wohl wichtig, was wohl ein Gedanke für ein Verhalten bei Leuten nach sich ziehen könnte. Welcher Vorteil wohl dabei heraussehen könnte.

Zum Beispiel sind folgende Theorien, die man in den dreißiger Jahren zu entwickeln versuchte, nämlich die Türkische Geschichtstheorie, die Türkische Sprachtheorie und die Sonnen-Sprachen-Theorie sehr weit entfernt von wissenschaftlichem Denken. Sie beinhalten Ideologie. Solche ideologischen Anschauungen wurden unter Führung der Türkischen Sprachgesellschaft und der Türkischen Geschichtsgesellschaft entwickelt. Dort sind Professoren federführend. Professoren, die als politische Kader begannen. Diese Professoren haben ihre Ämter von Atatürk erhalten und arbeiten unter seiner Direktive. Sie versuchten, den Beweis zu führen, daß das die wissenschaftlichsten und richtigsten Ideen sind. In diesen Jahren war Atatürk Erster Vorsitzender auf

Lebenszeit der Republikanischen Volkspartei. Daher war er auch Staatspräsident. Die Professoren, die Atatürks Anschauungen vertraten, wurden materiell und geistig belohnt. Das ist einer der wichtigsten Beweise dafür, wie sich in der Türkei auf offizieller Ebene „Wissenschaft“ entwickelt hat.

In den dreißiger Jahren wurden solche Leute, die unwissenschaftliche, für die Wissenschaft beschämende Ansichten vertraten, materiell und geistig belohnt. Ohnehin behielten die Professoren beim Denken und Schreiben immerfort das Verhalten der Person oder der Personen, die die politische Macht innehatten, vor Augen. Sie bemühten sich, sich im Rahmen der von ihnen gesteckten Anschauungen zu bewegen. Sie veröffentlichten und hoben die Erkenntnisse hervor, die gefielen. Sie vermieden mit vollem Wissen, Erkenntnisse ans Tageslicht zu fördern, die sich auf Tatsachen stützten. Von dieser Art Erkenntnissen hielten sie sich mit Macht fern. Denn sie wußten, daß sie denen, die an der Macht waren, nicht gefallen würden. So kam es dann, daß in den dreißiger Jahren Personen, die der Republikanischen Volkspartei ideologisch und politisch nahestanden, steile akademische Karrieren machten. Sie wurden mit Leichtigkeit Professoren. Sie wurden materiell und geistig unterstützt und gefördert. Und noch heute werden diejenigen, die diese Ideen kritisieren, die sagen, daß diese Ansichten nicht wissenschaftlich sind, ins Gefängnis geworfen. Das stellt den Widerspruch zwischen Wissenschaft und Ideologie ganz deutlich heraus. Es zeigt den Unterschied zwischen einem Verhalten, wie es die Wissenschaft erfordert, und einem Verhalten, das der offiziellen Ideologie nach dem Munde redet.

Daher besteht ein tiefer Unterschied zwischen dem Denken und dem Handeln eines Wissenschaftlers und dem Verhalten einer Person, die nur nach den Erfordernissen der offiziellen Ideologie denkt und handelt. Der Wissenschaftler denkt und schreibt immer, ohne zu schauen, wieviel Personen hinter ihm stehen. Ohne zu schauen, ob er Anhänger hat oder nicht, schreibt und veröffentlicht er das, was er als richtig erkannt hat. Aufrichtig und mutig. Er denkt nicht daran, was er verlieren und was er gewinnen könnte. Eine Person jedoch, die sich nur nach Maßgabe der offiziellen Ideologie verhält, wird sich vorher ausrechnen, was wohl die politische Macht dazu sagen, wie sie sich wohl dazu verhalten wird. Zum Beispiel wird ein Gefängniswärter, wenn er einen Schriftsteller verprügelt, ständig für sich abschätzen, was

wohl seine Vorgesetzten davon denken und wie sie sich dazu verhalten.

Damit ist wohl klar, daß es sehr schwierig ist, die Feindseligkeit gegen die kurdischen nationalen Rechte, gegen die Wesensart der kurdischen Gesellschaft, wo sie auf offizieller Ebene zutage tritt, zu kritisieren, etwas, was mit der kurdischen Frage zu tun hat, zu veröffentlichen, den Kemalismus unter diesem Aspekt zu kritisieren.

Der Staatspräsident, Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrates und Generalstabschef, Kenan Evren hat am 17. Januar 1981 eine Rede an die Bevölkerung von Iskenderun gehalten. In dieser Rede hat Evren von dem 4.000-jährigen türkischen Reich gesprochen. „Es gibt Vaterlandsverräter, die das 4.000-jährige türkische Vaterland aufteilen und zerstückeln wollen“, hat er gesagt.

Was heißt das „4.000-jährige türkische Reich“? Sind die Türken nicht im 11. Jahrhundert nach Anatolien gekommen? Dann ist ihr Erscheinen in Anatolien doch erst etwa 900 Jahre her. Warum also ist die Rede vom 4.000-jährigen türkischen Vaterland? Diese Behauptung hat mit der oben erwähnten Türkischen Geschichtstheorie zu tun. Nach dieser Anschauung, die in den dreißiger Jahren entwickelt wurde, gehen sämtliche Kulturen auf die Türken zurück. Danach sind die Türken von Mittelasien aus in alle Richtungen der Welt ausgezogen und haben verschiedene Kulturen und Zivilisationen gegründet. Daher waren alle das Jahr 4.000 v. Chr. in Mesopotamien und in Kurdistan lebenden Sumerer und die um das Jahr 2000 v. Chr. in Anatolien lebenden Hetiter wiederum Türken. Und die Wurzel aller Sprachen der Welt ist Türkisch.

Diese unwissenschaftlichen Ansichten haben auf politischer und ideologischer Ebene zwei Ziele. Der erste ist, zu beweisen, daß jeder, der in den Grenzen von „Misak-i Milli“ (Nationaler Pakt) lebt, Türke ist, und diesen Beweis geschichtlich zu fundieren. Das Grundproblem hier hat ganz sicher mit den Kurden zu tun, mit dem Beweis, daß die Kurden Türken sind. Das andere Ziel jedoch ist es, das Selbstbewußtsein der Türken zu erhöhen, und die Grundwerturteile und die Wertmaßstäbe der Kurden zu erschüttern, um ihre Türkisierung zu erleichtern.

Diese Ideologie, die in der Kurdistan-Frage in wirksamer Weise benutzt wird, wurde auch 1937 in der Hatay-Frage eingesetzt: Um zu zeigen, daß Hatay türkisch sei, wurden die damals dort lebenden Araber „hetitische Türken“ genannt. Und da das so ist, gibt

es wohl auch das „4.000jährige türkische Vaterland“ in Anatolien. Daß diese von Ernsthaftigkeit weit entfernten Ansichten sogar noch im Jahre 1981 vertreten werden können, ist ein klarer Beweis dafür, wie weit entfernt das türkische Denken von einer wissenschaftlichen Methode ist. Und das zeigt gleichzeitig auch, daß die offizielle Ideologie eine massive Übermacht über das wissenschaftliche Denken gewonnen hat. Daß diese Ansichten vom Staatspräsidenten vertreten werden und daß diejenigen, die daran nicht glauben, als „Vaterlandsverräter“ bezichtigt werden können, ist sicherlich des weiteren Interesses wert.

Das wissenschaftliche Denken und Handeln kritisiert solche Ansichten, betont, daß sie falsch sind. Das ideologische Denken und Handeln jedoch applaudiert, rührt nicht an das grundsätzlich Falsche, tut so, als ob es nicht sähe, nicht höre. Der wichtigste Punkt aber, bei dem man verharren sollte, ist die Tatsache, daß diese Ideologie jegliche Selbstkritik verhindert. Der Kemalismus ist eine auf Lügen gebaute Ideologie. Und eines der wichtigsten Merkmale dieser Ideologie ist es, daß sie jede Kritik an sich selbst verhindert. Kritik, die zur Kurdistan-Frage laut wird, wird mit Strafen belegt. Wer ihr jedoch Beifall spendet, der wird noch mit Preisen ausgezeichnet. Diejenigen, die sie kritisieren, werden ins Gefängnis geworfen. Solche Zustände jedoch verhindern in einer Gesellschaft von Grund auf die Herausbildung unabhängiger Menschen mit einer starken Persönlichkeit.

Organisationen wie die Vereinten Nationen und ihre Unterorganisationen wie die Unesco zum Beispiel oder die Menschenrechtskommission sollten zu diesem Thema sehr viel unternehmen. Aber solche Organisationen tun so, als sähen sie den Kulturimperialismus, der sich mit Rassismus und Kolonialismus zusammensetzt, nicht. Und so können solche Organisationen eigentlich zu diesem Thema keine wirksame Untersuchung durchführen.

Die Antwort, die die türkische Regierung auf alle Fragen, die mit dem Foltern zu tun haben, gibt, ist recht kurz: „Unsere Verfassung verbietet die Folter. Folter gilt nach unseren Gesetzen als Verbrechen. In diesem Sinne sind die Behauptungen, es werde gefoltert, nicht richtig.“ Dabei behaupten verschiedene Regime, die foltern, immerfort, es gäbe keine Folter. Anders ausgedrückt: Diejenigen, die sagen, „es gibt keine Folter“, sind meistens diejenigen, die foltern, die die Folter systematisch ausbauen. Bleibt nur noch zu sagen, daß die Verfassung von 1961, die die Folter verbot, die Gedankenfreiheit verkündete und die Menschenrechte vertei-

digte, als erste Tat von den Generälen, die am 12. September 1980 die Macht ergriffen, außer Kraft gesetzt wurde. Die Türkische Große Nationalversammlung wurde aufgelöst. Sie lösten die Kommunen und alle aus Wahlen hervorgegangenen Einrichtungen der Lokalverwaltungen wie die Außerordentlichen Provinzverwaltungen (Il Özel Idareleri) auf. Das Militärregime, das die Verfassung außer Kraft setzte, setzte seinen eigenen Willen als Verfassung ein. Trotzdem werden heute Tausende von jungen Leuten unter der Anklage der versuchten Verfassungsänderung und des Versuchs, die Türkische Große Nationalverwaltung aufzulösen, verurteilt. Inzwischen halten wir auch fest, daß die von der Verfassung von 1961 eingeführte Gedankenfreiheit, die Menschenrechte usw. „unter der Bedingung, nicht an die Kurdenfrage zu rühren, verwirklicht“ werden sollten.

Am Anfang dieser Schrift haben wir festgestellt, daß Mustafa Kemals Denken unter Berücksichtigung seiner Taten zu bewerten ist. Es ist nicht sehr sinnvoll, nur sein Denken, das heißt den Inhalt seiner Schriften und Reden, zu analysieren. Viel wichtiger ist es, die Bedeutung seiner Taten zu analysieren. In diesem Sinne haben wir dann Atatürks Ideen zu den Befreiungskämpfen definiert. Später verweilten wir auf seinen Aktivitäten hinsichtlich der Kurdenfrage. Wir haben betont, daß Gedanken und Taten sich radikal widersprechen.

Ein weiteres Beispiel liefert der Begriff „Demokratie“. Es heißt, Atatürk habe gesagt: „Die Staatssouveränität ist ohne Einschränkung und bedingungslos Sache des Volkes“. Und er habe danach gehandelt. Atatürk habe entschieden daran geglaubt, daß die Quelle aller politischen Legitimität das Volk sei. Er habe auch jederzeit unterstrichen, daß Herrschaft Sache des Volkes sei, und habe nach diesem Grundsatz gehandelt. Er habe sich für die demokratische Legitimität entschieden. Und er habe erklärt, das sei die vertrauenswürdigste Quelle der zeitgenössischen politischen Systeme.

Es besteht ein allgemeiner Konsens über den Ausspruch Atatürks „Die Staatssouveränität ist uneingeschränkt und bedingungslos Sache des Volkes“ und dessen Einschätzung. Aber die Tatsachen, die konkrete Wirklichkeit, bewahrheiten diese Einschätzung nicht. Atatürk hat 1923 die Republikanische Volkspartei gegründet. Er war ihr Erster Vorsitzender. Im Jahre 1927 wurde das Statut der Republikanischen Volkspartei erstellt. Dieses Statut wurde in den nachfolgenden Jahren verschiedentlich

abgeändert. Aber die Grundartikel blieben völlig unverändert. Nach diesem Statut wählt der Erste Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei Gazi Mustafa Kemal höchstpersönlich sämtliche Mitglieder der Türkischen Großen Nationalversammlung. Er berät sich mit dem Zweiten Vorsitzenden und dem Generalsekretär. Aber im Grunde ist er derjenige, der wählt. Solcherart werden also die Mitglieder der Türkischen Großen Nationalversammlung, das heißt also die Abgeordneten, wie Beamte berufen und eingesetzt. Sogenannte Zweitwähler stecken nach Mustafa Kemals Willen ausgearbeitete Listen in die Wahlurnen. Das ist die Aufgabe dieser sogenannten Zweitwähler. Eine andere Aufgabe und Kompetenz hatten sie nicht.

In die Türkische Große Nationalversammlung kamen also nur die Leute, die Mustafa Kemal dazu berief. Und genau sie haben dann in der ersten Sitzung der neuen Periode Gazi Mustafa Kemal zum Staatspräsidenten gewählt. Die „Wahlen“ von 1927, 1931 und 1935 liefen genauso ab. Die späteren „Wahlen“ von 1938, 1939 und 1943 wurden nach dem gleichen Muster durchgeführt, die Zwischen„wahlen“ genauso. Wenn in der Türkischen Großen Nationalversammlung ein Stuhl frei wurde, wurde dorthin ein neuer Abgeordneter berufen. Und solche Berufungen waren viel leichter zu bewerkstelligen als etwa die Berufung eines Ministers. Das Phänomen der „Zweitwähler“ hat keine andere Funktion, als diesem einfachen Mechanismus ein verwirrendes Aussehen zu verleihen. Aber am System hat es nichts verändert.

Im Statut der Republikanischen Volkspartei gibt es noch einen sehr wichtigen Artikel. Die Tatsache nämlich, daß Mustafa Kemal Erster Vorsitzender der Partei auf Lebenszeit war. Es gab nur eine einzige Partei. Ihr Erster Vorsitzender amtierte auf Lebenszeit. Der Zweite Vorsitzende der Partei war Ministerpräsident. In den Jahren um 1935 war der Generalsekretär der Partei auch noch Innenminister.

Dies ist zweifellos kein demokratisches Verfahren. Ein Verständnis von Politik, das dem Willen des Volkes gegenüber Achtung empfindet, erlaubt keine Berufung der Abgeordneten in das Parlament. Zu dem Ergebnis einer solchen Berufungspraxis kann man auch nicht „Parlament“ sagen. Dieses Verfahren steht im Grunde den in diesen Jahren in Europa ihren Anfang nehmenden totalitären Regimen viel näher.

Hier sollte man die Beziehungen zwischen der Verfassung von 1924 und dem Statut der Republikanischen Volkspartei untersu-

chen. Das Statut der Republikanischen Volkspartei ist eigentlich ein Text, der weit über der Verfassung von 1924 steht. Und er wurde buchstabengetreu angewandt. Nur sollte man die Verfassung von 1924 und das Statut der Republikanischen Volkspartei als juristische Kategorien auffassen. Nach der Verfassung müssen alle vier Jahre Wahlen abgehalten werden. Und den Staatspräsidenten wählt dann die Türkische Große Nationalversammlung. Sehr wichtige Artikel finden sich im Statut. Denn das Statut zeigt den Modus, nach dem die Mitglieder der Türkischen Großen Nationalversammlung gewählt werden. Und das Statut der Republikanischen Volkspartei hat es der Willkür des Ersten Vorsitzenden der Partei überlassen, wie die Abgeordneten zu wählen seien. Wie ein Beamter auf seinen Posten berufen wird, so werden auch die Abgeordneten berufen. Insofern steht der Status Mustafa Kemals als Erster Vorsitzender der Republikanischen Volkspartei noch weit über seinem Status als Staatspräsident. Denn die Abgeordneten beruft er nicht in seiner Eigenschaft als Staatspräsident, sondern als Erster Parteivorsitzender. Die von ihm Berufenen wählen ihn sodann zum Staatspräsidenten. Das ist die Beziehung zwischen Einheitspartei und Verfassung.

Der Angelpunkt dieses Systems ist die Türkische Große Nationalversammlung. Aber sie sieht nur wie ein Parlament aus. Diese Nationalversammlung ist dafür da, dem politischen Mechanismus einen demokratischen Anstrich zu geben. Ansonsten ist ihre Struktur nicht demokratisch. Denn sie ist keine Institution, die durch den freien und unabhängigen Volkswillen zustande gekommen wäre. Sie ist keine Institution, die vom Volk gewählt worden wäre, die aus Wahlen hervorgegangen wäre. Es ist nicht vom Volkswillen, vom Willen der Nation, es ist vom Willen einer einzigen Person die Rede. Es ist eine Binsenwahrheit, daß die politische Praxis einer Institution, die nicht demokratisch ist, auch nicht demokratisch sein kann. Blicke noch zu bemerken, daß Mustafa Kemal sogar noch in dem Jahr, wo er den Ausspruch tat „Die Staatssouveränität ist ohne Einschränkung und bedingungslos Sache des Volkes“, im Jahre 1920 nämlich, zu den Abgeordneten sagen konnte: „Wer Sie hier zusammengerufen hat, bin ich. Und wenn ich will, zerstreue ich Sie alle wieder, schicke ich Sie zurück.“ Das alles ist doch ein konkreter Beweis dafür, daß Atatürk auf demokratische Legitimität keinen Wert gelegt hat. Und man kann auch keineswegs sagen, er habe dem Volkswillen gegenüber Achtung empfunden. Und auch nicht, er sei ein Anhän-

ger demokratischen Denkens und Handelns gewesen.

Es ist auch eine große Wahrheit, daß Systeme, die sich auf den Willen eines „einzigen Mannes“ stützen, sich hinsichtlich der Menschenrechte sehr negativ auswirken. Zwischen dem politischen Verständnis von einem „einzigen Mann“ und den Menschenrechten gibt es einen tiefen Widerspruch. Das ist eine Tatsache — sie nicht zu veröffentlichen, ist eine andere Sache. Damals konnte man darüber nicht reden. Die Presse, die Universitätskreise, die Gewerkschaften, die Verbände, kurz, die türkische Demokratie jedoch behaupten: „Mustafa Kemal legte sehr großen Wert auf demokratische Verfahrensweisen“. Sie sind damit weit von einer wirklichen Erfassung der Tatsachen, der konkreten Wirklichkeit, entfernt. Und sie tun so, als sähen sie, als hörten sie die Repression nicht, mit denen die Kritiker des Kemalismus, und besonders seine Kritiker hinsichtlich der Kurdistan-Frage, konfrontiert sind. Auch ist den türkischen Demokraten ein Gedanke wie dieser: „Ich halte nichts von dem, was du sagst, für richtig. Aber ich werde alles tun, damit du deine Gedanken vertreten kannst“ (Voltaire) fremd. Die Türken tun so, als hätten sie von diesem Wort, das im Europa des 18. Jahrhunderts geprägt wurde, und von den mit diesem Satz zusammenhängenden Vorgängen noch nie etwas gehört. Bedenken wir doch, daß dies nicht alles mit dem Regime vom 12. September 1980 zu tun hat. Auch in normalen Zeiten, als es die demokratischen Institutionen, die sich aus dem freien Willen des Volkes heraus gebildet hatten, als es die politischen Rechte, die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Gewerkschaften, das Mehrparteiensystem noch gab, war die Situation genau die gleiche.

An dieser Stelle sollte man auch auf die Beziehungen zwischen dem Demokratiebegriff und dem Republikbegriff hinweisen. Es ist richtig, daß Mustafa Kemal die Quelle der politischen Macht ausgewechselt hat. Die politische Quelle des Osmanischen Reiches war die Religion. Seit Errichtung der Republik ist die Quelle der politischen Macht die Nation. Das ist als Theorie richtig. Zwischen dem vom Vater auf den Sohn übergehenden Padischaltum und dem Parteivorsitz auf Lebenszeit sowie der Staatspräsidentschaft auf Lebenszeit sollte wohl ein bedeutender Unterschied sein.

Dennoch kann man nicht sagen, der Kemalismus habe auf den Volkswillen, auf das demokratische Leben großen Wert gelegt. Das zeigt wiederum, daß er sich in Bezug auf die Demokratie

gedanklich und praktisch nach zweierlei Maßstäben entwickelt hat. Zum Beispiel sagte in den dreißiger Jahren während des kurdischen nationalen Aufstands in Agri der ehemalige Justizminister Mahmut Esat Bozkurt zu den Kurden, die ihre nationalen Rechte vertraten: „In diesem Land haben allein die Türken das Recht, ihre nationalen Rechte zu vertreten. Diejenigen, die nicht Türken sind, haben nur ein einziges Recht. Und das ist das Recht, den Türken zu Diensten zu sein. Das Recht, Sklave zu sein.“ Solche Aussprüche konnte man vom Zweiten Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei und Ministerpräsidenten Ismet İnönü sehr oft hören. Die von Demokratie und Unabhängigkeit reden, tun so, als ob sie davon nichts wüßten und nichts gehört hätten. Daß trotz allem behauptet werden kann, der Kemalismus habe großen Wert auf demokratische Legitimität gelegt, ist doch wohl ein klares Ergebnis einer von den Tatsachen losgelösten Erkenntnisweise.

Und wie sieht es heute aus? Am 12. September 1980 wurde die Türkische Große Nationalversammlung aufgelöst. Die lokalen Verwaltungen, die vom Volk gewählten Institutionen, mußten ihre Arbeit beenden. An ihre Stelle wurden neue Leute gesetzt, größtenteils ausgediente Militärs. Alle Institutionen, die aus Wahlen hervorgegangen waren, wurden aufgelöst. Die Handlungsmöglichkeiten für Gewerkschaften und politische Parteien wurden abgeschafft, zweifellos aus Mißtrauen gegenüber einem politischen Mehrparteiensystem und damit auch aus Mißtrauen gegenüber dem Volkswillen, gegenüber dem demokratischen Mechanismus.

Die Regierung vom 12. September sagte, daß im Herbst 1981 eine Konstituierende Versammlung zu arbeiten begänne und eine neue Verfassung ausgearbeitet würde. Aber schon damals wurde verkündet, daß Vertreter der politischen Parteien an der Konstituierenden Versammlung nicht teilnehmen könnten, ihre Teilnahme werde nicht erlaubt werden. Es wurde betont, daß kein Mitglied des aufgelösten Parlaments in die Konstituierende Versammlung aufgenommen werde. Und indem klar wurde, welche Leute, welche Kategorie von Leuten nicht an der Konstituierenden Versammlung würden teilnehmen können, wurde auch klarer, wer teilnehmen würde und wie wer teilnehmen würde. Grob gesagt, diese Institution wird von Leuten gebildet, die vom Nationalen Sicherheitsrat berufen werden. Zweifellos ist das kein demokratisches Verfahren und keine demokratische Haltung. Sie

sind antidemokratisch. Trotzdem behauptet der Nationale Sicherheitsrat, daß man zur Demokratie zurückkehren, daß man versuchen würde, demokratische Zustände herzustellen. Das ist antidemokratisch, aber in voller Bedeutung auch ein Atatürkisches Verhalten. Wir hatten ja dargestellt, daß Atatürk die Mitglieder der Türkischen Großen Nationalversammlung in ihr Amt berufen hatte.

Die Verfassung, die der Nationale Sicherheitsrat selber ausarbeitet, mit den Artikeln, die seinen Willen widerspiegeln, kann als Verfassung der Republik Türkei gelten. Ohnehin ging immerfort mit der Ankündigung der Einberufung einer konstituierenden Versammlung auch die Versicherung einher, daß der Nationale Sicherheitsrat das letzte Wort haben würde. Die Konstituierende Versammlung würde als beratendes Organ des Nationalen Sicherheitsrates funktionieren. Es würde nicht erlaubt werden, daß der Verfassungsentwurf in der Presse, im Radio, im Fernsehen, das heißt also in der Öffentlichkeit, in breiter Form zur Diskussion gestellt würde. Das ist zweifellos kein Verfahren, das auf Unabhängigkeit abzielt. Aber es ist ein Atatürkisches Verhalten. Es liegt auch auf der Hand, daß der Nationale Sicherheitsrat, wenn er sich in der Nachfolge Atatürks sieht, genau solche Praktiken Atatürks im Auge hat. Einer, der sich selber „Anhänger Atatürks“ nennt, kann unmöglich etwas gegen die Praxis der Berufung einwenden.

Das Parlament in der Türkei wurde mit dem Putsch vom 12. September 1980 aufgelöst. Die Immunität der Abgeordneten wurde aufgehoben. Ein großer Teil von ihnen wurde verhaftet, und ihnen wurde der Prozeß gemacht. Und Parlament, Parlamentsmitglieder und politische Parteien wurden in jeder Rede des Staatspräsidenten, des Präsidenten des Nationalen Sicherheitsrates und Generalstabschefs Kenan Evren, schwer beschuldigt. Trotzdem nehmen bis zu 12 Mitglieder des aufgelösten Parlaments an den Versammlungen des Europarats teil. Sie sagen dort u.a. auch: „Das Militärregime hat versprochen, zur Demokratie zurückzukehren.“ Sie loben Denk- und Handlungsweise des Nationalen Sicherheitsrates. In der Türkei gebe es auch keine Folter. Und wenn es sie gibt, gehe die Regierung den Anschuldigungen nach. Sie leite Ermittlungsverfahren ein. Sie übergebe die Verantwortlichen der Justiz. Der Nationale Sicherheitsrat hat sogar ausdrücklich gewünscht, daß diese Personen im Europarat als Delegierte vertreten sind.

Hier muß man doch folgende Fragen stellen: In welcher Funktion nehmen eigentlich die Personen, die ihre Funktion als Abgeordnete mit dem Putsch vom 12. September 1980 verloren haben, nun am Europarat teil? Wie kommt es zu dem Mechanismus, daß Leute, denen im türkischen Parlament der Titel als Abgeordneter entzogen wurde, nun als Parlamentarier am Europarat teilnehmen? Wie können sie ihre Arbeit im Europarat fortführen, wo doch ihre Funktion als Abgeordnete beendet ist? Wieso wünscht der Nationale Sicherheitsrat die Fortsetzung ihrer Aktivitäten dort? Aus welcher Begründung heraus wünscht der Europarat die Fortdauer dieses Mechanismus?

Das alles hat mit dem Denken und Handeln nach zweierlei Maß sehr eng zu tun. Bei dem Umgang mit dem Begriff „Demokratie“ ist das auch so. Aber für die Denk- und Handlungsweise des Europarats gilt das ebenso. Bedenken wir doch, daß der Europarat keine einzige Untersuchung zu den Problemen der in der Türkei lebenden Menschen gemacht hat. Er sagt immerfort, die Republik Türkei sei ein Rechtsstaat auf der Grundlage der Menschenrechte. In der Regierung, in den Unterrichtsinstitutionen, an den Universitäten, in den Rechtsprechungsorganen, bei den politischen Parteien wird immerfort betont, daß auf diese Grundlage großer Wert gelegt würde. In Wahrheit aber läuft die auf das kurdische Volk angewandte Politik dem Menschenrechtsbegriff von Grund auf zuwider.

Das europäische Abkommen von 1950 über Menschenrechte und Grundfreiheiten befaßt sich mit dem Schutz und der Entwicklung der Menschenrechte in den Mitgliedsländern. Staaten, die diese Grundelemente akzeptieren, werden als Mitglieder aufgenommen. Einerseits hat die Türkei verlauten lassen, daß sie diese Grundsätze akzeptiert, andererseits setzt sie ihre rassistische und kolonialistische Unterdrückung in Kurdistan in massiver Weise fort. Diese Politik gegen das kurdische Volk haben wir in den ersten Teilen unserer Schrift darzustellen versucht. Und es ist gänzlich unmöglich, daß die Mitglieder des Europarats diese Politik nicht kennen sollten.

Sollte man also das politische Leben einer Führerpersönlichkeit, eines Parteivorsitzenden oder Staatspräsidenten würdigen wollen, muß man noch stärker als den Gehalt seines Denkens den Inhalt seiner Handlungen analysieren. Zumindest sollte man den Gehalt seiner Gedanken und den Inhalt seiner Handlungen im Zusammenhang sehen. Andererseits kann man überhaupt nicht

beurteilen, ob ein Land die Menschenrechte achtet oder nicht, wenn man sich nur die Verfassung und die Entscheidungen der Rechtsprechungsorgane anschaut. Das kann man nur beurteilen, wenn man schaut, ob nach den Gesetzen gehandelt wird oder nicht. Und ein solches Thema ist auch nicht bloß in juristischen Kategorien abzuhandeln. Man muß es soziologisch untersuchen. So stellt sich heraus, warum es Widersprüche zwischen Gesetzen und ihrer Anwendung gibt.

Schluß

1.

Es kann keine Rede davon sein, daß Erkenntnisse und Verhaltensweisen von Menschen unveränderlich seien. Individuen und Organisationen können sich jederzeit durch Kritik und Selbstkritik erneuern. Aber kurzfristig gibt es für die türkischen Schriftsteller und „Demokraten“ keinerlei Möglichkeit, den Kemalismus vom Standpunkt der Kurdistan-Frage aus zu kritisieren. Die türkische Presse, die Universitätskreise, die politischen Parteien, die Verbände usw. lassen sich auf eine solche Kritik und Selbstkritik nicht ein. Denn die kemalistische Ideologie ist der türkischen Gesellschaft und ihren Intellektuellen wie ein Panzer übergestülpt worden. Die Universitätskreise, die Presse, die Unterrichtsinstitutionen usw. identifizieren sich ohne Einschränkung und bedingungslos mit dieser Ideologie. Sie sagen, es seien die besten Erkenntnisse, die es gibt. Ihrer Ansicht nach sind diese Erkenntnisse weit entfernt von jeder Kritik, sind Themen, die nicht diskutiert werden.

Und der Kemalismus wird sehr oft gepriesen. Und diejenigen, die den Kemalismus noch höher loben und noch meisterhafter preisen, die werden dann belohnt. Solche Belohnungen vergeben alle Staatsorgane und die privaten Institutionen auch, wie die ministeriellen Handelskammern. Es gibt einen regelrechten Wettbewerb im Lob des Kemalismus. Aber diejenigen, die den Kemalismus kritisieren, die ihn vor allem vom Standpunkt der Kurdenfrage aus kritisieren, werden ins Gefängnis geworfen. Das alles trägt nur zur Verfestigung des Kemalismus bei. Die immer neuen Lobreden, die Standbilder, die Büsten haben nur den Sinn, zur Zementierung Atatürks beizutragen. Aber die allgemeine Übereinstimmung in dieser Frage, die Unmöglichkeit der Kritik, die Identifizierung der verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen damit, können dennoch nicht beweisen, daß diese Weisheiten wissenschaftlich seien. Sie zeigen nur die Kraft der kemalistischen Ideologie. Die Volksmassen, die dieser auf Lügen gebauten Ideologie anhängen, die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zeigen doch nur, daß sie die Klassen und Schichten im Griff hat.

Man sollte niemals vergessen, daß der Kemalismus eine auf Lügen aufgebaute Ideologie und daß er eine offizielle Ideologie ist.

2.

Es ist wichtig, die Gründe zu veröffentlichen, warum in der Türkei der Kemalismus vom Standpunkt der Kurdistan-Frage aus nicht kritisiert werden darf. Am Anfang unserer Schrift haben wir die Beziehungen zwischen Mensch, Elefant und Baum definiert. Genaugenommen haben wir darüber geredet, was daraus entsteht, wenn eine Person einen Elefanten als Baum wahrnimmt. Wenn die Wahrnehmung dieses Menschen gestört ist, zum Beispiel, wenn eines seiner Wahrnehmungsorgane fehlt, kann er, wenn der Mangel behoben ist, herausfinden, was richtig ist. Er kann seine falschen Erkenntnisse berichtigen. Das ist bei einem ideologischen Verhalten unmöglich. Die Fehler bei der Wahrnehmung eines Menschen können als Ergebnis einer mangelhaften Wahrnehmung entstehen. Die Entwicklung der Technik, neue Erkenntnisse können Änderungen der bis zu diesem Zeitpunkt erstellten Analysen nötig machen. Und ein Mensch, der nicht in einem ideologischen Irrtum befangen ist, der seine Denk- und Handlungsweise nicht nach der offiziellen Ideologie ausgerichtet hat, kann solche Änderungen ohne weiteres machen. Er kann sich selber korrigieren.

Daß jedoch in der Türkei ein Kurde als Türke gilt, hat mit einem Fehler der Wahrnehmungsorgane nichts zu tun. Das hat auch nichts mit dem Fehlen von Dokumenten, mit ungenügender Interpretation zu tun. Das ist von vorne bis hinten ein ideologisches Verhalten. Dieses ideologische Verhalten dauert auch dann dort, wenn man die konkrete Wirklichkeit ganz genau kennt. Wer sich so verhält, kann weder Kritik noch Selbstkritik leisten. Dieses Verhalten ist eine geistige Abschweifung. Eine Glaubenshaltung.

Wo man der offiziellen Ideologie entspricht, schießt man immer nach der politischen Macht, ob man nun einen Gedanken denkt oder eine Handlung ausführt. Man interessiert sich dafür, ob die Gedanken und Handlungen nun der politischen Macht gefallen oder nicht. Beim wissenschaftlichen Verhalten jedoch ist der Erkenntnisinhalt das Wichtige. Wen wohl die Erkenntnisse zur Gefolgschaft machen und wohin diese Gefolgschaft wohl führe, interessiert nicht. Der Wissenschaftler veröffentlicht alles, was er als richtig erkannt hat, was er vertreten und beweisen kann. Er schaut dabei nicht, wieviel Leute ihm wohl dabei nachfolgen. Er

schaut noch nicht einmal, ob ihm jemand nachfolgt oder nicht.

Die Wissenschaft ist die wichtigste Art der Erkenntnisgewinnung. Sie stellt den vertrauenswürdigsten Weg dar, Natur, Geschichte und Gesellschaft zu verstehen und zu begreifen. Die Ideologien jedoch bringen keine Erkenntnisse hervor. Sie wiederholen nur die schon gewonnenen Erkenntnisse. Sie modifizieren sie je nach Zeit und Ort. Es sind harte, erstarrte Schablonen. Sie können sich selber nicht erneuern. Wenn sie nicht mehr taugen, werden sie weggeworfen.

3.

Man sieht, daß in der Türkei Erkenntnisse, vor allem auf gesellschaftlichem Gebiet, auf offizieller Ebene entwickelt werden und daß Kritik am Kemalismus verhindert wird.

Aber auf der Welt gibt es ja nicht bloß die Türkei. Überall auf der Welt gibt es Demokraten, demokratische Organisationen und eine demokratische Öffentlichkeit. Sie entwickeln sich, gewinnen an Wirksamkeit. Wissenschaftler, Individuen und Organisationen, die die zwischen den Ereignissen und Fakten bestehenden Zusammenhänge erfassen, gibt es überall. Jeden Tag werden es mehr, die den Mut und die Aufrichtigkeit besitzen, Ergebnisse, so, wie sie sind, zu veröffentlichen.

Die Neueinschätzung des Kemalismus, die Neusichtung der diesbezüglichen Erkenntnisse im 100. Geburtsjahr Atatürks, ist von großer Bedeutung. Die Unesco, die demokratische Weltöffentlichkeit können sich das leisten. In Kongressen zum Thema Kemalismus kann man sich mit solchen Ansichten auseinandersetzen. Und es wird so auch die Veröffentlichung der Erkenntnisse von Denkern und Philosophen sichergestellt. Aber solange man die Augen vor der Kurdistan-Frage verschließt, kann man keine Einschätzung des Kemalismus leisten. Man muß den Kemalismus unbedingt von dieser Seite her untersuchen und einschätzen. Die Unesco kann ein solches Verfahren unterstützen. Das was hier wichtig ist, ist nicht die Analyse der Ideen, das heißt der Schriften und Reden. Man muß den Inhalt der Taten analysieren. Es ist also nicht wichtig, was gesagt wurde, was geschrieben wurde, sondern wie gehandelt wurde. Wichtig ist, den Widerspruch zwischen dem, was gesagt und geschrieben wurde und dem, wie es dann gehandhabt wurde, herauszufinden. Und die Gründe für diesen Widerspruch, für diesen Unterschied auch zu benennen.

Die Menschenrechte sind einer der Begriffe, die das 20. Jahrhundert prägen, so wie das Selbstbestimmungsrecht der Völker, wie die Demokratie, wie Gleichheit und Unabhängigkeit. Achtung vor den Menschenrechten ist einer der wichtigsten Gradmesser dieses Zeitalters. Und daß alle Menschen an den Menschenrechten teilhaben, ist ein Naturrecht und an keinerlei Bedingung gebunden. In der Türkei jedoch ist das Teilhaben der Kurden an den Menschenrechten an eine sehr wichtige Bedingung gebunden, daran, daß die Kurden ihre eigene Persönlichkeit, ihr nationales Selbst verleugnen, daß sie zu Türken werden. Erst so können sie der Menschenrechte teilhaftig werden. Das heißt jedoch, den Kern der Menschenrechte zerstören, sie abschaffen. Zum Beispiel kommt das Recht auf eine Muttersprache weit vor der Freiheit, Zeitung zu lesen. Aber man kann nicht sagen, daß ein Mensch, dem die Sprache weggenommen wurde, von dieser Freiheit noch Gebrauch machen kann. Man kann dann auch nicht sagen, wenn du die Zeitung lesen willst usw., dann mußt du die Sprache lernen. Man kann auch nicht sagen, nur die, die Türkisch können, kommen in den Genuß, Zeitung zu lesen. Eigentlich bedeutet die Tatsache, daß die Freiheit, Zeitung zu lesen, an eine solche Bedingung gebunden ist, ihren Kern zu zerstören. Denn alle gesellschaftlichen und kulturellen Elemente, auch alle künstlerischen Elemente, können nur in Verbindung mit der Muttersprache erfolgreich sein.

Die fortgesetzte Demokratisierung der Gesellschaft, der Kultur, der Aufbau einer zivilisierten Gesellschaft sind die wichtigsten Größen der zeitgenössischen Entwicklung. Das alles hat ganz eng mit der Bereicherung des menschlichen Innenlebens, mit der Teilnahme an den Kulturelementen zu tun. Ein solches Verständnis von Kultur versucht die Unesco in den internationalen Beziehungen zu entwickeln. Der Kemalismus legt jedoch jede Anstrengung an den Tag, um die kurdische Sprache und Kultur zu zerstören. Die Teilnahme der Kurden an den Kulturelementen ist an die Bedingung gebunden, ihre eigene Sprache und Kultur, ihre Persönlichkeit zu verleugnen. Das aber ist ein rassistisches und kolonialistisches Verhalten. Das ist Kulturimperialismus. Also muß die Unesco im 100. Geburtsjahr Atatürks den Kemalismus im Zusammenhang mit dieser seiner Dimension einschätzen. Aber wie verhält sich die Unesco zum Thema der kemalistischen Kulturpolitik und des auf Kurdistan angewandten Kulturimpe-

rialismus? Kann der Kemalismus und seine Kulturpolitik von der UNESCO überhaupt richtig eingeschätzt werden, solange sie so tut, als ob sie die in Kurdistan angewandte rassistische und kolonialistische Politik überhaupt nicht sähe?

5.

Kurdistan wurde im ersten Viertel des zwanzigsten Jahrhunderts zerstückelt. Auf das kurdische Volk wurde in diesen Jahren die Teile-und-herrsche-Politik angewandt. Diese Politik war eines der wichtigsten Elemente, das im Nahen Osten zu politischer Instabilität führte und einen wirklichen Frieden verhinderte. Denn Grundrechte wie Unabhängigkeit, Demokratie und Selbstbestimmungsrecht der Völker sind das natürliche Recht eines jeden Volkes. Sie sind unveräußerliche und unabdingbare Rechte.

Kurdistan jedoch ist mitten im Nahen Osten eine internationale Kolonie. Es ist geteilt und zerstückelt. Es ist die gemeinsame Kolonie der Türkei, des Iran, des Irak und Syriens. Alle seine geistigen Reichtümer, seine Sprache, seine Kultur, sein Kulturerbe sind ihm genommen. Ihre jemalige Existenz wird sogar in Abiede gestellt. Aller seiner materiellen Reichtümer wurde es beraubt. Daher ist der Kampf des kurdischen Volkes um seine Freiheit und Unabhängigkeit eine ganz natürliche Sache. Es ist ganz natürlich, daß es sich aus dem Status einer internationalen Kolonie befreien will, seine nationale Befreiung will. Sein Existenzkampf ist nicht aufzuhalten.

Trotz der imperialistischen und kolonialistischen Teile-und-herrsche-Politik führt das kurdische Volk seit annähernd 60 Jahren seinen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit. Und dieser Kampf gilt als Störfaktor für Friede und Ruhe im Nahen Osten. Aber alles, was dazu dient, die imperialistische und kolonialistische Politik noch zu zementieren, wird als ein Zeichen von Friedens- und Stabilisierungsbemühungen hingestellt. Das wiederum ist das Ergebnis davon, daß man sich den nationalen Befreiungsbewegungen mit zweierlei Maßstäben annimmt.

Die, die am Anfang des 20. Jahrhunderts Kurdistan zerstückelt, die auf das kurdische Volk die Teile-und-herrsche-Politik angewandt haben, haben dieses ersonnen, um die politische Instabilität im Nahen Osten aufrechtzuerhalten und neu zu schaffen. Sobald man nur ein Auge auf die politische Struktur im Nahen Osten wirft, kann man das unschwer erkennen.

Die islamische Bewegung im Iran unter Führung des Ayatollah

Khomeini hat den Schah mit der Parole „Dem Volkswillen wider setzt man sich nicht“ besiegt. Laut Khomeini hat sich der Schah dem Volkswillen widersetzt. Er war zum Despot geworden. Er hatte dem Volk seine Freiheit genommen. Deshalb ist er auch gestürzt worden. Aber Khomeini hat sich, als er an die Macht gekommen war, den von Kurdistan ausgehenden Freiheits- und Unabhängigkeitsforderungen mit aller Macht entgegengesetzt. Er hat versucht, die Autonomie-, Gleichheits- und Demokratieforderungen des kurdischen Volkes mit schwerem Geschütz zu unterdrücken. Er hat, was Kurdistan betrifft, die gleiche Politik wie der Schah gemacht. Und er hat sich bemüht, diese rassistische und kolonialistische Politik fortzuführen. Er hat jegliche Maßnahme getroffen, um eine Änderung des derzeitigen Zustandes in Kurdistan zu verhindern. Er hat die reaktionären Klassen in Kurdistan bewaffnet. Und er unterstützt ihren Widerstand gegen die Forderungen nach Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie und fördert ihre Kollaboration mit der Zentralmacht. An große Landbesitzer, Stammesfürsten und Scheiche hat er Waffen verteilt, das heißt an alle, die gegen die kurdische nationale Bewegung sind. Um die Teile-und-herrsche-Politik durchzusetzen und fortzuführen, hat er die Kurden gegeneinander aufgehetzt. Sogar mit der Savak hat er zusammengearbeitet. Daß er sich dem kurdischen Volkswillen in dieser Weise widersetzt, hat ihn zu einem neuen Schah, zum „Bärtigen Schah“, gemacht. Er hat kein anderes Ergebnis gezeitigt als das Verharren in der rassistischen und kolonialistischen Politik. Daher werden auch die Ideen und die Praxis im Namen der „Revolution“ aller derjenigen, die zum Thema Kurdistan demokratische Alternativen entwickeln, ohne Erfolg bleiben.

Schauen wir uns das Abkommen an, das zwischen dem Iran und dem Irak Anfang des Jahres 1975 auf offenes Betreiben und heimlicher Teilnahme der Türkei mit Vermittlung Algeriens zustandekam. Was das Abkommen für beide nötig gemacht hatte, war die Kurdistan-Frage. Was ein Abkommen erforderlich machte, war, daß der Schah die Hilfeleistungen für das Kurdistan-Gebiet des Irak stoppen sollte. Der Irak sollte jedoch als Gegenleistung auf seine Vorherrschaft im Gebiet von Schat-el-Arab verzichten. Mit diesem Abkommen kam die kurdische Nationalbewegung in Süd-Kurdistan, mit anderen Worten im Nord-Irak, zum Zusammenbruch. Der im September 1980 zwischen Irak und Iran ausbrechende Krieg jedoch hat gezeigt, auf welch brüchigen

Grundfesten dieser Vertrag beruhte. Er hat gezeigt, wie kurzlebig und ungültig solche Verträge sind, die auf dem Rücken der Kurden ausgehandelt und mit dem Leiden der Kurden bezahlt sind. Denn die Vergabe des Gebiets von Schat-el-Arab im Jahre 1975 an den Iran hat im Irak eine tiefgreifende Reaktion gegen das Baath-Regime ausgelöst. Und auch in der arabischen Öffentlichkeit. Und die irakische Regierung hat nur eine Gelegenheit abgewartet, dieses Gebiet wieder in die Hand zu bekommen. 1980 hat sie dann die Gelegenheit ergriffen, als die Regierung im Iran gerade schwach war. Aber weil es 1975 viel wichtiger war, die kurdische Nationalbewegung aufzureiben, konnte sie sich sogar einen Teil der weggenommenen Gebiete vom Herzen reißen.

In der Türkei ist einer der Hauptgründe dafür, daß sich keine politische Stabilität und in der Gesellschaft kein Frieden herstellen lassen, die Kurdistan-Frage. Die wirtschaftlichen Entwicklungen, die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen, die Ausbreitung des Kapitalismus auch auf die ländlichen Gebiete haben die kurdische Nationalfrage in von Tag zu Tag spürbarer Weise an den Tag gebracht. Die Landflucht in die Städte, die ständig wachsende Wirksamkeit der Massenmedien, die Entwicklung im Irak und im Iran, die Befreiungskämpfe im Nahen Osten und in der ganzen Welt haben Bewußtseinsprozesse bei den Kurden in Gang gebracht. Die politischen Entwicklungen in der ganzen Welt, im Nahen Osten, der Türkei, im Irak, im Iran und in Syrien haben das Bewußtsein der Kurden bezüglich ihres eigenen politischen Status geschärft.

Andererseits ist Kurdistan nicht mehr das alte Kurdistan. Es entwickelt sich schnell. Untersuchungen über seine geschichtliche und gesellschaftliche Struktur werden von Tag zu Tag zahlreicher. Die kurdische Sprache, die kurdische Kultur werden inzwischen viel besser verstanden und viel besser dargestellt. Sie entwickeln sich weiter. In einem solchen wissenschaftlichen Entwicklungsfeld gibt es „Vaterlandsverräter. Sie wollen die Türkei in Stücke reißen. Das da, das sind die Spiele der Feinde von außen, des Imperialismus“ usw. zu sagen, ist jedoch lächerlich. Denn das Land, das geteilt und zerstückelt wird, ist doch Kurdistan. Das Volk, auf das die Teile-und-herrsche-Politik angewandt wird, ist das kurdische Volk. Und die blutigsten Kollaborateure der Teile-und-herrsche-Politik des Imperialismus sind doch die Kemalisten. Das alles ist mit Dokumenten und Beweisen belegt worden. Und ohnehin bewahrheitet das die tagtägliche Wirklichkeit.

Zweifellos setzt sich diese wissenschaftliche Entwicklung noch weiter fort.

Der türkische Staat aber hat, um all diese Entwicklungen unterdrückt zu halten, eine grundsätzliche und unverzichtbare Politik für sich entwickelt. Und das macht ihn wiederum autoritär. Das hat die Notwendigkeit mit sich gebracht, die „Demokratie“, „die Freiheiten“, das Mehrparteiensystem auszusetzen. Ein solcher Staat wird zur militaristischen Macht. Die Sicherheitskräfte und die militärischen Kräfte werden verstärkt, massiert. Dem Verständnis des Staates von „Gesetz und Ordnung“ stehen die Wünsche der Kurden nach Gleichheit, Freiheit und Demokratie von Grund auf entgegen. Und dieser Prozeß hat die Entwicklung und Verstärkung des Staatsterrors hervorgebracht. Dabei ist es eine bekannte Tatsache, daß man mit Druck und Zwang keine Gedanken verhindern, keine wissenschaftliche Entwicklung aufhalten kann.

Bleibt noch zu sagen, daß die in Kurdistan angewandte rassistische und kolonialistische Politik für die Entwicklung der faschistischen Bewegung eine wichtige Funktion hatte. Der Staatsterror kann sich mit dem faschistischen Terror zusammentun. Der Staat kann vor der Entwicklung der faschistischen Bewegung ein Auge zudrücken, kann sie von Zeit zu Zeit unterstützen. Denn die Parolen, die die faschistische Bewegung benutzt, und die Weisheiten der offiziellen Ideologie stehen sich sehr nahe, vor allem, wenn sie mit der Kurdistan-Frage zu tun haben. Die faschistische Bewegung ist, verglichen mit der Islamischen Bewegung, viel laizistischer. Daher kann sie viel bequemer benutzt werden, um die Entwicklung der linken Bewegung zu verhindern. Dieser Vorgang aber ist eine wichtige Größe in der politischen Entwicklung der Türkei. Sie hat eine wichtige Funktion, wenn es gilt, zu verhindern, daß gesellschaftlicher Friede und politische Stabilität geschaffen werden.

Die Imperialisten haben Kurdistan geteilt und zerstückelt, um im Nahen Osten Unruhe zu entwickeln und zu schaffen. Darüber besteht kein Zweifel. Das ist das Grundziel der Teile-und-herrsche-Politik, die darauf abzielt, die politische Instabilität ständig dynamisch zu halten und solcherart die politische und ökonomische Kontrolle über das Gebiet zu verstärken. Die Erhaltung des Status quo intensiviert jedoch diesen Prozeß, beschleunigt ihn. Bleibt noch zu sagen, daß dahinter die Supermächte stecken. Sie tun im Nahen Osten alles, um den Status quo nicht zu verändern

und den derzeitigen Zustand aufrechtzuerhalten. Von Zeit zu Zeit benutzen sie das kurdische Volk als Drohung und versuchen so, die entsprechenden Regierungen zu zwingen, ihre Politik zu akzeptieren. Solchermaßen hat sich die Politik der Supermächte bis heute entwickelt.

Ohne Zweifel kann all dieses den Kampf des kurdischen Volkes um seine nationalen Rechte nicht verhindern. Nichts kann verhindern, daß es seinen Kampf um Freiheit und Unabhängigkeit fortführt. Daher muß es eine der wichtigsten Aufgaben der revolutionären Welt und der demokratischen Weltöffentlichkeit sein, den Kampf zu unterstützen, den das kurdische Volk für seine nationalen und demokratischen Rechte führt. Es ist eine ihrer wichtigsten Aufgaben gegen die in Kurdistan angewandte rassistische und kolonialistische Politik zu sein und seinen Status als internationale Kolonie anzuprangern. Man darf den Staaten, die Kurdistan auf dem Stand einer internationalen Kolonie halten, die das kurdische Volk teilen und zerstückeln, nicht erlauben, daß sie die Kurden gegeneinander als Drohung und als Druckmittel benutzen. Man darf nicht tatenlos zusehen, daß die Supermächte diese Arbeit mit einem sehr feinen diplomatischen Apparat verrichten. Man muß diese Politik und diese Praktiken denunzieren.

Bedenken wir doch, daß Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstbestimmungsrecht der Völker Recht aller Völker ist. Und daraus folgt, daß es nur hieße, die Gedanken bei der Diskussion des Kemalismus zu zementieren, wenn man auch im 100. Geburtsjahr Atatürks weiterhin so tut, als ob man die mit der Kurdistan-Frage zusammenhängenden Dimensionen nicht sähe, und weiterhin auf solchen Anschauungen beharrt wie „Der Kemalismus tritt als nationaler Befreier auf. Er ist der Freund der unterdrückten Völker...“ Das ist dogmatisch und leistet dem Dogmatismus Vorschub. Dies aber läuft dem Verständnis von Autonomie und Demokratie, das die Unesco zu schaffen, zu entwickeln und zu verwurzeln sucht, gänzlich zuwider. Und es richtet sich gegen Menschenrechte, Gleichheit und Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Januar 1981

BIBLIOGRAPHIE

- ASKA-INFO: Vereinigung der Studenten Kurdistans im Ausland, Zweigstelle BRD, Düsseldorf 1977.
- ANSCHÜTZ, H.: Kurdistan, seine wirtschaftlichen, sozialen und verkehrstechnischen Probleme. In: Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Bd. 10 (Februar 1966).
- ARBEITERPARTEI KURDISTANS - PKK: Der Weg der Revolution Kurdistans. Manifest. Verlag Serxwebun, Köln 1986.
- ASHKAR, W. und NHAR, C.: Heylebi Kurdi binivisine. Alphabetisierungsmaterialien für kurdische Frauen. Kurdisches Institut, Bonn 1985.
- BARB, H.: Geschichte von fünf Kurden-Dynastien (Sitzungsberichte der philos.-hist. Klasse der kaiserl. Akademie der Wissenschaften, Bd. XXVIII), Wien 1958. (Teilübersetzung der „Seref-name“)
- BATATU, HANNA: The Old Social Classes and Revolutionary Movements of Iraq (...), Princeton 1978.
- BEHN, WOLFGANG: The Kurds in Iran. Bibliographie, London 1977.
- BIBLIOGRAPHIE DER LITERATUR ÜBER KURDISTAN in Deutscher Sprache. Verein der Arbeiter aus Kurdistan, Bremen 1984.
- BINGÖL: Der Ishak Pascha Palast in Dogubayazit. Diss. Ed. Orient. Berlin 1985.
- BRENTJES, B.: Zu einigen Problemen der Geschichte der kurdischen Nationalbewegung. In: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität. Halle-Wittenberg, Gesellschafts- und Sprachwissenschaftliche Reihe, Jg. 1964, Hefte 9/10.
- BRUINESSEN, M.M. van: Agha, Sheikh and State. On the social and political organisation of Kurdistan. Utrecht 1978. — 2. revidierte Auflage erschien 1986 bei Expreß Ed. Berlin.
- CHALIAND, G.: Anthologie de la poesie populaire kurde. Paris 1980.
- CHANYKOW, N.: Ausflug nach dem persischen Kurdistan. In: Archiv für wissenschaftliche Kunde von Rußland, 1954, Bd. XIII.
- CARDRI (Hrsg.): Saddam's Iraq: revolution or reaction? London 1985.

- CADER, ABDUL-CADER: Räumliche Disparitäten der Lebensgrundlage im irakischen Kurdistan. Ein Beitrag zur Regionalplanung, Berlin 1978.
- CHRISTOFF, H.: Kurden und Armenier, Bunte Folge der Wissenschaften, Hamburg 1935.
- CLAY, JASON W.: Eine Analyse des Anschlusses des Irak an den Ausschuß zur Abschaffung rassistischer Diskriminierung der Vereinten Nationen, CERD/C/76/Add. 5, vom 11. Jan. 1983; Hrsg. von AKSA, Darmstadt, ohne Datum.
- DESCHNER, G.: Die Kurden haben keine Freunde. München 1981.
- DETTMANN, C.: Vertraue der Pranke. Fotoband, Matari-Verlag, Hamburg 1966.
- DEUTSCH, K.W.: Nationenbildung, Nationalstaat, Integration, Hrsg. von Abraham Ashkenasi und P. Schulze, Düsseldorf 1972.
- DEWRAN, HASSAN: Entlang des Euphrat, Gedichte, Expreß Ed., Berlin 1983.
- epd-DOKUMENTATION: Nr. 15 und 16. Flüchtlinge aus dem Libanon, Frankfurt/M. 1985 (auch zur Lage der Kurden im Libanon). Ders.: Die Lage der christlichen Minderheiten in der Türkei seit dem Staatsstreich im September 1980 (Bericht vom Juni 1982), Frankfurt/M. 1984. Ders.: Türken in Deutschland, Religiöse und ethnische Minderheiten, Gruppen, Organisationen, Frankfurt/M. 1980.
- EVANG. MISSIONSWERK: EMW Informationen Nr. 65. Flüchtlinge aus dem Libanon, Hamburg 1985 (dort auch zu Kurden).
- ESTERBAUER, F.: Die Kurdenfrage — Außereuropäisches Anwendungsbeispiel föderalistischer Regelung ethnischer Konflikte. Sonderdruck der Schriftenreihe des Instituts für Föderalismusforschung, Bd. 6, Wien 1978.
- FAZIL, FERYAD: Kurdisch-Deutsches Wörterbuch. Ders.: Wörterbuch, Bd. 2. Zentralkurdisch (Sôrâni) — Deutsch. Ca. 20-30 000 Wörter, erscheint Anfang 1987 bei Expreß Ed., Berlin.
- FRANZ, E.: Material zum Kurdenproblem. 2. erweit. Aufl. Aktueller Informationsdienst Moderner Orient. Orientinstitut, Hamburg 1977. Ders.: Minderheiten im Iran. Dokumentation zur Ethnographie und Politik. Hrsg. vom Deutschen Orientinstitut, Hamburg 1981.
- FUAD, K.: Kurdische Sprache und Literatur im Überblick. Berlin

1981. Ders.: Die kurdische Widerstandsliteratur. In: RIOP-Papers, Amsterdam 1983. Ders. (Hrsg.): Ibrahim Ahmed „Jani Gel“, Sulaimania, 1972. (Die Wehen des Volkes); ders.: Solidarität in der kurdischen Literatur. Dokumente zur kurdischen Woche, Marburg, Mai 1985; ders.: Herkunft, Entwicklung und Gegenwart der kurdischen Sprache. Dokumente zur Tagung der Lehrer aus Kurdistan, Juli 1985, München; ders.: Eine Nation in vielen Staaten — Geschichte und Gegenwart Kurdistans. In: Jiyan — Nos. 1-3, Berlin 1986.

GAL-HAMBURG, u.a.: Dokumentation zur PKK vs. Rest der Welt (ohne Titel, ohne Datum), Hamburg 1986.

GSTREIN, H.: Volk ohne Anwalt — die Kurdenfrage im Mittleren Osten, Freiburg 1974.

HENLE, H.: Der Neue Nahe Osten, Hamburg 1966.

HANSEN, H.H.: The Kurdish Women's Life — Field Research in a muslim society, Iraq, Nationalmuseet Kobenhavn 1961.

HARALDSSON, E.: Land im Aufstand — Kurdistan, Hamburg 1966.

HAUSER, H.: Kurdistan — Schicksal eines Volkes, München 1975, Neuauflage: Die Kurden — Stiefsöhne Allahs, München 1979.

HENNERBICHLER, F.: Die Kurden — staatenlos in verbrannter Erde. In: International, Wien. Zeitschrift für internationale Politik, 1985.

HOFMANN, TESSA (Hrsg.): Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht. Der Prozeß Talaat Pascha, Berlin 1921, Neuauflage Göttingen 1980.

HOFMANN, TESSA (Hrsg.): Das Verbrechen des Schweigens an den Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker, Göttingen 1984, pogromReihe Bedrohte Völker, Taschenbuch Nr. 1012.

HUSSEIN, SADDAM (al-Takriti): Eine gemeinsame Frontlinie oder zwei gegensätzliche Fronten? Lausanne 1977; ders.: Unser Kampf um die internationale Politik. Ebenso.

IBRAHIM, FERHAD: Die kurdische Nationalbewegung im Irak. Eine Fallstudie zur Problematik ethnischer Konflikte in Dritten Welt. Diss. Islamkundliche Untersuchungen, Bd. 88, Klaus Schwarz Verlag, Berlin 1983.

KAYA, SEREFETTIN: Diyarbakir, Erfahrungen in einem türkischen Kerker, Südwind Bericht, ed. Con., Bremen 1984.

- KAHN, MARGARET: Children of the Jinn. In search of the Kurds and their Country, Seaview Books, New York 1980.
- KHALIL, FADEL: Kurden Heute, Wien 1980.
- KÖHLER, G. und NOGGA-WEINELL, D.: Azade. Vom Überleben kurdischer Frauen. Con Verlag, Bremen 1984. Fotos: Abidin Sönmez.
- KOMKAR: Ausländerpolitik der BRD, Thesen und Forderungen, Frankfurt/M. 1981; ders.: Blumen Kurdistans. Kindheit zwischen Stacheldraht und Bajonetten, 1982. Ders.: Türkeihilfe wofür? Die Milliarden des Westens gegen die Völker der Türkei. Berichte und Dokumente, 1980; ders.: Deklaration der Nationaldemokratischen Einheitsfront (UGD), 1980; ders.: Muttersprache Kurdisch - Teil 1: Das Recht auf muttersprachlichen Unterricht; Teil 2: Für das Recht auf eine eigene Muttersprache, 1980; ders.: Wer sind wir? Was tun wir 1980.
- KÜCHLER, H.: Öffentliche Meinung. Eine theoretisch-methodologische Betrachtung und eine exemplarische Untersuchung zum Selbstverständnis der Kurden. Diss., Berlin 1978.
- KURDISCHE DEMOKRATISCHE PARTEI SYRIENS (links): Ein Volk kämpft für seine Existenz. Das kurdische Volk und das chauvinistische Baathregime in Syrien, Hamburg 1974.
- KURDISCHES KULTUR- UND BERATUNGSZENTRUM BERLIN (Hrsg.): Die Lage der Kurden in Deutschland und Westberlin, Westberlin 1984.
- KURDISCHER STUDENTENVEREIN WIEN: Die Kurden — Volk ohne Staat, 1972.
- KURDISTAN-INITIATIVE WESTBERLIN: Der Kampf der Kurden im Iran um Selbstbestimmung, 1981.
- KUTSCHERA, CHRIS: Le Mouvement national kurde, Paris 1979.
- LUDWIG, K.: Bedrohte Völker. Ein Lexikon nationaler und religiöser Minderheiten, München 1985.
- McDOWALL: The Kurds. Minority Rights Group. London 1970.
- MELO, NAUM: Staub und Rauch, Wien 1983.
- MOLTKE, H.: Unter dem Halbmond. Erlebnisse in der alten Türkei 1835-1839, Tübingen 1981.
- MUERMANN, MICHAEL: Musto, Sahhe und Ousso. Eine Geschichte aus Kurdistan, Lamuv, Bornheim-Merten 1984.
- NEUBERGER, GÜNTHER u.a.: CIA in Iran. Die Geheimdokumente der Teheraner US-Botschaft, Lamuv, Bornheim-

- Merten, 1982.
- OMAR, F. FAZIL: Lieder aus vitaler Kehle. Gedichte, Berlin 1981.
- OMAR, F. FAZIL: Das Leuchten aus der Stimme. Kurdische Lyrik — Gedichte — Berlin 9/86, Express Ed.
- ÖSTERR. VEREIN DER FREUNDE DES KURDISCHEN VOLKES: Kurdistan klagt an — Völkermord statt Selbstbestimmung, Wien 1981.
- PATRIOTISCHE UNION KURDISTANS (PUK): Die aktuelle politische Situation in Irakisch-Kurdistan, Mai 1983.
- PATRIOTIC UNION OF KURDISTAN: Revolution in Kurdistan, London 1977.
- KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY: The Historical Place of the Kurdish National Liberation Movement, London 1977.
- POGROM Nr. 85: Armenier und christliche Nationalitäten im Nahen Osten, Tscherkessen, Griechen in Kleinasien, Göttingen 1981.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1006: Der Völkermord an den Armeniern vor Gericht. Der Prozeß Talaat Pascha Berlin 1921, Göttingen 1980.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1009: Chaliand, Vanly u.a.: Kurdistan und die Kurden, Bd. 1, Göttingen 1984.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1011: Die kurdischen Yezidi. Ein Volk auf dem Weg in den Untergrund, Göttingen 1984, 2. Aufl. Göttingen 1986. Hrsg.: Robin Schneider.
- POGROM REIHE BEDROHTE VÖLKER, Taschenbuch Nr. 1012: Hrsg. Tessa Hofmann: Das Verbrechen des Schweigens. Die Verhandlung des türkischen Völkermordes an den Armeniern vor dem Ständigen Tribunal der Völker, Göttingen 1985.
- POGROM TASCHENBUCH Nr. 1001: Gabriele Yonan: Assyrer heute. Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung Exil, Göttingen 1978.
- RIOP — Research Institute of Oppressed Peoples: The importance of cultural elements in the struggle of the Kurdish People. RIOP-Congress, Amsterdam 1983.
- ROTH, J. / TAYLAN, K.: Die Türkei — Republik unter Wölfen. Bornheim-Merten 1981.

- ROTH, J. u.a.: *Geographie der Unterdrückten — die Kurden; Bilder und Texte über Geschichte, Kultur, Lebensverhältnisse und Freiheitskampf einer Minderheit*, Reinbek 1978; ders und GABEL, W.: *Aufstand im Wilden Kurdistan*, Baden-Baden 1977.
- ROOY, S. van und TAMBOER, K.: *Kurdish Bibliography*. Amsterdam 1968.
- RUDOLF, W.: *Einige hypothetische Ausführungen zur Kultur der Kurden*. In: *Sociologus* 1959, Heft 2; ders.: *Grundzüge sozialer Organisation bei den Kurden*. In: *Sociologus* 1967.
- SITTE, F.: *Ich war bei den Kurden*, Graz—Wien 1980.
- SOZIALISTISCHE PARTEI TÜRKISCH-KURDISTANS (PSKT): *Zur Situation in unserer Heimat und in der Welt aus unserer Sicht*, 1982; ders.: *Der Prozeß gegen die Sozialistische Partei Türkisch-Kurdistan*, 1981.
- SCHLUMBERGER, HELLA: *Durchs freie Kurdistan, Erlebnisse in einem vertrauten Land*, München 1980.
- SCHMITT, E. (Hrsg.): *Türkei — Bd. 1: Politik — Ökonomie — Kultur; Bd. 2: Ein Reisehandbuch*, Berlin 1984, Expres Ed.
- STEIN, A.: *Iran — Neue Diktatur oder Frühling der Freiheit?* Hamburg 1979.
- KURDISTAN ohne Menschenrechte. Sonderausgabe pogrom. Dokumentation, zusammengestellt von A. Sternberg-Spohr. Vorwort Helmut Gollwitzer, Hamburg 1975.
- STERNBERG-SPOHR, A. und FLAKS, M. (Hrsg.): *pogrom — Kurdistan Reports im Auftrag der Gesellschaft für bedrohte Völker und des Schweizer Komitees zur Unterstützung des kurdischen Volkes*, Berlin—Genf 1975-1980.
- STERNBERG-SPOHR, A.: *Gutachten in Asylsachen ab 1980. Zu beziehen über ZDWF (Anschrift siehe: Organisationen)*.
- VANLY, I.C.: *Die nationale Frage Türkisch-Kurdistan — eine Übersicht mit historischem Hintergrund*. Hrsg. KOMKAR, Frankfurt/M. 1980; ders.: *The importance of the cultural elements in the struggle of the Kurdish people*. In: *RIOP-Papers*, Amsterdam, 1983; ders.: *Les Kurdes et le Kurdistan dans les relations d'anciens voyageurs occidentales* (16.-19. S.); ders.: *Der Verfall des osmanischen Reiches*. In: *Historia Mundi*, Bd. 7, Bern 1957. *Etude de la Révolution de 1961*, Neuchâtel 1970; ders.: *Kapitel Irak und Syrien (Nazdar)*. In: *Chaliand, Vanly u.a.*:

- Kurdistan und die Kurden. Bd. 1, Göttingen 1984; ders.: Kurdistan und die Kurden, Bd. 3. Iran, Syrien, Sowjetunion, kurdische Diaspora, pogrom-Reihe bedrohte Völker. Erscheint 1987.
- IRAKISCH-KURDISTAN — 4 Jahre Hinrichtungen, Folter, Deportationen, Inhaftierungen. Sonderausgabe der Zeitschrift „Vierte Welt aktuell“, Hamburg 1978. Zusammengestellt von Tilman Zülch für die Gesellschaft für bedrohte Völker.
- WESENDONK, O.G.: Das kurdische Problem. In: Preussische Jahrbücher, Berlin 1931.
- YONAN, G.: Assyrer heute. Kultur, Sprache, Nationalbewegung der aramäisch-sprechenden Christen im Nahen Osten. Verfolgung und Exil. Reihe pogrom, 1978.
- ZAZA, N.: Ma vie de kurde ou le crie du peuple kurde. Ed. Favre, Lausanne 1982.
- ZIKMUND, M. und HANZELKA, J.: Kurdistan, Land der Aufstände, Prag 1962.
- ZÜLCH, T.: Von denen keiner spricht, Reinbek 1975; ders.: Kurdistan, Befreiung ohne Publizität, Sonderausgabe der Zeitschrift pogrom, Dokumentation, Hamburg 1974.

ZEITSCHRIFTEN:

- C.E.D.R.I. — Comité Européen pour la défense des réfugiés et imigrés — Europäisches Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter. Informationsbulletin zur Entwicklung in Kurdistan/Türkei.
- DEM — Hrsg. Vereinigung der Demokraten des Syrisch-Kurdistan in der BRD. PF 300 963, 5300 Bonn 3.
- DENGE KOMKAR — Hrsg. von der Föderation der Arbeitervereine aus Kurdistan in der Bundesrepublik Deutschland — KOMKAR.
- DENGE YEKITIYE — Hrsg. von der Union der Demokraten Kurdistans.
- DIRIK — PF 1701, 3550 Marburg.
- EGARTO: Zeitschrift des Zentralverbandes der Assyrischen Vereinigungen in Deutschland (ZAVD).
- DER FUNKE — veröffentlicht vom Komitee für Auslandsbeziehungen der PUK.
- HEVI: Hrsg. halbjährlich vom Institut Kurde de Paris seit 1883.

- DER HORIZONT. Zeitschrift der AKSA.
- JIYAN — Zeitschrift der Vereinigung der Ärzte Kurdistans in Europa.
- INFORMATIONEN UND VERBINDUNGEN — Info-Bulletin des Kurdischen Institutes.
- KURDISTAN PRESS. Box 7080, Örsvängen 6 C, S-172 42 Sundbyberg, herausgegeben von der KURDISCH NEWS AGENCY ANK (s.d.)
- KIZIL YOL (Roya Sure / Reya Sor / Roter Weg) — Zeitschrift der Alevi Befreiungsbewegung, München.
- KURDISTAN-INFO — Postfach 2641, 2300 Kiel 1.
- KURDISTAN-INFO — Herausgegeben von den Kurdistan-Komitees BRD, West-Berlin und Österreich (Komala-Iran orientiert).
- KURDISTAN-INFO — Hrsg. SOKSE.
- KURDISTAN REPORT — „Organ der Europavertretung der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans“, Verlag Serxwebun, Köln.
- KURDISTAN REPORT: Kurdistan — Geschichte und Gesellschaft. Vgl. Serxwebun, Köln 1986.
- MIZGIN — Zeitschrift für Kurden und Deutsche, Hrsg. Deutsches Rotes Kreuz und Kurdisches Institut Bonn.
- PESH MERGA — Hrsg. Kurdistan Democratic Party (KDP), European Branch, Box 1017, S. 14-402 Norsborg.
- POGROM — Zeitschrift der Gesellschaft für bedrohte Völker, PF 20 24, 3400 Göttingen.
- REIHE POGROM-KURDISTAN REPORTS, erschien 1975-1980, hrsg. für das Kurdistan Archiv der GvbV von A. Sternberg-Spohr.
- SERXWEBUN — Hrsg. Forschungszentrum des Instituts Kurde de Paris, seit 1984.
- SIBLE-ADIDXI — Zeitschrift des Tscherkessischen Kulturvereins, Wuppertal.
- TÜRKEI-DEPESCHE — Info-Bulletin des Informationsbüros Türkei, Hannover.
- TÜRKEI INFODIENST — Hrsg. Alternative Türkeihilfe (neuerdings bei: Informationsstelle Türkei, Hamburg).
- YABANEL YAYINLARI, Verlag in der Fremde, PF 110 321, 1000 Berlin 61.

ORGANISATIONEN

AKADEMIYA KURDI

— Die Kurdische Akademie

c/o Hemres Reso

Postfach 30 219

4030 Ratingen 1

INSTITUT KURDE DE PARIS

106, rue La Fayette

F-75010 Paris

☎ 824.64.64

AJANSA NUCEYA KURD-ANK

Die Kurdische Nachrichtenagentur

P.O. Box 7080

Örsvängen 6 C

S-172,42 Sundbyberg

☎ 08-29.83.32

☎ 08-98.47.43

VEREIN DER ÄRZTE AUS

KURDISTAN IN EUROPA e.V.

KOMELEYPIZISKANIKURDI-

STAN LE EWRUPA

per Adresse: Kurdistan Druckerei

Stromstr. 38

1000 Berlin 21

☎ 030/395.64.92

ai-Türkei Koordinationsgruppe

Postfach 600 104

2000 Hamburg 60

Vereinigung der Studenten

Kurdistan im Ausland (AKSA)

(Komeley Xwendikarani Kurdistan

le derewey welat)

AKSA - Österreich

Postfach 122

A-1096 Wien

AKSA - SCHWEIZ

AKSA c/o C.P. 19

CH - 1211 Genf

Alternative Türkeihilfe

Postfach 7088

4900 Herford

Alternative Türkeihilfe

c/o Amerlinghaus, Stiftsgasse 8

A-1070 Wien

Armenian Congress

c/o James Karnusian

B.P. 41

CH-3780 Gstaad

Armenien-Koordination der GfbV

z.Hd. Dr. Tessa Hofmann

Gesellschaft für bedrohte Völker

Postfach 20 24

3400 Göttingen

Informations- und Dokumen-

tationszentrum Armenien

c/o Gerayer Koutcharian

Garyste. 96

1000 Berlin 33

Das Arabische Buch

Wundtstr. 13-15

1000 Berlin 12

Cardri (Committee Against

Repression and For Democratic

Rights in Iraq)

P.O. Box 210

London N 16 5PL

C.E.D.R.I. (Europäisches Komitee

zur Verteidigung der Flüchtlinge

und Gastarbeiter)

Missionsstr. 35

Postfach

CH-4002 Basel

☎ 061-44.66.19

Demokratische Partei Kurdistans
— Irak
c/o Postfach 301.516
1000 Berlin 30

Demokratische Jugendunion
Kurdistan
c/o Derwish Hasso
Ostpreußenstr. 5
5300 Bonn 2
☎ 0228/66.90.34

Deutsch-Kurdische Gesellschaft
Bezirk Braunschweig e.V.
z.Hd. Dipl.Ing. Mohammed Leila
Tilsiter Weg 37
3300 Braunschweig

Deutsch-Kurdische Gesellschaft
Kiel e.V.
c/o Prof. Dr. Weber Hirsch
2300 Stift über Kiel

FEYKA-Kurdistan
Postlagerkarte 06 05 79 C
5300 Bonn 1

Flüchtlingsrat Berlin
Handjerystr. 19/20
1000 Berlin 41

Verein der Freunde des kurdischen
Volkes
Plösslgasse 3/20
A-1040 Wien

Gesellschaft für bedrohte Völker
Postfach 20 24
Groner Str. 40
3400 Göttingen
☎ 0551/55822 oder 23

GfbV-Österreich
Kleeblattgasse 4
A-1010 Wien
☎ 0222/66.16.15

Hinbûn (Treffpunkt für kurdische
Frauen)
Jagowstr. 19
1000 Berlin 20
☎ 030/336.66.62

Hünerkom — Künstlerkomitee
Münsterstr. 36
4000 Düsseldorf
(PKK orientiert)

Informationsbüro Türkei
Rühmkorffstr. 7
3000 Hannover 91

Informationsstelle Türkei
Hamburg e.V.
Sophienallee 20
2000 Hamburg 20

Kizil Yol-Roya Sure-Reya Sôr
Alevi Ulusal Sorunu'un — Alevi
Befreiungsbewegung
c/o Aslan S.
Siglstr. 9
8000 München 21

KOMKAR — Föderation der
Arbeitervereine aus Kurdistan in
der BRD
Burgunder Str. 35-37
5000 Köln 1
☎ 0221/211.932

MITGLIEDSVEREINE VON KOMKAR

Arbeiterverein Kurdistan
Marianenplatz 21
1000 Berlin 36
☎ 030/611.80.57

Arbeiterverein Kurdistan
Schildstr. 12-18
2800 Bremen

Kurdischer Arbeiterverein
Steindamm 35
2000 Hamburg 1

Arbeiterverein Kurdistan
Kielstr. 41
4600 Dortmund 1

Arbeiterverein Kurdistan
Grillostr. 6
4100 Duisburg 11

Vereinigung der Arbeitnehmer
Kurdistans
Robertstr. 5-7
5000 Köln 91

Arbeiterverein Kurdistan
Baselerplatz 6
6000 Frankfurt/M. 1

Kurdistan Arbeiterverein
Adam Kleinstr. 6
Postfach 17 33
8500 Nürnberg 80

Arbeiterverein Kurdistan
Silberburgstr. 30
7000 Stuttgart 1

Arbeiterverein Kurdistan
Bergmannstr. 35
8000 München 2

WEITERE ANSCHRIFTEN

Arbeiterverein Kurdistan
T 3-12
6800 Mannheim

Kurdisches Institut Bonn e.V.
Colmantstr. 5
5300 Bonn 1
☎ 0228/63.55.48

Kurdischer Kulturverein in Wien
Staglasse 12 A-1000 Wien

KURDISCHES KULTUR-UND
BERATUNGS-ZENTRUM e.V.
Kolonnenstr. 47 1000 Berlin 62
☎ 030/782.11.70

Kurdistan Archiv c/o Alexander
Sternberg-Spohr Curtiusstr. 11
1000 Berlin 33 ☎ 030/833.78.51
oder c/o GfBV Bundesbüro, Göttingen

Kurdistan-Komitee i.d. Bundesre-
publik e.V. Hansaring 64 5000
Köln 1 ☎ 0221/12.52.64 (Infos vor
allem zu Türkisch-Kurdistan,
streng PKK-orientiert)

Kurdistan Komitees BRD, West-
Berlin und Österreich (Wien)

Kurdistan Komitee Aachen Post-
fach 994 5100 Aachen

Kurdistan Komitee Westberlin
e.V., PLK Nr. 10883 B 1000 Berlin
120

Kurdistan Komitee Bochum c/o
ESG Unicenter PS. 250 240 4630
Bochum

Kurdistan Komitee Kreis Darm-
stadt e.V., c/o A. Kübler Martin-
str. 68 6100 Darmstadt

Kurdistan Komitee Frankfurt/M.
Kurdistan Informationszentrum
Mainzer Landstr. 147 6000 Frank-
furt/M. 1

Verein zur Hilfe Kurdistan Köln
e.V., Postfach 13 45 6602 Dudwei-
ler

Solidaritäts-Komitee Kurdistan
Wien, Postfach 427 A-1061 Wien

Projektgruppe „Schulbücher für
Kurdistan“ c/o Ausländerzentrum
Carmerstr. 11 1000 Berlin 12

**ARBEITSKREIS DER LEHRER
AUS KURDISTAN IN MÜN-
CHEN (ALK-München) c/o Baye-
risches Rotes Kreuz Zenetti-Treff
Adlsreiterstr. 27 8000 München 2**

Mayis-Gulan Postfach 110 321
1000 Berlin 61

Österreichisch-Armenische Kul-
turgesellschaft Postfach 445 A-
1011 Wien

Patriotische Union Kurdistans
PUK c/o PF 47.03.34 1000 Berlin
47

PUK-Europavertretung c/o Ah-
mad Bamarni B.P. 137 Alfortville
94149/France

SOKSE — Sozialistische Organi-
sation Kurdischer Studenten in
Europa Postfach 40 A-5010 Salz-
burg

SOKSE, c/o Ahmad Nakib Her-
derstr. 7 8901 Kissing

Projektgruppe „Schulbücher für
Kurdistan“ c/o ESG Ausländer-
zentrum (Pfr. Veerkamp) Car-
merstr. 11 1000 Berlin 12

Tscherkessischer Kulturverein
Reiterstr. 7a 5600 Wuppertal 1

Union der Demokraten Kurdi-
stans, c/o Postfach 32 19 4030
Ratingen 3 oder c/o Dr. A.
Abdulmannan Höchstestr. 16 4650
Gelsenkirchen

Union der Studenten und Jugend
Kurdistans in Europa (UKSY) c/o
Ali PF 62 01 13 1000 Berlin 62

Union der Studenten und Jugend
Kurdistans in Europa, Zweig-
stelle
Wien Postfach 220 A-1011 Wien

Vereinigung der Demokraten Sy-
risch-Kurdistans PF 300 964 5300
Bonn 3

Zentralverband der assyrischen
Vereinigungen in Deutschland e.V.
Postfach 112.305 8900 Augsburg

ZDWF — Zentrale Dokumenta-
tionsstelle der Freien Wohlfahrts-
pflege für Flüchtlinge e.V., Hans-
Böckler-Str. 3 Postfach 30 10 69
5300 Bonn 1 ☎ 0228/462047/48
(Asylrelevante Informationen, Do-
kumentationen, Gutachten, Urtei-
le etc. computermäßig verarbeitet).





Der Lebenslauf Ismail Besikçi

- 1939 wurde er in Iskilip bei Corum geboren.
- 1961 in Ankara studierte er Politikwissenschaft. In seinem dritten Studienjahr absolvierte er ein Praktikum in Elazig (Kurdistan). Nach diesem Praktikum begann er mit seinen Forschungen über Kurden.
- 1962 schloß er sein Politikstudium in Ankara ab.
- 1962 leistete er seinen Wehrdienst in Bitlis und Hakkari (beides -64 in Kurdistan). Während dieser Zeit setzte er seine Forschungen über den Aufbau der kurdischen Gesellschaft fort.
- 1964 Zu Beginn des Jahres arbeitete er als Beamter in Hozat.
- 1964 In den letzten Monaten dieses Jahres trat er eine Stellung als Assistent der Soziologie an der Universität Ankara an.
- 1967 Seinen Titel „Doktor der Soziologie“ erhielt er für seine Arbeit „Die soziale Organisation eines Nomadenstammes, der im Winter in Silvan und im Sommer auf den Bergen von Nemrut und Süphan lebt“.
- 1967 Gegen Ende des Jahres nahm er an Demonstrationen in verschiedenen Städten und Dörfern Kurdistans teil (Silvan, Divarbekir, Siverek, Agri, Dersim, Batman,...). Er veröffentlichte eine Analyse über diese Demonstrationen.
- 1968 erschienen weitere Veröffentlichungen über die gesellschaftliche Veränderung der kurdischen Stämme.
- 1969 erschien sein erstes Buch „Sozio-ökonomische Grundlagen und die Struktur Ost-Anatoliens“.
- 1970 begann er an der Universität Ankara in der Politischen Fakultät zu arbeiten.
- 1971 Am 24. Juni bekam er die schriftliche Kündigung vom Rektor der Universität Ankara.
- 1971 Am 22. Juli ließ ihn die während des Ausnahmezustands zuständige Militärgerichtskommandantur von Diyarbakir-Siirt festnehmen.
- 1972 Am 2. März wurde die Abteilung für politische Gefangene im Gefängnis von Diyarbakir, in der Besikçi einsaß, vom Militär mit Gasbomben beschossen. Mit Maschinengewehren wurde durch das Fenster in Besikçi's Zelle geschossen. Dies war ein geplantes Attentat auf sein Leben.

- 1972 Am 2. März wurden auch seine Sachen beschlagnahmt, und er wurde mit 33 weiteren Häftlingen auf zwei-Mann-Zellen verteilt.
- 1973 Im Sommer verlegte man ihn für drei Monate in das Gefängnis von Bitlis.
- 1973 Danach, im Juli, verlegte man ihn ins Gefängnis von Adana.
- 1974 wurde er im Zuge einer Generalamnestie freigelassen.
- 1974 veröffentlichte er auch sein Buch „Die Methode der Wissenschaft“.
- 1977 wurde sein Buch „Zwangsumsiedlung der Kurden“ vom Verlagshaus Komal veröffentlicht.
- 1977 Am 24. Mai wurde sein Buch „Zwangsumsiedlung der Kurden“ beschlagnahmt und Klage gegen ihn erhoben.
- 1977 In den letzten Monaten wurde das Buch „Das türkische Geschichtsprinzip, die Theorie der Sonnensprache¹ und die kurdische Frage“ vom Verlagshaus Komal veröffentlicht und sofort beschlagnahmt. Wiederum wurde Anklage gegen Besikçi erhoben.
- 1978 Am 12. April erging gegen Besikçi wegen des Buches „Zwangsumsiedlung der Kurden“ das Urteil. Es lautete auf 1 1/2 Jahre Gefängnis. Doch da die Unterschrift des Richters fehlte, wurde das Urteil am 10. Juli für ungültig erklärt.
- 1978 Das Urteil gegen sein Buch „Das türkische Geschichtsprinzip, die Theorie der Sonnensprache und die kurdische Frage“ erging am 6. Dezember, es bedeutete 3 Jahre Gefängnis.
- 1979 wurde er kurz vor Ende der obigen Strafe am 6. September noch im Gefängnis erneut verhaftet und ins Gefängnis Topbasi von Istanbul verlegt.
- 1982 Am 23. März wurde Ismail Besikçi wegen eines Briefes, den er am 14.8.1980 in englischer und französischer Sprache an den schweizerischen Schriftstellerverband aus dem Gefängnis Topbasi geschickt hatte, mit 10 Jahren erschwerter Haft bestraft. Gleichzeitig mit diesem Urteil erging ein weiteres. Es besagte, daß er nach diesen 10 Jahren für 5 Jahre in die Verbannung nach Edirne gehen und sich unter die Kontrolle eines Sicherheitsbeamten stellen muß.

1 „Theorie der Sonnensprache“: Es wird behauptet, daß die türkische Sprache über allen anderen steht.

Brief von Ismail Besikçi an die schweizerischen, schwedischen und norwegischen Schriftstellerverbände

In der Türkei behauptet die offizielle Ideologie beharrlich und eigensinnig weiter, daß es keine kurdische Nation und keine kurdische Sprache gibt. Eine der grundsätzlichen Eigenarten dieser Ideologie, kurz Kemalismus genannt, ist, daß sie antikurdisch ist. Sie ist rassistisch und kolonialistisch. Und diese offizielle Ideologie wurde den türkischen Universitäten, Justizorganen, politischen Parteien und den Massenmedien wie Presse, Radio und Fernsehen aufgezwungen. Zu ihrer Durchsetzung wurden und werden alle erdenklichen ideologischen und auch gewaltsamen Unterdrückungsmittel des Staates angewandt.

Die Universitäten, deren Selbstverwaltung beständig betont wird, die Justizorgane, deren Unabhängigkeit behauptet wird, die Massenmedien, über deren Eigenständigkeit man spricht, Institutionen, die als besonders demokratisch eingestuft werden, haben diese Ideologie ohne Diskussion akzeptiert. Diese Institutionen wurden allmählich zu Begründern und Verkündern dieser offiziellen Ideologie, die sich auf Lügen stützt. Die Schriftstellergewerkschaft der Türkei, deren Mitglied ich bin, ist auch eine „demokratische“ Organisation. Aber auch sie orientiert sich allmählich an dieser offiziellen Ideologie.

Aus diesem Grunde entwickelt sich das Meinungsbild in der Türkei mit doppelter Moral. Türkische Schriftsteller, die Demokraten, ja sogar Kommunisten sein wollen, haben auch eine Doppelmoral. Sie nehmen Befreiungsbewegungen in irgendeinem Land der Welt mit Begeisterung auf, loben sie und bekunden ihre Unterstützung. Aber gegenüber Befreiungsbewegungen irgendwo in Kurdistan nehmen sie eine feindliche Haltung ein. Sie verachten sie. Sie erniedrigen sie, indem sie sie eine Provokation des Imperialismus nennen.

In der Türkei gibt es Zentren, die sich um die Menschenrechte kümmern, es gibt Vereine, die die Menschenrechte schützen und erweitern sollen. Aber keine dieser Gruppen hat bisher Stellung zur Kurdenfrage und zur Frage der Menschenrechte der Kurden genommen. Sie drücken sich davor, irgendetwas zugunsten der Kurden zu sagen. Aber sie loben dauernd die offizielle Ideologie.

Diese Organisationen wollen die kurdische Frage bewußt und mit Absicht nicht begreifen. Und unter diesen Umständen setzt der türkische Staat seine rassistische und kolonialistische Unterdrückung ohne Schwierigkeiten fort. Er hat diese rassistische und kolonialistische Unterdrückung zur alltäglichen Politik gemacht.

Trotz dieser rassistischen und kolonialistischen Politik kann der türkische Staat behaupten, daß er die Menschenrechte achtet. Er kann sogar behaupten, daß die Türkei eines der wenigen Länder sei, die die Menschenrechte achten. Es ist nützlich, zwei Ereignisse der letzten Tage zu erwähnen: *amnesty international* hat einen Bericht über Folterungen und Menschenrechtsverletzungen in der Türkei veröffentlicht. Die türkischen Staatsfunktionäre weisen diese Behauptungen zurück. Zum Beispiel sagte der türkische Innenminister Mustafa Gülcügil: „Die Türkei ist eines der wenigen Länder, die die Menschenrechte achten“ (s. türkische Zeitungen vom 18.6.1980). Auch der Außenminister Hayrettin Erkmen hat am 23.6.1980 in einem Artikel in *Newsweek*, den er gegen Bezahlung drucken ließ, ähnliche Behauptungen aufgestellt. Die türkische Presse jedoch reagierte auf diesen Bericht von *amnesty international* überhaupt nicht. Sie untersucht die Behauptung der Staatsfunktionäre nicht, trotz der Kurdistanfrage, trotz der Frage der Menschenrechte der Kurden.

Universitätskreise, politische Parteien, Gewerkschaften, Vereine, Massenmedien usw. erwähnen die kurdische Frage nie. Die Teilung Kurdistans, die Politik des „Teilens und Herrschens“, die gegen die kurdische Nation durchgeführt wird, sind Themen, die die türkischen akademischen Kreise bewußt nie aufgenommen haben.

Die türkische Presse ist in der Kurdistanfrage taubstumm. Aber diese Haltung ist bewußt und wohlüberlegt. Das Ziel ist, diejenigen, die sich für dieses Thema interessieren, zu isolieren, die Wirkung ihrer Meinung zu durchbrechen. Zum Beispiel wurde der Protestbrief Ihrer Organisation vom 8. November 1979 an den Staatschef Fahri Korutürk und den Premierminister Süleyman Demirel in der türkischen Presse lange Zeit nicht veröffentlicht. Erst am 15. Mai 1980 wurde er in „Demokrat“ in einer kleinen Notiz erwähnt. Auch die Schreiben an diese beiden Personen vom 10. Dezember 1979 über die Unvereinbarkeit der Unterdrückung der kurdischen Nation mit den Menschenrechten fand in der Presse keinen Platz. Die türkische Presse ist bei anderen Themen bestimmt nicht so unempfindlich.

Ohne Zweifel ist der Druck von der staatlichen Seite ein großes Hindernis für die freie Entfaltung der Wissenschaft und der freien Meinung. Die Unempfindlichkeit der Universitäten, der Presse, der Gewerkschaften und ähnlicher Institutionen trägt dazu bei, daß dieser Druck verstärkt wird. Das ist eine Realität.

Das alles zeigt, daß das Problem sehr weit über die Freiheit eines Schriftstellers hinausgeht. *Das Problem ist die Freiheit der kurdischen Nation.* Heute ist Kurdistan eine auf mehrere Staatsgebiete aufgeteilte Kolonie, mitten im Nahen Osten, geteilt und auseinandergetrennt. In dieser Situation ist ihr politischer Status sogar niedriger als der einer Kolonie. Denn in der Türkei wird sogar die Existenz der kurdischen Nation geleugnet. Die Kurden kommen in der Türkei in den Genuß der öffentlichen Rechte in dem Maße, in dem sie türkisiert werden, ihre kurdische Nationalität ablegen. Andernfalls bleiben ihnen Unterdrückung, Schikanen, Kerker.

Aus diesem Grund ist es von großem Nutzen, den Schwerpunkt mehr auf die Freiheit einer Nation als auf die Freiheit eines Schriftstellers zu legen. Ich möchte erwähnen, daß Ihre Briefe deswegen mit Respekt aufgenommen werden.

Über alles das hinaus, sehr geehrter Herr Vorsitzender, möchte ich Ihnen und allen Mitgliedern Ihrer Organisation wegen des Interesses an meiner Person meinen Dank aussprechen. Ich wünsche Ihnen Gesundheit, Glück und viel Erfolg.

Dr. Ismail Besikçi

14.8.1980

Entnommen aus: Ismail Besikçi, ein Wissenschaftler im türkischen Gefängnis, Dengê Komal, 1984.

Freiheit für Ismail Besikçi und Recep Marasli

Ismail Besikçi und Recep Marasli wegen pro-kurdischer Publikationen in Haft.

Die deutsche Öffentlichkeit wird kaum über die gewaltsame kulturelle und politische Unterdrückung der Kurden informiert. Die zwölf Millionen in der Türkei lebenden Kurden haben ihre eigene Sprache und Kultur. Ihre Versuche, die eigene Tradition zu pflegen und sich ihre kulturelle Identität zu bewahren, führen seit Jahrhunderten zu schwersten Verfolgungen durch die jeweilige Zentralregierung. Nach offizieller Sprachregelung gibt es keine Kurden, der Gebrauch der kurdischen Sprache ist verboten.

Allein die Behauptung der Existenz von Kurden kann zur Verhaftung führen!

Seit dem türkischen Militärputsch 1980 verschärft sich die Verfolgung erheblich, woran auch der vielbeschworene „Demokratisierungsprozeß“ in der Türkei nichts geändert hat. Opfer dieser Verfolgung gibt es viele, und nur wenigen können wir derzeit von der Bundesrepublik aus helfen.

Wo sich aber die Möglichkeit zur Hilfe ergibt, da muß man handeln!

Zwei Beispiele dafür sind der türkische Soziologe und Schriftsteller Dr. Ismail Besikçi und sein Verleger, Recep Marasli, die derzeit beide in türkischen (Militär-)Gefängnissen einsitzen.

10 Jahre Gefängnis für einen Brief!

Ismail Besikçi ist 47 Jahre alt; seit nunmehr 25 Jahren forscht und schreibt er über den Aufbau der kurdischen Gesellschaft und über die chauvinistische Unterdrückung dieses Volkes. Die Gefangenenhilfsorganisation *amnesty international*, die Ismail Besikçi schon dreimal — zuletzt im April 1985 — zum „Gefangenen des Monats“ gemacht hat, schreibt über ihn:

Der türkische Soziologe Dr. Ismail Besikçi wurde 1972 und 1979 zu hohen Haftstrafen verurteilt, da er sich in wissenschaftlichen Werken mit Kultur und Unterdrückung der Kurden befaßt hatte. (...) Im März 1982 wurde Besikçi nach Artikel 140 des türkischen Strafgesetzbuches erneut zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Dieser Artikel verbietet

die Veröffentlichung von Informationen im Ausland, die dem Ansehen des türkischen Staates schaden. Die Grundlage für die Anklage war ein Brief, den Ismail Besikçi während seiner vorhergehenden Inhaftierung an die Präsidentin des Schweizer Schriftstellerverbandes geschrieben hatte. In dem Brief schrieb er: „Die offizielle Ideologie in der Türkei leugnet weiterhin hartnäckig die Existenz eines kurdischen Volkes und einer kurdischen Sprache...“.

1984 fordert das schwedische Parlament die Freilassung Ismail Besikçis; im April 1985 startet *ai* eine neue Briefaktion; im April 1986 wählt die französische Sektion der internationalen Schriftstellerorganisation *pen-club* ihn zum Anwärter auf den „Prix de la Liberté“.

Isolationshaft und Folter!

Recep Marasli (30 Jahre) war Inhaber des Komal-Verlages, der — bis zu seiner gewaltsamen Schließung 1979 — überwiegend Bücher über Geschichte, Kultur und Unterdrückung der Kurden veröffentlichte.

Im Zeitraum vom Januar 1982 bis zum Sommer 1986 wurde Marasli zu insgesamt 36 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt; davon 3 1/2 Jahre allein für seine Verteidigung, 17 1/2 Jahre für die Publikationen und 8 Jahre für die angebliche Mitgliedschaft in einer illegalisierten kurdischen Organisation.

Die Gründe für die übrigen 1985 ergangenen 7 1/2 Jahre Haftstrafe sind nicht einmal *ai* bekannt. Amnesty hat aber Informationen über seinen Gesundheitszustand:

Recep Marasli wurde während seiner Haft schwer gefoltert. Während eines Hungerstreiks Anfang 1984 wurden die Gefangenen in Diyarbakir verstärkt gefoltert, und Recep Marasli wurde in sehr kritischem Gesundheitszustand in das Militärkrankenhaus in Diyarbakir gebracht. Nach Zeugenaussagen konnte er auch nach seiner Entlassung aus dem Krankenhaus nicht ohne Hilfe gehen und litt an Sehstörungen. Berichten vom Anfang 1985 zufolge hatte er auch zu dieser Zeit noch Schwierigkeiten beim Gehen. Offenbar litt er an Gleichgewichtsstörungen, die durch Schläge auf den Hinterkopf entstanden sein können. Sein Gesundheitszustand soll sich später weiter verschlechtern haben.“

**Initiative „Freiheit für Ismail Besikçi u. Recep Marasli“
des Kurdistan Kulturzentrums in Osnabrück und des
Dengê Komal Verlages in Duisburg
c/o Selim Büsse Jahnstr. 25 4500 Osnabrück**

Türkei

Staat und Gesellschaft

Politisch ist die Türkei für viele ein *terra incognita*. Versetzte uns schon der Militärputsch vom 12. September 1980 angesichts einer starken kämpferischen Arbeiterbewegung in Erstaunen, um so mehr noch der exakte Fahrplan, mit dem die Generäle den Übergang zu einer autoritären „Demokratie“ einhielten und die politische Stabilität des Regimes demonstrierten.

Diese Aufsatzsammlung prominenter türkischer Intellektueller und Aktivist(inn)en der politischen Bewegung verfolgt das Ziel, die Informationslücke zu schließen, die bisher den Zugang zu einem Verständnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Türkei versperrte.

□ *Turgut Taylan* untersucht die Wurzeln der Intervention der Militärs, die sich nur in der politisch-ökonomischen Entwicklung der türkischen Republik aufspüren lassen.

□ *Ayden Ender* schildert den widersprüchlichen Charakter des Kemalismus — der besonderen Form des türkischen Nationalismus.

□ *Pembenez Yorgun* analysiert das Ausmaß und die Natur der Frauenunterdrückung in der Türkei.

□ *Mehmet Salâh* klärt auf über die Geschichte, die traditionellen Stärken und Schwächen der revolutionären Arbeiterbewegung.

□ *Ron Ayres* beleuchtet die außenpolitischen Beziehungen, insbesondere die Schlüsselrolle der Türkei in der Globalstrategie des Westens.

□ *M. Selahattin Doğan* analysiert in einem aktuellen Nachwort die Entwicklung in der Türkei vom Militärputsch 1980 bis heute.

isp-pocket 19, 208 Seiten, DM 19,80

ISBN 3-88332-112-5

Kurdistan und die Kurden

Band 1

herausgegeben
von
Gérard
Chuhand

mit Beiträgen von
Kerdal, Nazdar,
Ghasemlou, Vanly,
Roosevelt jun

mit einem Vorwort
von Tilman Zülch



Kurdistan und die Kurden,
Bd. 1, 2. Auflage 1986, 480 S.,
DM 19,80

Inhalt: Die Entwicklung in Kur-
distan seit dem Osmanischen
Reich — Türkei-Irak-Iran-Sy-
rien-Sowjetunion — Die kurdi-
sche Republik von Mahabad —
Die Entwicklung bis 1978.

Ismet Cherif Vanly

Kurdistan und die Kurden

Band 2

herausgegeben von Ismet Cherif Vanly



Kurdistan und die Kurden, Bd. 2,
1986, 280 Seiten, DM 19,80

Inhalt: Türkisch-Kurdistan.
Parteien und politische Grup-
pierungen. Die Entwicklung
1984-1986. Irakisch Kurdistan-
Bibliographie. Adressen kurdi-
scher Organisationen.

Kurdistan und die Kurden, Bd. 3.
Erscheint 1987, ca. 360 Seiten,
ca. DM 19,80.

Inhalt: Iran-irakisch/iran-
ischer Krieg — Entwicklung
des kurdischen Widerstandes
— Die Parteien des Widerstan-
des.

pogrom

Gesellschaft
für bedrohte Völker
Postfach 2024
3400 Göttingen



Diese Schrift ist ein leidenschaftlicher Appell, das Schicksal der Kurden zur Kenntnis zu nehmen. Kurdistan ist „die gemeinsame Kolonie der Türkei, des Irak, des Iran und Syrien.“ Die UNESCO hat das

Jahr 1981 zum „Jahr Atatürks“ anlässlich seines hundertsten Geburtstags erklärt, um damit seine Bedeutung für den „Befreiungskampf“ nicht nur der Türken, sondern aller unterdrückten Völker „gegen Imperialismus und Kolonialismus“ zu würdigen.

Für die Kurden bedeutet der Kemalismus jedoch bis heute Teilung, Unterdrückung, kulturelle Vernichtung.

Angesichts dieser Tatsache, die auch von den Vereinigten Nationen beharrlich ignoriert werden, schrieb der *türkische* Soziologe und Schriftsteller Besikçi, der wegen seiner Schriften seit 1981 im Kerker sitzt, seinen Brief an die UNESCO in dem er die Widersprüche zwischen Kemal Atatürks Reden und seiner Realpolitik gegen die Kurden aufdeckt. Laut türkischer Verfassung gibt es kein kurdisches Volk, die kurdische Sprache ist in Wort und Schrift bei strengster Strafe verboten, kurdische Bräuche und Traditionen sind unterdrückt.

Eine ausführliche Einführung von Livio Maitan über die Geschichte der Kurden gibt einen informativen historischen und politischen Hintergrund.